

**STÄRKER
MIT UNS.**

GUTE ARBEIT.
STARKE WIRTSCHAFT.
FÜR SACHSEN.



Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir an unsere letzte Bezirkskonferenz im Jahr 2022 zurückdenken, dann ist das zwar erst vier Jahre her, es scheint trotzdem eine andere Welt gewesen zu sein. Gerade für die Menschen im Erwerbsleben ändert sich zurzeit vieles im Rekordtempo. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die Digitalisierung sowie der demografische Wandel fordern uns alle heraus, verändern nahezu jeden Arbeitsplatz und haben spürbare Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hinzu tritt derzeit eine Wirtschaftskrise, die ihre Ursachen überwiegend in externen Faktoren, wie Energiepreisen, internationalen Konflikten und Zöllen hat. Diese Transformationsprozesse haben zwar massive Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, gleichzeitig können wir über die konkrete Ausgestaltung der Veränderung aber nur viel zu selten mitbestimmen. Viele Menschen sind verunsichert, einige haben Ängste vor der Zukunft, andere sind richtig wütend.

Der DGB Sachsen mit seinen Gewerkschaften zeigt tagtäglich, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, um die Zukunft für die Menschen positiv zu gestalten und die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik zu vertreten. Wir wollen Sicherheit im Wandel organisieren und erkämpfen. Und wir haben dafür in den letzten Jahren auch einiges erreicht.

Mit unserer Bezirkskonferenz legen wir Rechenschaft ab, wie wir als DGB in den vergangenen Jahren die Herausforderungen rund um das Thema gute Arbeit angepackt haben.

Tarifbindung, Mitbestimmung, demokratische Kultur und Organisationsstärke bleiben unsere Schwerpunkte. Nun geht es darum, zu diesen Themen neue Ziele und Aufgaben zu formulieren und zu beschließen.

Mit solidarischen Grüßen



Markus Schlimbach
Vorsitzender



Daniela Kolbe
Stellvertretende Vorsitzende



DGB



Inhalt

I.	Bilanz 2022–2025	6
II.	Organisation	14
III.	Wirtschafts- und Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Handwerkspolitik ..	38
IV.	Sozialpolitik	50
V.	Frauen und Gleichstellung	64
VI.	Berufsbildungs- und Bildungspolitik	72
VII.	DGB-Jugend Sachsen	82
VIII.	Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik	94
IX.	Europäische Regionalpolitik und interregionale Zusammenarbeit	104
X.	Intern	112
XI.	Chronik 2022–2025	122
XII.	Antragserledigung aus 2022	134





I.

BILANZ

2022 – 2025

BILANZ DER ARBEIT DES DGB-BEZIRKS SACHSEN 2022 – 2025

Kaum waren die gravierendsten Folgen der Corona-Epidemie überstanden, begann in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 2022 der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Damit begann nicht nur in Europa ein neuer Krieg, sondern viele gesellschafts- und wirtschaftspolitische Gewissheiten waren damit über Nacht obsolet. Die europäische Antwort auf den russischen Angriffskrieg waren Sanktionen, die vor allem russisches Erdöl und Erdgas betrafen. In der Folge explodierten regelrecht die Preise für Energie, aber auch für zahlreiche weitere Produkte. Die Inflation stieg in Deutschland zeitweise auf über 10%, mit all den Folgen für die Verbraucherinnen und Verbraucher von sich verteuender Energie bis hin zu exorbitant steigenden Preisen für Lebensmittel.

Für die Gewerkschaften stellte sich die Aufgabe, trotz dieser extrem komplizierten Rahmenbedingungen die Einkommen für die Beschäftigten zu sichern, spürbare Entlastungen von der Politik einzufordern und für besonders stark betroffene Betriebe und Branchen, die unter den Energiepreisseigerungen litten, Unterstützung zu organisieren. In den Tarifverhandlungen der Jahre 2022/23 stand deshalb auch die Reallohnsicherung im Mittelpunkt. Bei den teilweise harten Tarifauseinandersetzungen konnten deutliche Gehaltszuschläge erreicht werden. Die Angleichung zwischen Ost und West war daneben ein weiteres wichtiges Thema. Mit dem Beginn des Jahres 2022 wurde in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen die 35-Stunden-Woche eingeführt und damit der letzte Schritt zur Ost-West-Angleichung getan. Aber auch in anderen Branchen, wie z.B. der Nahrungsmittelindustrie, konnten deutliche Angleichungsschritte erreicht werden.



Klausurtagung des DGB-Bezirk Sachsen am 1. April 2022 in Lichtenwalde

Um dem schnellen Anstieg der Strom- und Gaspreise entgegenzuwirken und um Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu entlasten, hat der DGB zahlreiche Vorschläge vorgelegt. So wurden mit einer Gas- und Strompreisbremse die Energiekosten gedeckelt, mit einer Energiepauschale von 300 Euro für Rentnerinnen und Rentner sowie 200 Euro für Studierende geholfen. Die Einführung des bundesweit geltenden 9-Euro-Tickets (derzeit 58-Euro-Ticket) hat einen bezahlbaren und leicht nutzbaren Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf die politische Tagesordnung gesetzt. Der DGB Sachsen hat all diese Themen durch eigene politische Initiativen und Gespräche mit politisch Verantwortlichen unterstützt.



Unterstützung des Warnstreiks der NGG bei der Firma Primus Catering am 5. Oktober 2023 in Dresden

Nicht umgesetzt werden konnte leider eine stärkere Beteiligung der Krisengewinnler an den Kosten dieser Maßnahmen. Als DGB hatten wir die Einführung einer Übergewinnsteuer, eine Reform der Erbschaftssteuer und die Einführung der Vermögenssteuer gefordert. Dies war politisch leider nicht umsetzbar. Aber gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass es einerseits einen enormen Zuwachs an Reichtum in Deutschland gibt, dieser aber ungleicher denn je verteilt ist. Ein gerechtes Steuersystem, das die Wohlhabenden stärker an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt und andererseits Normalverdienende entlastet, gehört zu den vordringlichen politischen Aufgaben. Zumal auch die Menschen diese wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich spüren sowie immer wieder die Angleichung des Wohlstands/die Verringerung der Ungleichheit zu den drängendsten politischen Aufgaben zählen.



Die DGB-Bezirkskonferenz 2022 hatte als Schwerpunktthema den gemeinsamen Willen der Gewerkschaften, Sachsen zum Tarifland zu machen. Damit soll die Verbreitung von Tarifverträgen gestärkt werden. Um das zu erreichen, ist vielfach ein betrieblicher Häuserkampf notwendig, das heißt Tarifverträge sind weniger durch Flächentarifverträge durchzusetzen, sondern müssen vielfach von Betrieb zu Betrieb erkämpft werden. Bereiter Ausdruck dieser Entwicklung ist eine steigende Zahl von regionalen Arbeitskämpfen in Sachsen. In der bundesweiten Statistik, die vom WSI-Tarifarchiv geführt wird, lag Sachsen in den letzten Jahren regelmäßig auf Platz 3 oder 4, gleich hinter wesentlich bevölkerungsreicheren Bundesländern wie NRW, Bayern oder Niedersachsen. Beispiele dafür sind der erfolgreiche siebenwöchige Streik bei Riesaer Teigwaren oder der leider letztlich ergebnislos abgebrochene Streik bei SRW metalfloat in Espenhain.

Auf dem bundesweit letzten oder vorletzten Platz ist Sachsen dagegen, wenn es um die gesetzliche Regelung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen geht. Während andere Bundesländer ihre Vergabegesetze novelliert und Kriterien wie die Einhaltung von Tarifverträgen oder einen Vergabemindestlohn aufgenommen haben, wird in Sachsen dieses Vorhaben regelmäßig blockiert. Im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen von 2019 war das



Auch im neuen Koalitionsvertrag von CDU und SPD findet sich die Novellierung des Vergabegesetzes wieder. Dieser Koalitionsvertrag wurde mit starker Beteiligung von gewerkschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern verhandelt. In 5 von 7 Arbeitsgruppen bei den Koalitionsverhandlungen konnten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf Seiten der SPD mitverhandeln und Schwerpunkte für die neue Regierung zu setzen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, dass durch öffentlichen Druck die Vorhaben der Koalition auch in unserem Sinne umgesetzt werden.

Im Koalitionsvertrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD, die bis 2024 eine Regierung bildeten, stand ein Prüfauftrag zur Einführung der Bildungszeit, also der bezahlten Freistellung für ehrenamtliche, politische und gesellschaftliche Weiterbildung. Wie beim Vergabegesetz ist Sachsen zusammen mit Bayern das einzige Bundesland, in dem es einen solchen gesetzlichen Anspruch nicht gibt. 2023 bildete sich deshalb ein Bündnis von mehr als 70 Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften, unterstützt von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, um einen Volksantrag für die Einführung von 5 Tagen Bildungszeit zu initiieren. Ab Ende August 2023 wurden ein Jahr lang über 55.000 bestätigte Unterschriften gesammelt. Dieser Volksantrag wurde im August 2024 dem Landtags-



Wahlforum des DGB Sachsen zur Landtagswahl am 16. August 2024 in Chemnitz



Frittenmobil bei Railmant am 28. August 2024 in Delitzsch

präsidenten übergeben und erreichte im Februar 2025 das parlamentarische Verfahren. Der Landtag hatte dann ein Jahr Zeit, den Gesetzentwurf, der mittels Volksantrag eingebracht wurde, zu beschließen. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2024 wurde die Einführung der Bildungszeit mit drei Tagen Freistellung vereinbart. Nun kommt es darauf an, ob sich vor allem der Koalitionspartner CDU vertragstreu verhält.

Ein bestimmendes Thema über die gesamten Jahre hinweg war die Entwicklung von Fachkräften in Sachsen. Die demografische Entwicklung zwingt den Freistaat, alle Möglichkeiten zu nutzen, um genügend Fachkräfte für die sächsische Wirtschaft auszubilden. In den kommenden zehn Jahren gehen 350.000 Arbeitskräfte in den Ruhestand, ohne dass ausreichend junge Menschen nachkommen. Schon in den letzten Jahren konnte Sachsen die rückläufige Entwicklung der deutschen Erwerbsbevölkerung nur durch Beschäftigte aus anderen Ländern ausgleichen — durch Beschäftigte aus den Nachbarländern Polen



Übergabe der Unterschriftenlisten zum Volksantrag an den damaligen sächsischen Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler am 21. August 2024

und Tschechien sowie aus anderen EU-Ländern, durch Zuwanderung aus der Ukraine, durch Migrationsbewegungen aus Syrien, Irak und Afghanistan oder Nordafrika. Ohne diese zusätzlichen Arbeitskräfte hätte es schon seit 2021 einen deutlichen Rückgang der Arbeitskräfte in Sachsen gegeben, mit gravierenden Folgen für die sächsische Wirtschaft.

Die Gewerkschaften haben immer wieder darauf gedrängt, dass die Standortbedingungen in Sachsen verbessert werden, um für Fachkräfte attraktiver zu werden. In Sachsen verdienen die Beschäftigten im Durchschnitt rund 10.000 € jährlich weniger als im Westen. Das liegt vor allem an der geringeren Tarifbindung. Deshalb wäre die stärkere Anwendung von Tarifverträgen ein wichtiger Schritt zu einer höheren Attraktivität. In den Gesprächen mit der Staatsregierung und Arbeitgebern in Sachsen wurde das immer wieder als ein wichtiger Standortfaktor thematisiert. Vor allem die landesweite Fachkräfteallianz Sachsen war dafür ein Forum, um gute und attraktive Arbeitsbedingungen einzufordern.

Gleichzeitig muss aber auch mehr in Bildung investiert werden. Der jahrelange Sparkurs im Bildungssystem hat einen Lehrermangel hervorgerufen, der jetzt nur mühsam abgebaut werden kann. Unterrichtsausfall wegen fehlender Lehrerinnen und Lehrer gehört an vielen Schulen zum Alltag. Seit Jahren gehen fast 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler

ohne Abschluss von der Schule. Zwar gibt es rein rechnerisch ein Überangebot an betrieblichen und schulischen Ausbildungsplätzen, dennoch bleiben jedes Jahr Jugendliche ohne eine Ausbildung.

Die bundesweit restriktivste Schuldenbremsenregelung in der sächsischen Verfassung rächt sich nicht nur bei der Bildung, sondern auch in fehlenden Investitionen in die Infrastruktur. Der Zusammenbruch der Carolabrücke in Dresden im September 2024 war dafür der tragische Höhepunkt. Brücken, Straßen und Schienen, Schulen und Kitas verschleißt, weil kein Geld für dringend benötigte Instandhaltungen da ist. Eine Studie, die der DGB Sachsen gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang 2024 veröffentlicht hat, errechnete einen Investitionsbedarf von 44 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren im Freistaat. Die Schuldenbremse in Sachsen hat sich zu einer Investitionsbremse entwickelt.

Mit einer Kampagne und zahlreichen Bündnispartnern haben wir vor allem vor der Landtagswahl 2024 dagegen mobil gemacht und eine Verfassungsänderung gefordert. Dies scheiterte, weil die CDU bei einer knappen Zwei-Drittel-Mehrheit keine einheitliche Abstimmung in den eigenen Reihen sicherstellen konnte. Auch im neuen Landtag ist keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung erkennbar, sodass Sachsen weiterhin Zukunftsinvestitionen vor allem aus den laufenden Haushalten stemmen muss. Ein Sachsenfonds soll nun ermöglichen, das Investitionsprogramm des Bundes abzuwickeln und selbst einige Investitionen langfristig anzustoßen.

Zu den zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen gehört die Transformation der sächsischen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität. Diese Umstellung, die nicht nur die Energieversorgung, sondern auch andere Produktionsweisen und manchmal auch Produktumstellungen erfordert, ist mit vielen Verwerfungen in den Betrieben verbunden. Unklare und sich ständig ändernde politische Rahmenbedingungen, z.B. zum Ausbau von erneuerbaren Energien oder zu Investitionen in ein Wasserstoffnetz, verunsichern Unternehmen. Um diese politischen Rahmenbedingungen verlässlicher zu gestalten, haben wir seit langer Zeit einen Transformationsbeirat bei der Staatsregierung



„



Brandmauer-Demonstration am 23. Februar 2024 in Dresden

eingefordert. Am 1. September 2025 hat nun ein Spitzengespräch stattgefunden, in dem klare und sichere Rahmenbedingungen gemeinsam zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staatsregierung angegangen werden sollen. Ein Ziel dieser Spitzerrunde ist, ein Leitbild für die sächsische Wirtschaft für die kommenden Jahre zu entwickeln und die Wirtschaftsförderung daran auszurichten. Dazu arbeiten derzeit vier Arbeitsgruppen — „Leitbild Zukunft der Wirtschaft“, „Zukunft der Arbeit“, „Sichere und bezahlbare Energieversorgung“ sowie „Finanzierungsgrundlage für die sächsische Wirtschaft“.

Größte gesellschaftliche Herausforderung in Sachsen ist die Entwicklung der Demokratie. Fremdenfeindliche Übergriffe gibt es in Sachsen schon lange. Die von Ex-Ministerpräsident Biedenkopf erfundene „Immunität der Sachsen gegen Rechtsextremismus“ hat sich in Luft aufgelöst. Die Wahlerfolge der AfD bei den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen in Sachsen wie auch zahlreiche Befragungen der Menschen zeigen einerseits eine zunehmende Distanz zu demokratischen Prozessen und eine wachsende Neigung zu „einfachen Lösungen durch eine starke Autorität“. Die jahrelange Vernachlässigung der politischen Bildung, aber auch fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten z.B. in den Betrieben, machen sich bemerkbar. Nach wie vor wird versucht, die Wahl von Betriebsräten mit allen möglichen Mitteln zu verhindern. Betriebliche Mitbestimmung als eine Form der Demokratie und des Selbstwirksamwerdens wird so verhindert.

Dennoch gibt es in Sachsen breiten Widerstand gegen rechtsextremistische, rassistische und nationalistische Tendenzen. Als DGB-Gewerkschaften beteiligen wir uns selbstverständlich an den Aktivitäten. So waren wir Anfang 2024, nach den Veröffentlichungen von *correctiv* über die Potsdam-Konferenz zur „Remigration“, Teil der zahlreichen Kundgebungen und Proteste in den großen und kleineren Städten in Sachsen. Auch bei den Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Riesa im Januar 2025 waren wir Teil der friedlichen Gegenaktivitäten.

Als DGB-Gewerkschaften haben wir eine klare Linie in Sachsen: Die AfD ist eine arbeitnehmerfeindliche Partei, mit der es keine Zusammenarbeit geben darf. Für uns ist die Erinnerung an die Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Nazi-zeit gleichzeitig Auftrag für unser heutiges Handeln, alles zu tun, um das Erstarken der Neuen Rechten zu verhindern. Eine Aufgabe, die auch für die kommenden Jahre vor uns liegt.

In den letzten vier Jahren ist der DGB Sachsen zu einer breit in der Zivilgesellschaft verankerten Gewerkschaftsbewegung geworden. In zahlreichen Bündnissen für Bildungszeit, gegen Sozialabbau, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wirkt der DGB als zentrale, treibende Kraft mit. Diese breite Bündnispolitik stärkt die Durchsetzungskraft für unsere politischen Forderungen. Eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund schärfender werdender politischer Auseinandersetzungen weiter fortgesetzt werden muss.





II.

ORGANISATION

1. MAI / SÄCHSISCHER MITBESTIMMUNGSPREIS / KAMPAGNEN

„1. Mai“ 2022 – 2025



Zentrale Kundgebung des DGB am 1. Mai 2025 in Chemnitz

Am „Tag der Arbeit“ finden jährlich zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen in Sachsen statt. An diesem Tag werden die gewerkschaftlichen Forderungen und Vorstellungen von einer solidarischen und fairen Gesellschaft auf die Straße gebracht. Organisiert werden die Veranstaltungen von den DGB-Kreis- und Stadtverbänden in enger Zusammenarbeit und Betreuung durch die DGB-Regionsgeschäftsstellen sowie mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften vor Ort. Höhepunkt war die zentrale Maiveranstaltung des DGB im Jahr 2025 in Chemnitz mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi.

2022: „GeMAInsam Zukunft gestalten“

Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ feierten die DGB-Gewerkschaften am 1. Mai gemeinsam mit ihren Mitgliedern und deren Familien, Freunden und Nachbarn sowie mit Politikern demokratischer Parteien den „Tag der Arbeit“. Eine große Rolle spielten auf den 16 Veranstaltungen der 9 Wochen zuvor begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und den Vertriebenen, die in den Nachbarländern und in Deutschland Zuflucht gefunden haben. Der Krieg müsse von Russland umgehend gestoppt werden, wurde gefordert. Über 15.000 Besucherinnen und Besucher kamen zu den Maifeiern des DGB.



Kundgebung am 1. Mai 2022 in Bautzen

2023: „Ungebrochen solidarisch“

Über 18.000 Besucherinnen und Besucher sind in 17 Städten in Sachsen unter dem Motto „Ungebrochen solidarisch“ für gute Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Tarifverträge und Arbeitsplätze mit Zukunft, Mitbestimmung für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Straßen gegangen. Die DGB-Gewerkschaften haben gemeinsam mit ihren Mitgliedern und deren Familien, Freunden und Nachbarn, befreundeten Organisationen und Initiativen sowie Politikern demokratischer Parteien den „Tag der Arbeit“ gefeiert und auf Demonstrationen, Kundgebungen, einem Fahrradkorso und einer Fotoaktion Flagge gezeigt.



Kundgebung am 1. Mai 2023 in Dresden

2024: „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.“

Zu den Maikundgebungen 2024 kamen in 17 Städten über 20.000 Besucherinnen und Besucher. Das Motto in diesem Jahr lautete: „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.“ Die Gewerkschaften stehen zusammen und zeigen: Solidarität macht uns stark und mit uns kämpft niemand allein! Wir sind eine starke Gemeinschaft und setzen uns in den Betrieben und Verwaltungen, gegenüber der Politik und auf der Straße für eine starke Wirtschaft, Gute Arbeit und soziale Sicherheit ein.



Kundgebung am 1. Mai 2024 in Leipzig



Kundgebung am 1. Mai 2025 in Chemnitz

2025: „Mach dich stark mit uns!“

Über 23.000 Besucherinnen und Besucher demonstrierten am Tag der Arbeit 2025 in Sachsen unter dem Motto „Mach dich stark mit uns!“ für eine starke Wirtschaft, Gute Arbeit und soziale Sicherheit. Die Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen der DGB-Gewerkschaften fanden in 18 sächsischen Städten statt. Bei der zentralen Maiveranstaltung des DGB in Chemnitz wandte sich die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi an die Beschäftigten: „Gute Arbeit und fairer Lohn fallen eben nicht vom Himmel. Sie müssen erkämpft werden. Und das geht nur, wenn die Beschäftigten eine starke Stimme haben – im Betrieb und in der Gesellschaft.“ Von der neuen Bundesregierung forderte sie mehr Wirtschaftswachstum für gute Jobs: „Wir fordern unseren gerechten Anteil am Wohlstand ein. Deswegen muss es jetzt eine echte Tarifwende in diesem Land geben, mit mehr Schutz für alle Beschäftigten.“

2023/2025: „SÄCHSISCHER MITBESTIMMUNGSPREIS“

Auch in den Jahren 2023 und 2025 hat der DGB Sachsen wieder den Sächsischen Mitbestimmungspreis verliehen, mit dem der DGB-Bezirk Sachsen seit 2014 die Arbeit engagierter Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und Schwerbehindertenvertretungen würdigt. Ausgezeichnet wurden Gremien, die sich in besonderem Maße für gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen eingesetzt oder sich unter erschwerten Bedingungen ge-

gründet haben. Nicht selten handelt es sich auch um Betriebsräte, deren Gründung von den Arbeitgebern behindert wurde. Laudatoren für die Preisträger waren 2023 u.a. Henning Homann (SPD-Landesvorsitzender) und Lars Rohwer (Bundestagsabgeordneter der CDU) sowie 2025 Coretta Storz (Landesvorsitzende Bündnis90/Die Grünen), Marco Böhme (Landesvorsitzender Die Linke) und Dirk Panter (Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz).

Preisverleihung 2023

- Preisträger**
- Betriebsrat Molkerei Niesky GmbH
 - Betriebsrat GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH Chemnitz
 - Betriebsrat GlobalFoundries GmbH Dresden
 - Betriebsrat SKS Kontakttechnik GmbH Niederdorf
- Ehrenurkunde**
- Betriebsrat DAVASO GmbH Leipzig
 - Konzernbetriebsrat Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH
 - Schwerbehindertenvertretung DB Cargo AG
 - Jens Littmann, Betriebsratsvorsitzender LEAG Kraftwerk Lippendorf, und
Jens Zielke, Betriebsratsvorsitzender Dow Olefinverbund GmbH Böhlen



Verleihung Sächsischer Mitbestimmungspreis am 25. August 2023 in Dresden — alle Preisträger und Laudatoren

Preisverleihung 2025

- | | |
|---------------------|--|
| Preisträger | <ul style="list-style-type: none"> ■ Jugend- und Auszubildendenvertretung Deutsche Post AG NL Dresden ■ Betriebsrat Cineplex Rundkino GmbH & Co. KG Dresden ■ Betriebsrat Unilever Deutschland Produktions GmbH & Co OHG Auerbach |
| Ehrenurkunde | <ul style="list-style-type: none"> ■ Freienrat Mitteldeutscher Rundfunk — MDR ■ Betriebsrat Accumotive GmbH & Co. KG ■ Betriebsrat Deutsche Post AG NL Dresden ■ Betriebsrat Werk für Kombinationstechnik Chemnitz (WKC) Siemens AG ■ Betriebsrat STRABAG Rail GmbH Bereich Ost |



Verleihung Sächsischer Mitbestimmungspreis am 22. August 2025 in Leipzig — alle Preisträger und Laudatoren

2022 – 2025: KAMPAGNEN

Der vergangene Berichtszeitraum war gekennzeichnet von zahlreichen bundes- und landesweiten Kampagnen, welche hier kurz dargestellt und im Geschäftsbericht teilweise ausführlicher erwähnt werden:



“



“

Betriebsratswahlen 2022 „MIT-BESTIMMEN — Betriebsrat wirkt!“

Die Betriebsratswahl war geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und einer neuen Wahlordnung. Durch die Pandemie wurde die Betriebsratsarbeit zunehmend digital — persönlicher Austausch wurde vielerorts durch Telefon- und Videokonferenzen ersetzt. In einigen Branchen fand Arbeit fast nur noch im Homeoffice statt. Dies erschwerte auch die Organisation von gut besuchten Betriebsversammlungen. Zusätzlich mussten die Wahlvorstände die vielen Änderungen an der Wahlordnung durch das Betriebsräte-modernisierungsgesetz beachten, um rechtssichere Wahlen zu gewährleisten. Unter diesen Umständen war es eine besondere Herausforderung, die Wahl gut vorzubereiten, durchzuführen und dafür zu mobilisieren. Trotz der erschwerten Bedingungen lag die durchschnittliche betriebliche Wahlbeteiligung weiterhin stabil über 70 Prozent, nämlich bei 71,9 Prozent. Damit verfügen die Betriebsräte weiterhin über großen Rückhalt und eine starke demokratische Legitimation. Im Vergleich zur Wahl 2018 (76 Prozent) war die Beteiligung jedoch geringer, vor allem in großen Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten.

Frauen haben durchschnittlich 30,2 Prozent der Mandate pro Betrieb gewonnen — ein kleiner Anstieg im Vergleich zu 2018 (+ 0,2 Prozentpunkte). 2022 wurden mehr weibliche Vorsitzende gewählt als bei den letzten Betriebsratswahlen: Je nach Gewerkschaft ein Zuwachs um 0,4 bis 1,7 Prozentpunkte.

„Politischer Herbst — ECHT GERECHT: Solidarisch durch die Krise“

Der Energie-, Wirtschafts- und Sozialkrise 2022 setzten der DGB und seine Gewerkschaften die Kampagne „Politischer Herbst — ECHT GERECHT: Solidarisch durch die Krise“ entgegen.

In diesem Herbst trafen alle die steigenden Preise mit voller Wucht. Die Inflation und die explodierenden Gas- und Stromkosten spürten die Menschen täglich im Geldbeutel. Die Bundesregierung hatte mit Entlastungen reagiert. Einige Maßnahmen, wie den Strompreisdeckel oder die einmalige Energiepauschale für Rentner*innen und Studierende, hätte es ohne den Druck des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften nicht gegeben.

Die Forderungen der Gewerkschaften waren:

- Einführung einer Energiepreispauschale und Energiepreisdeckel für Strom und Gas
- Einkommen stärken und Arbeitsplätze sichern — Wirtschaft stabilisieren
- Mieter*innen schützen
- Übergewinne abschöpfen — Fair besteuern
- Erneuerbare Energien ausbauen
- ÖPNV reformieren

Am 15. und 22. Oktober 2022 fanden dazu Kundgebungen in Leipzig, Zwickau und Dresden statt.



<https://mensch.dgb.de>

„Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“

Die Beschäftigten im öffentlichen und privatisierten Sektor erleben zunehmend Gewalt und Aggressivität in Form von Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Während der Corona-Pandemie hatten sich die Angriffe noch verstärkt. Daher wurde 2020 diese Kampagne gestartet und bis jetzt fortgesetzt. Die Beschäftigten, die jeden Tag für unsere Gesellschaft im Einsatz sind, ob Rettungskräfte, in Ämtern oder im Nah- und Fernverkehr, werden immer häufiger Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Mit der Kampagne stellen sich die Gewerkschaften hinter diese Menschen.

„#Tarifwende“

Seit Herbst 2023 läuft die Kampagne „#Tarifwende“. Mit der Kampagne soll das Image von Tarifverträgen als Kernprodukt der Gewerkschaften gestärkt werden. Die Kampagne soll

- über Tarifverträge aufzuklären
- Beschäftigte aktivieren, sich mit den Gewerkschaften für Tarifverträge einzusetzen
- politische Entscheidungsträger*innen durch öffentlichen Druck und direkte Ansprache dazu bringen, die Tarifbindung zu stärken
- auch die Arbeitgeberseite unter Druck setzen.

Ziel ist eine Erhöhung bzw. Stärkung der Tarifbindung. Im Rahmen der Kampagne tourte 2024 und 2025 das Fritten-Mobil durch Sachsen.



Ausstellungseröffnung im Landratsamt Görlitz
mit Landrat Dr. Stephan Meyer am 26. August 2025





Auftakt der Unterschriftensammlung zum Volksantrag am 25. August 2023 in Dresden

„5 Tage Bildung. Zeit für Sachsen.“

Um eine Bildungsfreistellung für das Bundesland Sachsen in einem Gesetz zu verankern, wurde mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis eine Unterschriftenaktion für einen Volksantrag durchgeführt. Dazu waren mehr als 40.000 Unterschriften erforderlich. Die Unterschriftenaktion wurde durch die Kampagne „5 Tage Bildung. Zeit für Sachsen.“ über mehrere Monate begleitet. Im Sommer 2024 wurden über 55.000 bestätigte Unterschriften kurz vor der Landtagswahl dem Landtagspräsidenten übergeben. Im Koalitionsvertrag der sächsischen Staatsregierung sind immerhin drei Tage Bildungsfreistellung verankert. Am 28. März 2025 gab es im Landtag die 1. Lesung zum Gesetzentwurf. Eine Entscheidung im Landtag wird für Ende dieses Jahres erwartet und stand bei Redaktionsschluss noch aus.



Unterschriftenaktion zum „Tag der Sachsen“ am 1. September 2023 in Aue-Bad Schlema

SICHERHEIT IM WANDEL! Lösungen wählen.

Am 1. September 2024 ist Landtagswahl.



„Sicherheit im Wandel! Lösungen wählen.“

In Vorbereitung der Landtagswahlen in Sachsen 2024 wurde die Kampagne „Sicherheit im Wandel! Lösungen wählen.“ durchgeführt. Die letzten Jahre waren geprägt von gesellschaftlichen Konflikten und Herausforderungen, die für unsere Gesellschaft außergewöhnlich waren: Corona, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die Energiekrise, der Kohleausstieg, die Klimakrise und eine hohe Inflation. Schwierige Zeiten erfordern klare Antworten der Parteien zur Landtagswahl. Der Verunsicherung vieler Menschen muss mit umfassenden Sicherungsnetzen begegnet werden. Mit der Kampagne setzen wir uns für diese Sicherungsnetze ein:

- mehr Tarifverträge, die Einkommen und Arbeitsbedingungen schützen: Sachsen muss Tarifland werden
- starke Mitbestimmung, damit Menschen auf Augenhöhe für gute Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort streiten und Demokratie leben können
- eine aktive und beteiligungsorientierte Gestaltung der Transformation in der Arbeitswelt, eine Energie- und Mobilitätswende, die mit und für die Menschen gemacht wird
- 5 Tage Bildungszeit, damit lebensbegleitendes Lernen und mehr Ehrenamt möglich wird
- eine Politik, die für alle Regionen in Sachsen die öffentliche Daseinsvorsorge durch gute Bildung, eine modern ausgestattete Polizei und öffentliche Investitionen sicherstellt.

Einer der Höhepunkte war ein Forum mit dem damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz am 19. Juli 2024 in Dresden.



„Mach dich stark mit uns!“

Auf die vorgezogene Bundestagswahl 2025 reagierten der DGB und seine Gewerkschaften mit der Kampagne „Mach dich stark mit uns!“. Die 9 wichtigsten DGB-Forderungen an die neue Bundesregierung sind:

Gute Arbeit

- Stärkere Tarifbindung
- Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und Investitionen in Fachkräfte
- Mitbestimmung im Betrieb

Starke Wirtschaft

- Ende der Sparpolitik und gezielte Investitionen
- Einhaltung von Klimazielen und Entlastung bei Energiepreisen
- Reform des Steuersystems

Soziale Sicherheit

- Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus
- Verbesserung der Gesundheits- und Pflegeversorgung
- Bezahlbares Wohnen

„Mit Macht für die 8“

Hierbei handelt es sich um eine bundesweite Arbeitszeitkampagne gegen die Pläne der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD, den 8-Stunden-Tag abzuschaffen. Künftig soll nur eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von bis zu 48 Stunden gelten. Dies würde Schichten von bis zu 13 Stunden pro Tag ermöglichen. Der 8-Stunden-Tag ist eine hart erkämpfte gewerkschaftliche Errungenschaft — genauso wie der freie Samstag oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir wehren uns gegen diesen Angriff auf die Rechte der Beschäftigten und sagen: Hände weg vom 8-Stunden-Tag!



Klausurtagung der DGB-Region Südwestsachsen am 7. November 2025 in Chemnitz

AUS DEN DGB-REGIONEN SOWIE DGB-KREIS- UND STADTVERBÄNDEN

Region Dresden-Oberes Elbtal

In der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal bestehen seit 2012 zwei Kreisverbände (KV), Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie der Stadtverband (SV) Dresden. In allen drei Strukturen kommen die Kolleg*innen regelmäßig zu Vorstandssitzungen zusammen und tauschen sich über die aktuelle Situation in ihren Gewerkschaften und ihren Regionen aus. Sie beteiligen sich an den bundesweit stattfindenden Kampagnen bzw. Aktionstagen des DGB und entwickeln darüber hinaus eigene Schwerpunkte. Die Kreis- und Stadtverbände sind das Gesicht des DGB in der Fläche.

Satzungsgemäß konstituieren sich die Gremien alle vier Jahre im Vorfeld der Bezirkskonferenzen. So konnten wir im Sommer 2025 wieder drei arbeitsfähige Vorstände installieren. In allen drei Gremien konnten wir die bisherigen Vorsitzenden auch für die weitere Arbeit gewinnen. So ist Anja Oehm weiterhin die Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Dietmar Damaschke der Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Meißen und Dirk Ebert der Vorsitzende des DGB-Stadtverbandes Dresden.

Allen dreien sei an dieser Stelle herzlichst gedankt für ihre bisherige Arbeit und die Bereitschaft, auch weiterhin Verantwortung an führender Stelle zu übernehmen. Ganz besonders möchten wir in diesem Zusammenhang Kollegen Dietmar Damaschke Dank sagen. Dietmar ist nicht nur der dienstälteste Vorsitzende in unserer Region — seit 2012 und bereits davor, als die Kreis- und Stadtverbände noch keinen Satzungsstatus hatten. Er war auch über viele Jahre in den Strukturen seiner eigenen Gewerkschaft ver.di aktiv, sowohl im Fachbereich als auch in der Region. Für sein starkes Engagement erhielt er daher im August 2025 die Hans-Böckler-Medaille, die höchste Auszeichnung des DGB, verliehen.

Beispielgebend soll hier zu drei Themen berichtet werden, die ohne Mitarbeit der Kolleg*innen in den Vorständen so nicht stattgefunden hätten bzw. nicht stattfinden würden.



Jahresauftaktklausur der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal am 18. Januar 2025 in Riesa

Demokratie- und Bündnisarbeit: In der gesamten Region gibt es diverse Vereine und Netzwerke, die sich dem Erhalt und der Stärkung unserer Demokratie widmen bzw. gegen Rassismus und Faschismus kämpfen. So beteiligen sich die Kolleg*innen der KV/SV Jahr für Jahr an den Veranstaltungen rund um das Gedenken an den 13. Februar 1945 in Dresden, an Menschenketten, aber auch an Gegenprotesten zu Naziaufmärschen. Ebenfalls relevant waren alle Demonstrationen, die unter dem Label „Brandmauer“ 2024 in Dresden, aber auch in Pirna stattfanden.



Genauso versuchen die ehrenamtlichen DGB-Kolleg*innen mit den Gewerkschaften Flagge zu zeigen gegen das Erstarken der AfD, so zum Beispiel durch wiederholt stattfindende Gegenveranstaltungen in Riesa bei Landes- und Bundesparteitagen dieser Partei, zuletzt im Januar 2025 mit über 10.000 Menschen vor Ort. Darüber hinaus gibt es aber auch Kooperationen mit den Bündnissen „Buntes Meißen“ oder auch „Herz statt Hetze“ zu zahlreichen Veranstaltungen und „PEGIDA-Geburtstagen“.

Eine Wahl ist das Hochamt der Demokratie. Wahlen sind auch für uns als Gewerkschaften von größter Bedeutung. Es ist für Arbeitnehmer*innen eben nicht egal, welche Politiker*innen und welche Parteien Politik betreiben. Wir sind zwar parteipolitisch unabhängig, aber eben nicht neutral. In diesem Sinne versuchen wir nicht nur Lobbyisten für die Interessen unserer Mitglieder zu sein, sondern auch darauf zu orientieren, welche Parteien die Interessen der arbeitnehmenden Bevölkerung am besten vertreten. Die klassische Form der inhaltlichen Beteiligung an Wahlveranstaltungen war und ist die Podiumsdiskussion. Allerdings müssen wir hier seit längerem feststellen, dass es immer schwieriger wird, die Menschen im Publikum zu erreichen. In der zurückliegenden Periode haben wir daher unterschiedliche neue Ansätze versucht. Zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden im Jahr 2022 haben wir die Kandidat*innen gemeinsam mit dem Aktionsbündnis „Herz statt Hetze“ ins Volkshaus eingeladen. 2024 zur Wahl des Europaparlaments wurde die Diskussion in die Kundgebung zum 1. Mai auf dem Schlossplatz eingebaut. Außerdem haben die Kolleg*innen auch mit einer Pendleraktion am Dresdner Hauptbahnhof versucht, auf die Wahlen aufmerksam zu machen.

Zu den Kreistagswahlen 2024 wurde im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wiederum etwas anderes probiert. Mit der Vorsitzenden des DGB-Kreisverbandes, Anja Oehm, ihrem Stellvertreter Ralf Baldauf und Uwe Naumann aus dem Vorstand kandidierten gleich drei Kolleg*innen für unterschiedliche Parteien für den Kreistag, nämlich Die Linke, CDU und SPD. Diesen Umstand nutzend, wurden 10.000 Flyer gedruckt, die Werbung für die drei Kandidaten machten und darstellten, warum diese als Gewerkschafter*innen es wichtig finden, für den Kreistag zu kandidieren.



Pendleraktion – Kollegen der EVG, ver.di und DGB am 3. Juni 2024 in Dresden

Als drittes Beispiel soll das Feld der Geschichtsarbeit benannt werden. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in unserer Region ist vielfältig und verdient es, erzählt und dokumentiert zu werden – nur wer weiß, wo er herkommt, weiß auch, wo er hin will. Gerade Dresden wird in erster Linie mit August dem Starken und der Geschichte der Fürsten- und Königshäuser in Verbindung gebracht. Dass Dresden eine Stadt der Arbeit und der Gewerkschaften war und ist, wird oft vergessen. Mit Glanz und Gloria kann die Arbeitergeschichte weniger aufwarten. Aber es ist den Kolleg*innen der Kreisvorstände und des Stadtvorstandes sehr wichtig, an das Erbe ihrer bzw. unserer Vorfahren zu erinnern. Als glücklicher Umstand kommt hinzu, dass wir mit unserem Kollegen Dr. Willy Buschak nach wie vor einen Kollegen an unserer Seite haben, der besonders zur Dresdner Arbeitergeschichte weiterforscht. Mit ihm gemeinsam wurden in den zurückliegenden Jahren Rundgänge durch Dresden organisiert, die auch in einer Broschüre „Auf Spurensuche. Demokratiegeschichte in Dresden“ dokumentiert werden konnten. Es wurde ebenfalls eine Ausstellung zum 90. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten verwirklicht. Dr. Willy Buschak stand auch dem Vorsitzenden des DGB-KV Dresden, Dirk Ebert, helfend zur Seite, als dieser im Jahr 2023 das Projekt einer Stolpersteinverlegung für Kolleg*innen angestoßen hat, die für ihren Widerstand im NS-Staat mit ihrem Leben bezahlen mussten. So wurden im Jahr 2024 zwei Stolpersteine für Johanna und Friedrich Langhorst vor dem Eingang ihres ehemaligen Wohnhauses in der Carl-Zeiss-Straße 48 in Dresden-Trachau verlegt. Gemeinsam mit ihren beiden Söhnen bildeten



Verlegung Stolpersteine durch den DGB-Stadtverband Dresden auf der Carl-Zeiss-Straße 48 in Dresden

sie eine Widerstandsgruppe und wurden dafür bereits 1935 inhaftiert. Friedrich Langhorst verstarb nach kurzer Zeit. Auch beide Söhne überlebten die Zeit des Nationalsozialismus nicht. Für sie sollen ebenfalls noch Stolpersteine verlegt werden.

Das letzte Beispiel für die Arbeit der Kreis- und Stadtverbände in der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal soll an dieser Stelle die ÖPNV-Veranstaltungsreihe des DGB-Stadtverbandes Dresden sein. Seit 2022 lädt der Stadtverband in Kooperation mit Arbeit und Leben Sachsen und der Friedrich-Ebert-Stiftung (seit 2023) einmal im Jahr diverse Verkehrsexperten ins Dresdner Volkshaus ein, um über die aktuelle Situation und die Zukunft des ÖPNV zu diskutieren. Ein funktionierender und gut ausgebauter Nahverkehr ist für viele Menschen in Dresden wichtig. Dass dieses Thema auf allgemeines Interesse stößt, zeigen immer wieder die guten Teilnehmerzahlen. Zwischen 80 und 100 Gästen konnten bisher bei den Veranstaltungen begrüßt werden. Eine Fortsetzung der Reihe ist geplant.



Erste ÖPNV-Veranstaltung am 2. November 2022 in Dresden

Region Leipzig-Nordsachsen

In der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen konstituierten sich der DGB-Stadtverband Leipzig und die beiden DGB-Kreisverbände Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen.

Frauen

Es gelang, wieder einen aktiven DGB-Ortsfrauenausschuss in Leipzig ins Leben zu rufen, der viermal jährlich tagt und an den Stadtverband Leipzig berichtet. Sieben DGB-Gewerkschaften sind im Frauenausschuss vertreten. Für den DGB-Ortsfrauenausschuss Leipzig standen im Zentrum der Arbeit: die Beteiligung am Frauenfestival Leipzig 2022 und 2024, die Ausgestaltung des Frauentages einschließlich der Bündnisarbeit für eine kraftvolle Demonstration und Kundgebung anlässlich des 8. März in Leipzig und am Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November jeden Jahres.

Weiterhin ist in Leipzig ein Ortsjugendausschuss des DGB aktiv.



Frauentag im Bildermuseum der Stadt Leipzig am 9. März 2024

Wahlen

Am 28. Februar 2022 gab es im Volkshaus Leipzig für kandidierende Kolleginnen und Kollegen zu Betriebsratswahlen Gelegenheit, sich bei einem Betriebsrätefrühstück zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen.

Zur Kommunalwahl 2024 in Leipzig unterstützte die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen Kandidierende der DGB-Gewerkschaften für die demokratischen Parteien mit einem eigenen Kommunalwahlflyer.

Für Kandidierende von Bündnis90/Die Grünen, CDU, SPD und Die Linke zur Europawahl 2024 aus der Region ermöglichte die DGB-Region einen Besuch bei Betriebsräten in verschiedene Betrieben: Stadtwerke Leipzig, Flughafen, Techne Kirow GmbH, HeiterBlick GmbH. Kandidierende der Region zur Landtagswahl 2024 hatten die Gelegenheit, sich bei einem Wahlforum im Volkshaus Leipzig den Fragen unserer Kolleginnen und Kollegen zu stellen.

Um Forderungen zur beruflichen Bildung in den Koalitionsverhandlungen zum Sächsischen Landtag deutlich Ausdruck zu verleihen, konnte am 2. Oktober 2024 gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig und der Handwerkskammer zu Leipzig öffentlich ein Papier zur Stärkung der dualen Berufsausbildung erarbeitet und verabschiedet werden.



Gemeinsame Veranstaltung mit der IHK und HWK Leipzig
zur Stärkung der dualen Berufsausbildung
am 2. Oktober 2024

Anlässlich der Bundestagswahl 2025 führte die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen für die Kandidierenden der demokratischen Parteien ein Wahlforum im Kranwerk in Naunhof durch. Zur Unterstreichung gewerkschaftlicher Forderungen in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2025 fand



Wahlforum zur Landtagswahl
am 11. Juni 2024 in Leipzig

am 15. März 2025 ein Industriepolitischer Dialog in Leipzig statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen die hohen Strompreise und eine dringend notwendige Strukturpolitik der Bundesregierung, welche die Zukunft der Industrie im Fokus hat.

Gesellschaftspolitik, Gedenk- und Erinnerungskultur

Für die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen ist die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Netzwerken in Leipzig und den beiden Landkreisen Leipzig und Nordsachsen von zentraler Bedeutung. Sich gemeinsam mit weiteren Akteuren in der Stadt gegen rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische gesellschaftliche Strömungen zu wenden und Haltung zu zeigen, ist Teil der selbstverständlichen Netzwerkarbeit.

Es ist ebenso Teil der Arbeit der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen, immer wieder daran zu erinnern, dass die DGB-Gewerkschaften in der Tradition aktiver Antifaschistinnen und Antifaschisten stehen und „Nie wieder!“ ein Vermächtnis ist, das wir mit Leben erfüllen.



Theaterstück „Die Vermessung der Demokratie“ am 26. April 2022 in Leipzig

In diesem Zusammenhang konnte in Kooperation mit dem soziokulturellen Zentrum Nato in Leipzig am 26. April 2022 das Theaterstück „Die Vermessung der Demokratie – Ein Wilhelm-Leuschner-Portrait“ aufgeführt werden. Jedes Jahr am 9. November beteiligt sich die Region in Leipzig und Eilenburg an der „Aktion Stolpersteine putzen“. Bei einer Gedenkfeier im Garten des Volkshauses am 2. Mai 2023 wurde an den 90. Jahrestag der Vernichtung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten erinnert. Unsere Stadt- und Kreisverbände waren Teil der Kundgebungen und Demonstrationen gegen den völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine im Jahr 2022, für solidarischen Zusammenhalt in Krisen-

zeiten 2022, für Demokratie und Menschlichkeit 2023, 2024 für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen den politischen Rechtsruck und 2025 gegen eine Normalisierung einer rechtsextremen Partei in unseren Parlamenten. Jedes Jahr ist die DGB-Jugend mit Wagen und Ständen beim CSD in Leipzig für eine vielfältige Gesellschaft dabei.

Im Rahmen von „Leipzig liest“ während der Buchmesse konnten im Volkshaus mehrere Lesungen angeboten werden. Zuletzt am 28. März 2023 mit Michael Kraske und Dirk Laabs, den Autoren des Buches „Angriff auf Deutschland – Die schlechende Machtergreifung der AfD“.



Demonstration für gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen den politischen Rechtsruck am 21. Januar 2024 in Leipzig



Tag der Gebäudereiniger am 15. Juni 2023 in Leipzig

Unterstützung Einzelgewerkschaften

Regelmäßig unterstützen die Aktiven der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen Aktionen der Einzelgewerkschaften wie z.B. am 15. März 2025 den Aktionstag der IG Metall für sichere Arbeitsplätze und den Erhalt der Zukunft der Industrie in Leipzig, am 28. Mai 2025 bei Dow Chemical für den Erhalt der chemischen Industrie in Böhlen und Schkopau, 2024 die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Kampf für einen Tarifvertrag bei SRW in Espenhain, beim Tag der Gebäude-reiniger oder bei den Warnstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst.



Aktionstag der IG Metall am 15. März 2025 in Leipzig

Am 10. Juni 2025 bot die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen ein Vernetzungstreffen zwischen allen gewerkschaftsnahen Einrichtungen in der Region Leipzig an. Vor allem neue, junge Gewerkschaftssekretär*innen hatten Gelegenheit, sich über die gewerkschaftsnahen Akteure sowie deren Fachgebiete und Zielrichtungen zu informieren und Impulse für ihre Arbeit mitzunehmen.



Jahresaufakt der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen beim Streik von SRW metalfloat am 5. Januar 2024 in Espenhain

Kampagnen

Bildungszeit: Die Aktiven der DGB-Region Leipzig-Nord-sachsen sammelten 2024 mehr als ein Drittel aller abgegebenen Unterschriften in Sachsen bei Veranstaltungen wie dem Frauenfestival, dem Landesfeuerwehrtag, am 1. Mai, bei Streikkundgebungen der Gewerkschaften, beim Leipzig-Marathon, zum Stadtfest Markkleeberg, auf Weihnachtsfeiern von Sportvereinen, dem Landesforum Weiterbildung, auf Parteitagen, Betriebsversammlungen und bei der Engagement-Messe Leipzig. Insgesamt konnte die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen mit 21.000 Unterschriften zum Erfolg der Kampagne des DGB Sachsen wesentlich beitragen.



Unterschriftenaktion für die Bildungszeit beim Leipziger Frauenfestival am 4. Mai 2024



Frittenmobil bei Stockmeier am 21. August 2024 in Eilenburg

Die DGB-Region Leipzig-Nordsachsen beteiligte sich an der Kampagne *Tarifwende* und warb für mehr Tarifverträge 2024 und 2025 mit dem Fritten-Mobil bei acht Betrieben in der Region. Das Fritten-Mobil war im Einsatz bei Railmain in Delitzsch, beim Kugel- und Rollenlagerwerk Leipzig, bei der Firma Stockmeier in Eilenburg, bei SRW metalfloat in Espenhain, beim MDR in Leipzig, am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Leipzig, bei Harry-Brot in Wiedemar und bei der Krostitzer Brauerei.

Am 28. September 2022 waren Aktive der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen mit dabei beim Pendleraktions- tag Mindestlohn in Leipzig, Delitzsch und Grimma.



Frittenmobil bei Harrybrot am 15. Mai 2025 in Wiedemar



Kundgebung am 1. Mai 2024 in Leipzig

1. Mai

Aktive gestalten den 1. Mai gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften und der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen in sechs Orten der Region: Borna, Böhlen, Delitzsch, Torgau, Oschatz und Leipzig. In Leipzig gelingt es in jedem Jahr, am 1. Mai mit vier Veranstaltungen in der Öffentlichkeit präsent zu sein: dem Arbeitnehmerempfang mit dem Oberbürgermeister, mit einer Demonstration vom Volkshaus durch die Leipziger Innenstadt zur Kundgebung auf dem Marktplatz und mit einem Fahrradkorso, der an verschiedenen Betrieben im Stadtgebiet Halt macht, wo Zwischenkundgebungen von Ehrenamtlichen der Gewerkschaften gestaltet werden, so zum Beispiel an der Gerda-Taro-Schule, am Geisteswissenschaftlichen Zentrum der Universität, am Lieferando-Hub sowie am Neuen Rathaus und schließlich auf dem Marktplatz zur Großkundgebung endet.

Transformationsnetzwerke, Fachkräfteallianz

Eine enge Zusammenarbeit entstand seit 2022 mit dem Transformationsnetzwerk der IG Metall „MoLeWa“ in der Region sowie mit dem Revierwendebüro in Pegau, die sich für den DGB und die Gewerkschaften mit der Transformation in der Automobilindustrie sowie im Mitteldeutschen Braunkohlerevier befassen, die wesentliche Auswirkungen auf Arbeit und Beschäftigung in unserer Region haben wird.

Durch die gute Zusammenarbeit in der Fachkräfteallianz Leipzig und mit regionalen Partnern konnte erreicht werden, dass 50 Prozent des Regionalbudgets der Fachkräfteallianz Leipzig an gewerkschaftsnahe Projekte ausgereicht wird, zum Beispiel an die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KOWA), an Arbeit und Leben Sachsen, an das Projekt Frauen in Arbeit (FiA) der Frauenkultur in Leipzig und an das IMU-Institut in Berlin, welches Betriebsrätenetzwerke der IG Metall unterstützt.

Region Ostsachsen

Seit der letzten DGB-Bezirkskonferenz 2022 haben die DGB-Kreisverbände Görlitz und Bautzen regelmäßig getagt und sich untereinander über die Themen und Herausforderungen der DGB-Gewerkschaften in Ostsachsen ausgetauscht.

Ein zentrales Thema und Höhepunkt jedes Jahres ist die Ausrichtung und Umsetzung des 1. Mai — des Tages der Arbeit. Während in Bautzen und Görlitz die Versammlungen und Maifeiern durch hauptamtliche DGB-Unterstützung umgesetzt werden können, sind die Kolleginnen und Kollegen in Weißwasser ausschließlich im Ehrenamt im Einsatz vor Ort. Die Präsenz an allen Standorten wird nach Kräften aller Mitgliedsgewerkschaften gestemmt und gestaltet sich aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend schwieriger. Dennoch ist es in Weißwasser auch gelungen, jüngere Kolleginnen und Kollegen zu binden und einzubeziehen.



Gedenktag zur Erstürmung des Gewerkschaftshauses Bautzen am 8. März 2023

Obwohl 2022 die Corona-Pandemie noch voll im Gange war und über mehrere Monate Veranstaltungen fast unmöglich machte, waren zeitweise auch DGB-Aktivitäten zu den Landratswahlen im Landkreis Bautzen und im Landkreis Görlitz wie auch das DGB-Kreisverbandsseminar (im Sommer) umsetzbar. Auch an dem zentralen Pendler-Aktionstag im September fanden Aktionen in Bautzen, Görlitz und Zittau statt. Nicht unerwähnt sollen die Aktivitäten der DGB-Kreisverbände hinsichtlich der Ukraine-Hilfe bleiben. Gemeinsam wurde sich an verschiedenen Spendenaufrufen beteiligt und auch ein kleiner Betrag über den Verein „Gewerkschaften helfen“ nach Ostsachsen geholt.

Am 8. März 2023 erinnerten Mitglieder des DGB-Kreisverbandes Bautzen an die Erstürmung des Gewerkschaftshauses Bautzen im Jahre 1933 und setzten mit ihrer Botschaft „Kein Platz für Nazis!“ ein Zeichen. Die Erinnerungskultur wird in den Kreisverbänden gelebt. So wird regelmäßig an zwei Personen erinnert: Dr. Maria Grollmuß und Dr. Rolf Maaß. Im Januar nehmen Mitglieder der DGB-Kreisverbände regelmäßig an Veranstaltungen zum Holocaust-Gedenktag teil.

2023 setzen die DGB-Kreisverbände ein neues Veranstaltungsformat um: das DGB-Sommerfest. Gemeinsam wurde vorher beraten, wie man stärker als zuvor gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer*innen für eine Veranstaltung gewinnen könnte, damit mehr Austausch stattfindet, denn allein mit Arbeitnehmer*innen-Empfängen gelang das nicht mehr. Die DGB-Sommerfeste finden inzwischen jährlich abwechselnd in den beiden Landkreisen statt.

Die DGB-Region Ostsachsen und damit auch die DGB-Kreisverbände sind seit der politischen Entscheidung zum Kohleausstieg immer wieder mit dem Prozess des Strukturwandels konfrontiert. Getreu dem Motto „Die Zukunft gestalten wir“ mischen sich die Kreisverbandsmitglieder ein und werden immer wieder selbst aktiv: im Sommer 2023 wurde ein Besuch des Kraftwerkes Boxberg mit Daniela Kolbe und Markus Schlimbach als Gästen organisiert und im September folgte eine kleine „Transformationskonferenz“ in Weißwasser. 2024 spielte das Thema Strukturwandel auf den Wahlforen zur Landtagswahl in Sachsen eine Rolle. Auch beim Besuch von Elke Hannack stand ein Besuch des Kraftwerkes Boxberg auf dem Plan.



Elke Hannack zu Besuch in der Lausitz am 11. Juni 2024

Ein fester jährlicher Termin ist der Internationale Frauentag. Auch hier werden die Kolleginnen und Kollegen kreativ, wenn es darum geht, etwas Neues auszuprobieren. 2022 und 2023 wurden zum Beispiel Frauentagsrundgänge angeboten und umgesetzt. Stationen waren unter anderem das DRK, die Postbank, der Personalrat der Stadt Bautzen und Alstom in Bautzen. 2024 wurden in Görlitz ein Frauentagsfrühstück gemeinsam mit dem ver.di-Ortsverein und in Bautzen ein Frauentagstreffen „Pasta und Politik“ gemeinsam mit dem Frauenzentrum Bautzen organisiert.



Frauenrundgang zum Frauentag am 8. März 2022

Im Herbst 2023 startete der gemeinsame Volksantrag zu „5 Tage Bildung. Zeit für Sachsen“. Die Mitglieder der DGB-Kreisverbände haben tatkräftig jede Unterschriftenaktion unterstützt oder sind selbst losgezogen und haben in den folgenden zehn Monaten Unterschriften gesammelt. In Ostsachsen kamen knapp 8.000 bestätigte Unterschriften zusammen.



Seminar der DGB-Kreisverbände Bautzen und Görlitz am 28. Oktober 2023 in Tautewalde



Demonstration für Menschlichkeit, Demokratie und gegen Rechtsextremismus am 27. Januar 2024 in Bautzen

Das Jahr 2024 begann mit zahlreichen Demonstrationen für Menschlichkeit, Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Insgesamt wurden in dem Superwahljahr ein Wahlforum zur Europawahl und insgesamt fünf Wahlforen zur Landtagswahl durchgeführt. Das Fritten-Mobil des DGB im Rahmen der Tarifwende-Kampagne tourte durch Ostsachsen und am Berzdorfer See fand das DGB-Sommerfest statt. Die Mitglieder der DGB-Kreisverbände beteiligten sich im September am bundesweiten Aktionstag „Tarifwende“.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, dass die KV-Mitglieder an den Veranstaltungen und Sitzungen des DGB-Senioren-Arbeitskreises, an Gesprächen und Veranstaltungen des DGB-Projektes „Revierwende“ und an Besuchen der Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Elke Hannack und Stefan Körzell teilgenommen haben.

Satzungsgemäß konstituieren sich die Vorstände der DGB-Kreisverbände im Sommer 2025. Die bisherigen Vorsitzenden sind auch für die nächsten vier Jahre wiedergewählt worden. Uwe Garbe ist weiterhin der Vorsitzende des DGB Kreisverbandes Bautzen und Frank Schuster wurde als Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Görlitz bestätigt.

Die Kontinuität der handelnden Personen gibt den Kreisverbänden Stabilität und Verlässlichkeit. Die Aktivitäten der DGB-Kreisverbände stärkt die Sichtbarkeit von Gewerkschaften im ländlichen Raum. An dieser Stelle gilt der ausdrückliche Dank allen Mitgliedern der DGB-Kreisverbände, für ehemalige wie für aktuell benannte Kolleginnen und Kollegen. Unser langjähriger Kollege Heiko Rasch ist leider in den letzten Wochen der vergangenen Wahlperiode verstorben. Als aktiven GEW-Kollegen, Streiter für Demokratie und Mitbegründer der SPD in Bautzen werden wir ihn in Erinnerung behalten.

Region Südwestsachsen

In der DGB-Region Südwestsachsen sind fünf ehrenamtliche Stadt- und Kreisverbände aktiv: in den Landkreisen Zwickau, Vogtland, Mittelsachsen und Erzgebirge sowie in der Stadt Chemnitz. In den genannten Landkreisen unterhält der DGB Büros – teils gemeinsam mit den Gewerkschaften und Netzwerkpartner*innen. Das neue Gewerkschaftshaus in der Peter-Breuer-Straße in Zwickau konnte nach mehrjährigen Vorbereitungen im Juli 2025 eingeweiht werden. Die geplanten Schwerpunkte sowie kurzfristig aufgetretene Herausforderungen in der vergangenen Legislaturperiode wurden von der DGB-Region in enger Zusammenarbeit mit den acht Mitgliedsgewerkschaften, den Kreis- und Stadtverbänden sowie zahlreichen Bündnispartner*innen umgesetzt.

Die durchschnittliche Lohnsituation für die Beschäftigten in Südwestsachsen hat sich in den zurückliegenden vier Jahren insgesamt verbessert, liegt jedoch weiterhin spürbar unter dem gesamtdeutschen Median. Drei Landkreise der Region zählen nach wie vor zu den deutschen Schlusslichtern beim Einkommen. Dies wurde in verschiedenen Veranstaltungsformaten thematisiert. Die Tarifbindung bleibt die zentrale Herausforderung und größte strukturelle Schwäche. Die Fachkräftesuche und gleichzeitig eine sich verdichtende Langzeitarbeitslosigkeit sind steigende Herausforderungen. Damit verknüpft sind drängende Fragen der Alterssicherung und eine drohende Altersarmut, die längst Teil des Alltags vieler Menschen geworden ist. Dem demografischen Wandel in Sachsen muss politisch stärker begegnet



24-Stunden-Streik IG Metall GKN Driveline Mosel am 27. Februar 2023



Frauentag DGB-Stadtverband Chemnitz, ver.di, GEW am 8. März 2022 in Chemnitz

werden – anderenfalls drohen in Südwestsachsen eine weitere Verschärfung des Fachkräfteproblems und zunehmende Abwanderung. Vor dieser Zuspitzung wird in den Fachgremien frühzeitig gewarnt und um tragfähige Lösungen gerungen.

Die technologisch und ökologisch bedingten Transformationsprozesse spielen in der Industrie- und Handwerksregion Südwestsachsen durch die Branchenstruktur die zentrale Rolle. Fahrzeugbau, Zulieferer, Werkzeugmaschinenbau und verknüpfte Wertschöpfung, wie zum Beispiel die Textilproduktion, unterliegen einem massiven Veränderungsdruck. In enger Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften wurden Beiträge zur regionalen Strukturpolitik geleistet. Innerhalb der regionalen Fachkräfteallianzen konnte durch umfängliche Netzwerkarbeit die Umsetzung gewerkschaftlicher Projektansätze auf regionaler und Landesebene gesichert werden. Exemplarisch zu nennen ist das gut etablierte Netzwerk von Betriebsräte*innen und Vertrauensleuten.



Warnstreik Großhandel ver.di am 2. Juni 2023 in Chemnitz

Auch die Unterstützungen der Maschinenbaukonferenz der IG Metall in Chemnitz (2023) sowie der Initiative Transformation der Automobilregion Südwestsachsen (ITAS) mit der IG Metall und zahlreichen weiteren Partnern zählen zu den bewältigten Aufgabenbereichen.



ITAS AG bei der IG Metall am 6. September 2022 in Chemnitz

Gerade durch den tiefgreifenden Wandel zeigt sich: Starke betriebliche Interessensvertretungen bleiben unerlässlich. Die Durchführung der Betriebsratswahlen 2022 sowie die begleitende DGB-Kampagne zur Mitbestimmung stellten dabei einen weiteren Schwerpunkt dar. Die Vorbereitung der Wahlen 2026 wurde frühzeitig aufgenommen. Die Ausweitung und Sicherung betrieblicher Mitbestimmung bleibt eine der Schlüsselfragen für die Interessensvertretung der Beschäftigten. Im Berichtszeitraum wurden gewerkschaftliche Kämpfe um die Beschäftigungsbedingungen in KITAs und Schulen zu verschiedenen Anlässen wie Warnstreiks unterstützt.

2022 begleitete die DGB-Region die Landratswahlen mit gewerkschaftlichen Schwerpunktfragen, aus denen kontinuierliche Gespräche mit den Landräten zu Standortpolitik und Transformation hervorgingen.

Im Jahr 2024 beteiligte sich der DGB unter dem Titel „Nie wieder ist jetzt“ an 35 demokratischen Kundgebungen unterschiedlichster Größenordnungen in der gesamten Region. Nach der Correctiv-Recherche über rechtsextreme „Remigrations“-Pläne konnten durch die jahrelang kontinuierlich fortgesetzte intensive Bündnisarbeit beeindruckende Kundgebungen mit bis zu 12.000 Teilnehmenden mitorganisiert werden.



Bündnis-Demo „Rechtsextremismus stoppen“ mit der Initiative „Chemnitz Nazifrei“ am 8. Juni 2024



Ebenso wurden die Europa- und Landtagswahlen 2024 auf vielfältige Weise aktiv begleitet. Unter anderem durch Wahlforen in Zusammenarbeit mit den Kreis- und Stadtverbänden sowie Veranstaltungen Dritter, etwa der Landeszentrale für Politische Bildung. Dabei wurden stets gewerkschaftliche Kernanliegen in den Mittelpunkt gerückt. Ein besonderes Signal setzte der

„Dialog Arbeit“ mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer im Juni 2024. Die breite und lebendige Debatte wurde von zahlreichen Kolleg*innen mit verschiedenen Mandatsträgern und Vertreter*innen der demokratischen Parteien über den gesamten Berichtszeitraum geführt.



*Wahlforum zur Landtagswahl am 14. August 2024
in Annaberg-Buchholz*

Im direkten Anschluss rückte bereits die auf 2025 vorgezogene Bundestagswahl in den Fokus. Unter dem Motto „Mach Dich stark“ konnten in kurzer Zeit 13 Einzelveranstaltungen in allen sechs Wahlkreisen in Südwestsachsen mit Kandidat*innen demokratischer Parteien umgesetzt werden. Hierzu zählten Wahlgespräche mit den ehrenamtlichen DGB-Kreisverbänden in Freiberg, Annaberg-Buchholz, Zwickau, Plauen, Limbach-Oberfrohna sowie ein Wahlspiel in Chemnitz. Ergänzt wurden diese durch mehrere



Veranstaltungen des Formates „Dialog Arbeit“ unter anderem mit Bodo Ramelow (Die Linke), mit Alexander Krauß (CDU), mit Detlef Müller (SPD) sowie Bernhard Herrmann und Christin Furtenbacher (Bündnis 90/Die Grünen). Beteiligt hat sich die Region ebenso an der Spitzen-Wahlveranstaltung des DGB-Sachsen in Chemnitz sowie an der gemeinsamen Veranstaltung des DGB-Bezirks und des „Runden Tisches für Rentengerechtigkeit“ zum Thema Alterssicherung.



*Wahlforum zur Bundestagswahl am 4. Februar 2025
in Chemnitz*

Zahlreiche weitere Aktivitäten und Kundgebungen zum Schutz unserer demokratischen Grundordnung und gegen rechtsextremistische Umtriebe wurden in der Region gemeinsam mit Bündnispartner*innen durchgeführt. Bereits 2023 setzte das Theaterprojekt „Die Vermessung der Demokratie“ in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen kulturellen Impuls/ Höhepunkt. Hervorzuheben ist die 2024 initiierte Reihe „Was bedeutet uns Demokratie“, welche gemeinsam mit der Initiative „Freiberg für alle“ mit hochkarätigen Gästen und vielen Besucher*innen umgesetzt wurde. Zum Auftakt diskutierten der Rektor der TU-Bergakademie, der DGB-Regionsgeschäftsführer und der Autor Ilko-Sascha Kowalcuk vor über 300 Gästen über Kowalcucks Buch „Freiheitsschock“. Im Sommer wurde die Reihe im Rahmen des Studium Generale (mit DGB-Beteiligung) fortgesetzt. Auch bei strategischen Schwerpunktsetzungen auf Bundesebene war die Region aktiv beteiligt. Sowohl in der Task Force des DGB-Bundesvorstandes wie auch innerhalb diverser Bündnisse, wie zum Beispiel dem Bündnis „Gemeinsam für Demokratie“, leistete sie einen Beitrag.



Warnstreik Franken-Gut Fleischwaren am 24. August 2023 in Striegistal

Die Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften hat stets, d.h. auch im zurückliegenden Berichtszeitraum, hohe Priorität, insbesondere bei der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Hilfe bei Tarifauseinandersetzungen. Stellvertretend seien genannt: die Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie 2022 und 2025, im Bildungssektor zu KITAs und Schulen mit GEW und ver.di, im Bauhauptgewerbe mit der IG BAU sowie die Tarifkämpfe der NGG. Unterstützt wurden zudem standortbezogene Auseinandersetzungen, beispielhaft die der IG Metall bei GKN in Mosel bei Zwickau 2023 und von ver.di bei Galeria Kaufhof in Chemnitz. Das Fritten-Mobil im Rahmen der bundesweiten DGB-Kampagne zur „Tarifwende“ erfreute sich in den Jahren 2024 und 2025 großer Beliebtheit. Gemeinsam mit IG Metall und ver.di, den Vertrauensleuten sowie den Personal- und Betriebsräte*innen gestaltete der DGB erfolgreich neunmal Termine vor den Toren der Unternehmen.

Die Kampagne zum Volksantrag „Bildungszeit“ wurde in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sowie den ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbänden unterstützt. In Südwestsachsen konnten rund 15.000 Unterschriften gesammelt werden, davon allein 1.000 zum Auftakt beim „Tag der Sachsen“ in Aue-Bad Schlema.

Auch im Rahmen zentraler Aktionstage wie dem Friedenstag in Chemnitz, Frauentag und Equal Pay Day, dem Pendleraktionstag, dem Treffen im Dreiländereck in Mödlareuth, dem Gedenken an die Novemberpogrome in Zwickau und dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wurde das Engagement für Demokratie, Gerechtigkeit und Teilhabe



Frittenmobil bei KSG am 14. August 2024 in Gorndorf

sichtbar. Die DGB-Region unterstützt die vielfältigen gewerkschaftlichen Aktivitäten der DGB- und ver.di-Frauen, unter anderem die Veranstaltungen zum Equal Pay Day und die jährlichen Klausuren der Kolleginnen.

Veranstaltungen zum Tag der Arbeit wurden im Berichtszeitraum in Chemnitz, Zwickau, Annaberg-Buchholz, Plauen, Freiberg und Aue durchgeführt. Nur durch intensive Vorbereitungen mit den ehrenamtlichen DGB-Kreis- und Stadtverbänden und zahlreichen demokratischen Partnerorganisationen konnten die parallel stattfindenden Maikundgebungen in Südwestsachsen erfolgreich umgesetzt werden. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wurden die gut besuchten Veranstaltungen inhaltlich weiterentwickelt.

Ein besonderer Höhepunkt war 2025 die zentrale Kundgebung in Chemnitz unter dem Titel „Mach dich stark mit uns“ mit der DGB-Bundesvorsitzenden Yasmin Fahimi. Die Umsetzung gelang nur durch die enge und kooperative Zusammenarbeit mit dem DGB-Bundesvorstand und dem DGB-Bezirk.

Auch beim Europäischen Kulturhauptstadtjahr 2025 in Chemnitz war die Region aktiv und das seit Beginn des Bewerbungsprozesses. Aus Anlass eines geplanten Neonaziaufmarsches am Tag der Kulturhauptstadt-Eröffnung begleitete die Region bereits den Start in das Europäische Kulturhauptstadtjahr durch eine gemeinsame große Veranstaltung unter dem Titel „Bürgerfest in Chemnitz“ mit vielen Bündnispartner*innen und rund 4.000 Teilnehmer*innen. In Kooperation mit dem DGB-Bundesvorstand und dem DGB-Bezirk wurden weitere Projekte im Rahmen



Kundgebung am 1. Mai 2025 in Chemnitz –
IGBCE Jugend mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi

gewerkschaftlicher Impulse zum Europäischen Kulturhauptstadtjahr 2025 durchgeführt, zum einen ein Theaterprojekt unter dem Titel „And Now Hanau“ in Zusammenarbeit mit dem Staatstheater Mainz sowie den Ruhrfestspielen und zum anderen das Theaterstück „workworkworkworkwork“ von und mit der Leipziger Dramaturgin Laura Götz. Im gleichen Jahr erfreuten sich mehrere DGB-Kulturforen mit Autor*innen; wie Julia Friedrich, Anne Rabe, Jacob Springfield und Peter Laudenbach großer Beliebtheit.

Mit der DGB-Jugend Sachsen wurden verschiedene Ausbildungsmessen für Jugendliche im Kontext der beruflichen Ausbildung besucht. Darüber hinaus besteht eine gute Zusammenarbeit zu weiteren Anlässen wie dem KOSMOS Festival, den CSD-Veranstaltungen oder den Vorabendfeiern zum Tag der Arbeit. In Kooperation mit dem DGB-Bezirk wird gemeinsam mit den Jugendorganisationen von IG Metall und ver.di ein Jugendraum in Chemnitz betrieben.



DGB-Kulturforum anlässlich Kulturhauptstadt 2025
am 7. Oktober 2025 in Chemnitz

Die Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Sachsen ermöglichte die Umsetzung zahlreicher Projekttage an Schulen und Ausbildungseinrichtungen in Südwestsachsen (jährlich rund 30 bis 80 Tage). Hinzu kamen zahlreiche Qualifikationsveranstaltungen für die ehrenamtlichen Teamerinnen und Teamer.

Im Berichtszeitraum wurde die koordinierende Funktion des DGB in einigen zentralen Bereichen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung kontinuierlich fortgesetzt. Die mit hohem Zeit- und Abstimmungsaufwand verbundene Aufgabenfelder betreffen Kernaufgaben des DGB: Es geht um die Arbeit in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsdirektionen Chemnitz, Erzgebirge, Mittelsachsen-Freiberg, Zwickau, Vogtland und Chemnitz. Die Jobcenterbeiräte wurden aktiv begleitet für den Bereich des SGB II. Die Arbeit in den Berufsbildungsausschüssen der IHK und HWK Chemnitz sind ebenso zu benennen wie die Begleitung der Handwerkskammer-Vollversammlung und des Vorstandes der HWK. Zu diesen Aufgabenfeldern gehörten auch die fortgesetzten Benennungsverfahren der Arbeitnehmervertreter*innen bei den ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichtern.

Im Berichtszeitraum wurden die DGB Kreis- und Stadtverbände in Südwestsachsen neu konstituiert. Zahlreiche engagierte Kolleg*innen beendeten dabei ihr teils langjähriges Engagement. Ihnen gilt großer Dank und Anerkennung. Zugleich wurde die Arbeit mit den neu benannten Mitgliedern begonnen. Auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Kolleg*innen freut sich die gesamte Region.



Klausur DGB-KV Mittelsachsen am 23. Oktober 2023
in Augustusburg





III.

WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPOLITIK, ARBEITSMARKTPOLITIK, HANDWERKSPOLITIK

WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPOLITIK

Der Berichtszeitraum war durch viele Krisen und Herausforderungen geprägt. Neben den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie haben auch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine massive Auswirkungen im Freistaat verursacht, denen sich die Unternehmen und die Menschen stellen mussten. Die gestiegenen Energiepreise für Haushalte und Unternehmen waren dabei nur eine der Herausforderungen. Im Freistaat finden gleichzeitig mehrere Strukturwandel- und Transformationsprozesse statt. Zum einen der Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung im Mitteldeutschen Revier und in der Lausitz und die damit verbundene Umgestaltung ganzer Regionen. Zum anderen die Transformation im Bereich der Automobilindustrie durch die Umstellung auf andere Antriebssysteme. Parallel dazu gilt es die Digitalisierung von Unternehmen und Verwaltung zu stemmen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu gestalten und die Herausforderung des demografischen Wandels zu meistern. Sachsen zählt auch weiterhin zu den Bundesländern mit der niedrigsten Tarifbindung.

Im Freistaat besteht ein hoher Investitionsbedarf in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsversorgung, der Infrastruktur und im Gesundheitswesen. Der DGB und die Gewerkschaften haben sich immer für mehr Investitionen und die Lockerung der Schuldenbremse in der sächsischen Verfassung stark gemacht. Dazu wurde eine gemeinsame Kampagne mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Verbänden durchgeführt. Die Kampagne stand unter dem Motto „Zusammenhalt sichern! In Sachsen Zukunft investieren!“. Im Rahmen der Kampagne gab es eine eigene Internetseite, Pressemitteilungen, Social-Media-Aktivitäten, Veranstaltungen und diverse Gespräche mit den Landtagsfraktionen. Hintergrund waren die im Zuge der Covid-19-Pandemie aufgenommen Kredite zur Unterstützung der Unter-

nehmen bei der Überwindung der Auswirkungen der Pandemie. Aufgrund der Schuldenbremsenregelung in der sächsischen Verfassung müssen in nur acht Jahren 6 Milliarden Euro zurückgezahlt werden. Gleichzeitig gab es auf der Einnahmeseite Mindereinnahmen in Milliardenhöhe durch Steuerausfälle. Daraus ergab sich die große Gefahr, dass eine Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Gestaltung von Zukunftsthemen nicht mehr in ausreichendem Maße möglich ist. Der DGB hat sich u.a. für die Verlängerung der Tilgungsfristen bis zu 50 Jahren eingesetzt. Ähnliche Regelungen gibt es beispielsweise in NRW. Dadurch bliebe dem Freistaat ein größerer Handlungsspielraum bei der Gestaltung der Doppelhaushalte.

Um darzulegen, dass eine Änderung der Schuldenbremse möglich ist, wurde Prof. Dr. Achim Truger, Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, um ein Gutachten gebeten. Dieses plädiert ausdrücklich dafür, dass der Freistaat seinen radikalen Sonderweg beenden muss. Zur Änderung der Schuldenbremse muss die Sächsische Verfassung angepasst werden. Dazu wäre eine Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen in Landtag nötig. Diese konnte nicht gefunden werden, sodass die Änderung der Verfassung und damit auch weitere Anpassungen nicht erfolgt sind.

Die darauffolgenden Haushalte waren nicht durch große zukunftsweisende Ansätze geprägt. Als DGB haben wir die Haushaltsgestaltung durch Stellungnahmen, Gespräche mit den Fraktionen und Pressekonferenzen begleitet. Um zu verdeutlichen, wie hoch der tatsächliche Investitionsbedarf in Sachsen ist, hat der DGB Sachsen in Vorbereitung auf die Landtagswahl 2024 eine Studie zusammen mit der



Vorstellung der Investitionsstudie des DGB und der FES am 18. März 2024 in Dresden



Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben. Die Studie „Investieren jetzt! — Für Demokratie, Gerechtigkeit und Wohlstand in Sachsen“ zeigt mit realen Zahlen auf, dass in den Jahren zwischen 2024—2033 insgesamt 44,01 Milliarden Euro an Investitionen im Freistaat in den Bereichen Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit notwendig sind. Die Ergebnisse wurden bei der Landespresso konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt und im Nachgang in Gesprächen mit den Landtagsfraktionen diskutiert. Die Studie lieferte auch eine gute Grundlage für die Koalitionsverhandlungen.

Der Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine hat die Energieversorgung in Deutschland und Sachsen massiv beeinflusst. Die Kosten für Energie für Unternehmen, aber auch für die Menschen im Freistaat sind drastisch in die Höhe gegangen. Die Beschäftigten waren doppelt betroffen, sowohl in Bezug auf die privaten Strom- und Wärmekosten als auch in Bezug auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Der DGB hat Online-Informationsveranstaltungen, beispiels-

weise zur Einführung der Gas- und Wärmepreisbremse, durchgeführt, um Transparenz zu schaffen. Darüber hinaus hat sich der DGB-Sachsen mit einer Online- und Plakataktion unter dem Motto „Energiepreise deckeln und Krisengewinne abschöpfen“ in die Debatte eingebbracht. Gemeinsam mit zahlreichen Bündnispartnern hat sich der DGB an der Großdemonstration am 22. Oktober 2022 in Dresden im Rahmen der deutschlandweiten „Solidarischer Herbst“-Aktionen beteiligt. Im Rahmen des sächsischen Energiebeirates und bei Jour fixes mit den zuständigen Ministerien (SMEKUL, SMR) hat der DGB diese Problemlagen zusätzlich verdeutlicht und Abfederungen eingefordert. Ein zentrales Thema war und ist die Einführung eines Industriestrompreises, welcher seitens des DGB öffentlich eingefordert und in den Verhandlungen um den Koalitionsvertrag eingebracht wurde, um insbesondere energieintensive Unternehmen zu unterstützen. Im Zuge des Aktionstages für gute Industrie-arbeitsplätze der IG Metall am 15. März 2025 wurde am Vorabend ein Industriopolitischer Dialog durchgeführt, um die Auswirkungen im Bereich Energie, Chemie und Mobilität/Automobilbau aufzuzeigen.



Vergabegesetz

Ein dauerhaftes Thema in der Arbeit des DGB Sachsen ist die Reformierung des Sächsischen Vergabegesetzes. Sowohl im letzten wie auch im aktuell geltenden Koalitionsvertrag der Staatsregierung ist eine Anpassung vorgesehen. In der Legislatur bis 2024 war eine Einigung unter den Koalitionspartnern nicht möglich. Es gab einen Gesetzesentwurf seitens des SMWA und einen Novellierungsprozess, der durch das Einwirken diverser Organisationen und Verbände verkompliziert und unbrauchbar gemacht wurde, sodass die Novellierung nicht abgeschlossen wurde. Dieser Prozess hat zu massiven Verwerfungen innerhalb der Schwarz-Grün-Roten-Koalition geführt. Der DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften haben sich für eine Modernisierung des Vergabegesetzes unter Berücksichtigung von Tariftreuregeln und sozialer und ökologischer Kriterien eingesetzt. Der entsprechende Beschluss wurde öffentlich kommuniziert und in die Verhandlungen und Stellungnahmen eingebbracht. Seitens der Fraktion Die Linke gab es einen eigenen Gesetzesentwurf, der unter Mitwirkung des DGBs entstand. Das Anhörungsverfahren hat der DGB durch gewerkschaftliche Sachverständige unterstützt. Parallel haben wir unsere Forderungen zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Allianz „Sachsen kauft fair“ zum Ausdruck gebracht, beispielsweise durch gemeinsame Veranstaltungen und Pressearbeit. Das Thema Vergabegesetz war ein wichtiges und bis zuletzt umstrittenes Thema bei den Koalitionsverhandlungen. Der DGB hat intensiv darauf hingewirkt, die gewerkschaftlichen Forderungen im Koalitionsvertrag zu platzieren. Dies ist zum Teil gelungen.

Die Themen Gute Arbeit und die Erhöhung der Tarifbindung spielten im Berichtszeitraum eine große Rolle. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich sowohl in den 13 regionalen Fachkräfteallianzen als auch auf Landesebene aktiv in die Arbeit der Allianzen eingebracht, die Themen platziert und verhandelt. Auf Landesebene erfolgte die Arbeit im Vorstand der Fachkräfteallianz und in vier Arbeitsgruppen (zu den Themen: Fachkräfte individuell (aus) bilden), Fachkräfte gezielt rekrutieren, Potenziale nutzen und Fachkräfte binden und Arbeitsplätze

schaffen). Darüber hinaus hat der DGB an den Jahrestagungen mitgewirkt. In Zusammenarbeit mit dem SMWA fanden mehrere Arbeitnehmerempfänge statt und es wurde eine Betriebs- und Personalrätekonferenz zum Thema Transformation der Arbeitswelt durchgeführt. Der DGB Sachsen hat sich gegenüber den zuständigen Ministerien für die Kopplung der Wirtschaftsförderungen an Kriterien Guter Arbeit eingesetzt und dies in den Stellungnahmen zu den Richtlinien eingefordert. Beispielsweise bei der GRW-Förderung oder bei der Richtlinie Regionales Wachstum wurden die Forderungen aufgegriffen.



Zukunfts konferenz mit Betriebsräten und Yasmin Fahimi am 22. März 2024 in Dresden

Zukunfts konferenz

Der DGB Sachsen hat im Wahljahr 2024 die Zukunfts konferenz „Wir verändern Sachsen – Mitbestimmung, Transformation, Zukunft“ in der Gläsernen Manufaktur in Dresden durchgeführt und sich dabei mit mehr als 150 Betriebs- und Personalräten über die Rolle von Gewerkschaften in der Transformation, zum Thema „Was Ostdeutschland braucht, um Entwicklungsmotor zu sein“ und „Tarifpolitik und Ostdeutschland“ ausgetauscht. Prof. Schulten verdeutlichte in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass die Landesregierungen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung durch die entsprechende Ausgestaltung der Landesvergabegesetze und der Wirtschaftsförderung leisten können. Bei der Konferenz kamen auch Betriebsräte der Recyclingfirma SRW zu Wort, welche sich im längsten Streik in der Geschichte der BRD um bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag befanden.



Solidaritätsaktion für die Streikenden bei SRW metalfloat Espenhain auf der Zukunftskonferenz am 23. März 2024 in Dresden

Der DGB-Bundesvorstand hat bundesweit die Tarifwende-Kampagne initiiert, welche auch in Sachsen vor allem durch die DGB-Regionen umgesetzt wurde. Beispielsweise wurde die Kampagne in Rahmen von regionalen Veranstaltungen, dem Pendleraktionstag oder Wahlforen zu den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen umgesetzt. Betriebliche Aktionen mit den Gewerkschaften vor Ort fanden bei den Frittenmobil-Touren in allen Regionen statt. Hierbei wurde Informationsmaterial verteilt und Beschäftigte wurden über die Möglichkeiten von Tarifverträgen aufgeklärt.



Frittenmobiltour bei Dr. Quendt am 27. August 2024 in Dresden

Aus Sicht des DGB Sachsen und seiner Mitgliedsgewerkschaften müssen die aktuell zu bewältigenden Umbrüche und Transformationsprozesse in Sachsen sozialpartnerschaftlich diskutiert und es muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Deshalb setzt sich der DGB Sachsen für die Wiederbelebung des Sozialpartnerdialoges und die Einrichtung eines Transformationsrates ein. In der letzten Legislatur-

periode gab es Streit zwischen den Koalitionspartnern, wie und wo man solche Gremien ansiedeln soll. Der Prozess wurde dadurch immer wieder hinausgezögert. Inzwischen gibt es einen Termin im September 2025 für ein erstes Treffen mit den Sozialpartnern.

Parallel dazu hat der DGB Sachsen zusammen mit dem Projekt Mobilität Leipzig im Wandel (MoLeWa) und Arbeit und Leben Sachsen e.V. einen Projektantrag entwickelt, um eine Transformationsberatungsstelle (TBS) in Sachsen zugründen. Ziel der TBS ist, eine sozialpartnerschaftlich organisierte Anlaufstelle zu etablieren, um sächsische Unternehmen im Wandel zu unterstützen. Kern ist die modellhafte Entwicklung bedarfsgerechter Beratungs- und Qualifizierungsangebote direkt mit Unternehmen. Die TBS vernetzt Akteure, analysiert und optimiert bestehende Angebote sowie Bedarfe und schließt Lücken im Bildungsbereich. Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft und das Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft sind ebenfalls in das Vorhaben eingebunden. Der gemeinsame Antrag über die ESF Plus-Richtlinie des Bundes befindet sich bereits in der zweiten Antragsphase. Wenn die Bewilligung erfolgt, kann die TBS ab 2026 tätig werden.

Der DGB Sachsen arbeitet eng mit den Mitgliedsgewerkschaften und gewerkschaftsnahen Projekten (Revierwende, MoLeWa, ITAS) im Bereich der Strukturpolitik zusammen. Zum direkten Austausch und zur Findung gemeinsamer Positionierungen bei strukturpolitischen Themen wurde eine „Transformations-Gang“ eingerichtet, welche sich mehrmals jährlich trifft. Sie hat sich u.a. mit Themen wie Job-to-Job, Strom-Netzausbau, Azubiwohnen, Wasserstoff entlang der Wertschöpfungskette, betriebliches Mobilitätsmanagement und Anbindung von Unternehmen an den ÖPNV sowie energiepolitischen Themen befasst.

Im Berichtszeitraum wurden Jour fixes mit den zuständigen Ministerien SMR/SMIL und SMEKUL eingerichtet und es fanden zahlreiche Gespräche mit dem SMWA statt. So war es möglich, in persönlichen Gesprächen die Themen der Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Projekte einzubringen, Informationen einzuholen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Die strukturpolitisch relevanten Themen wurden seitens des DGB Sachsen und der Mitgliedsgewerkschaften aktiv in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. In fast allen Arbeitsgruppen der Koalitionspartner waren Gewerkschaftsvertreter*innen eingebunden. So wurde beispielsweise das Thema Kraftwerksstrategie mit den Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen. Das Thema wird gemeinsam mit dem DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg sowie in enger Abstimmung mit dem IGBCE-Landesbezirk bearbeitet.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit war die Begleitung der Umsetzung der Mittel des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) in Sachsen. Die beiden vom Kohleausstieg betroffenen DGB-Regionen haben je einen Sitz mit beratender Stimme in den Regionalen Begleitausschüssen für das Mitteldeutsche Revier bzw. das Lausitzer Revier. Hier wurde die Forderungen nach Berücksichtigung Guter Arbeit und der Unterstützung neu zu schaffender Arbeitsplätze platziert und auf die Verwendung der Mittel für sinnvolle Projekte in den Regionen geachtet. In diesem Zusammenhang hat sich der DGB als ein verlässlicher und wichtiger Partner in den regionalen Netzwerken etabliert.

Die Arbeit der Regionen in den Kohlerevieren wurde nach der Etablierung und Einrichtung des Revierwendeprojektes aktiv unterstützt. Das bundesweit tätige Projekt unterstützt den DGB und die Mitgliedsgewerkschaften vor Ort in der Region und in den Betrieben. Die Kolleg*innen des Projektes vernetzen, beraten und qualifizieren die Beschäftigten vor Ort. Die Angebote reichen von Betriebs- und Personalrätenetzwerken (z.B. Gesundheit, Energie und Versorgung oder Jugend- und Auszubildendenvertretung) über Veranstaltungen und Workshops (Infoveranstaltungen, Innovationswerkstätten, Seminare und Kurse) bis hin zu Handlungshilfen zu Themen der Unternehmensförderung, Demografie und Beschäftigung, Anpassungsgeld, attraktive Arbeitgeber oder Jugend im Strukturwandel. Sie unterstützen aber auch Betriebsräte direkt bei der Gestaltung des Strukturwandels im Unternehmen, beispielhaft sei auf die Dow Olefinverbund GmbH und LEAG verwiesen. Ein weiteres Vorhaben im Zuge des InvKG ist die Einrichtung zweier

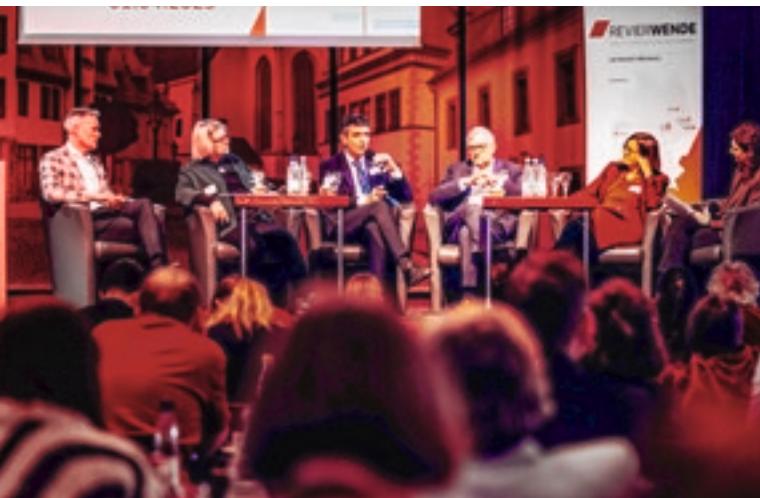
Großforschungszentren in den beiden Revieren. Das Projekt Revierwende hat beispielsweise durch Informationsveranstaltungen die Projektvorhaben vorgestellt und den Akteuren vor Ort nähergebracht. Daraus wurden Kontakte geknüpft und es wurden Akteure zusammengebracht, welche ohne das Projekt nicht zusammengekommen wären. Inzwischen ist das DGB-Projekt Revierwende ein angesehener Partner sowohl bei den betrieblichen Kolleg*innen und den regionalen Akteuren als auch im Bereich der Ministerien und in der Landespolitik. Während des Berichtszeitraums wurde seitens des DGB die Fortführung des Projektes für weitere vier Jahre über die STARK-Richtlinie mit Erfolg auf der politischen Ebene forciert.

In Zusammenarbeit mit dem Projekt Revierwende und den beiden DGB-Bezirken Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt bzw. Berlin-Brandenburg wurden wieder mehrere Lausitz- bzw. Revierkonferenzen erfolgreich durchgeführt. In den Konferenzen wurden die aktive Gestaltung des Strukturwandels in der beiden Revieren und mögliche Handlungsansätze mit den regionalen Akteuren und Vertreter*innen der Landes- und Bundesebene diskutiert.

In den Berichtszeitraum fällt die Förderperiode 2021-2027 der Europäischen Strukturfonds: Europäischer Sozialfonds (ESF), Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Just Transition Fund (JTF). Der DGB, seine Mitgliedsgewerkschaften und die gewerkschaftsnahen Projekte haben sich, unter der Koordination des DGB, aktiv in die Ausgestaltung der Operationalen Programme in Sachsen eingebracht.



Einladung zur 20. DGB-Lausitzkonferenz



4. Revierkonferenz im Mitteldeutschen Revier
am 1. April 2025 in Pegau

Speziell ist hierbei die Erstellung des JTF zu nennen, welcher als neuer Fonds für einen gerechten regionalen Strukturwandel hin zur Klimaneutralität der EU bis 2050 für die Kohleregionen eingerichtet wurde. Der DGB und die IG Metall sind in allen drei Begleitausschüssen der Fonds vertreten und bringen die gewerkschaftliche Perspektiven und Forderungen ein. Darüber hinaus hat der DGB auch einen Sitz im Unterausschuss JTF. Auf Grundlage der Operationellen Programme werden seitens der Ministerien die entsprechenden Richtlinien zur Umsetzung der Vorhaben erarbeitet. Der DGB hat durch diverse Stellungnahmen seine Positionen und Anregungen eingebracht, insbesondere die Berücksichtigung von Kriterien Guter Arbeit.

ARBEITSMARKTPOLITIK

Der Arbeitsmarkt des Freistaates Sachsen war im Berichtszeitraum 2022 bis 2025 durch viele Krisen und Herausforderungen geprägt. Einerseits wurde er sowohl durch die weitreichenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie als auch die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise destabilisiert. Andererseits finden zeitgleich mehrere Strukturwandel- und Transformationsprozesse (Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung sowie die Umstellung der Antriebssysteme in der Automobilindustrie) statt, welche zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung ausüben. Für eine weitere Verschärfung der Situation sorgte eine wachsende Inflationsrate, begründet in steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen. Ein im Ergebnis kontinuierlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitigem Rückgang der gemeldeten Stellen lässt auf eine tiefe konjunkturelle Krise der sächsischen Wirtschaft schließen. Unmittelbar spürbar war dies bei den zunehmend gestiegenen Arbeitslosenzahlen von Leiharbeitern, befristet Beschäftigten und jungen Menschen. Allerdings weitete sich dies im Laufe der

Zeit auf alle Alters- und Beschäftigungsgruppen aus. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen vorerst zu Ende ist.

Aufgrund dieser dramatischen Entwicklungen setzten sich der DGB Sachsen und die Einzelgewerkschaften gegenüber der Politik in den vergangenen Jahren immer wieder verstärkt dafür ein, dass im Landes- wie auch im Bundeshaushalt keine Kürzungen im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stattfinden. Außerdem wurde ein klares Signal der Bundes- und Landespolitik für die Stärkung der Wirtschaft und für Investitionen in die Zukunft gefordert. Dazu gehören die Stabilisierung und Senkung der Energiepreise, die Reform der Schuldenbremse und die Stärkung der Tarifbindung.

Auch in den 11 Verwaltungsausschüssen der Agenturen für Arbeit sowie den 13 Beiräten der Jobcenter vertrat der DGB Sachsen mit seinen Einzelgewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer*innen und begleitete die strukturellen Anpassungsprozesse.

Stets galt der Appell des DGB Sachsen ebenso den Arbeitgeber*innen, welche selbst in konjunkturell schwächeren Zeiten die Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Fachkräftemangels durch die demografische Entwicklung ist Qualifizierung und Aus- und Weiterbildung ein wichtiges Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Strukturwandel und die Transformationsprozesse sind nur mit gut ausgebildeten und qualifizierten Beschäftigten zu meistern. Anpassungsqualifizierungen geben Beschäftigten Sicherheit in von Änderungen geprägten Zeiten. Die Arbeitsagenturen sind hierbei ein starker Partner, welche das Thema nicht erst seit der Ein-

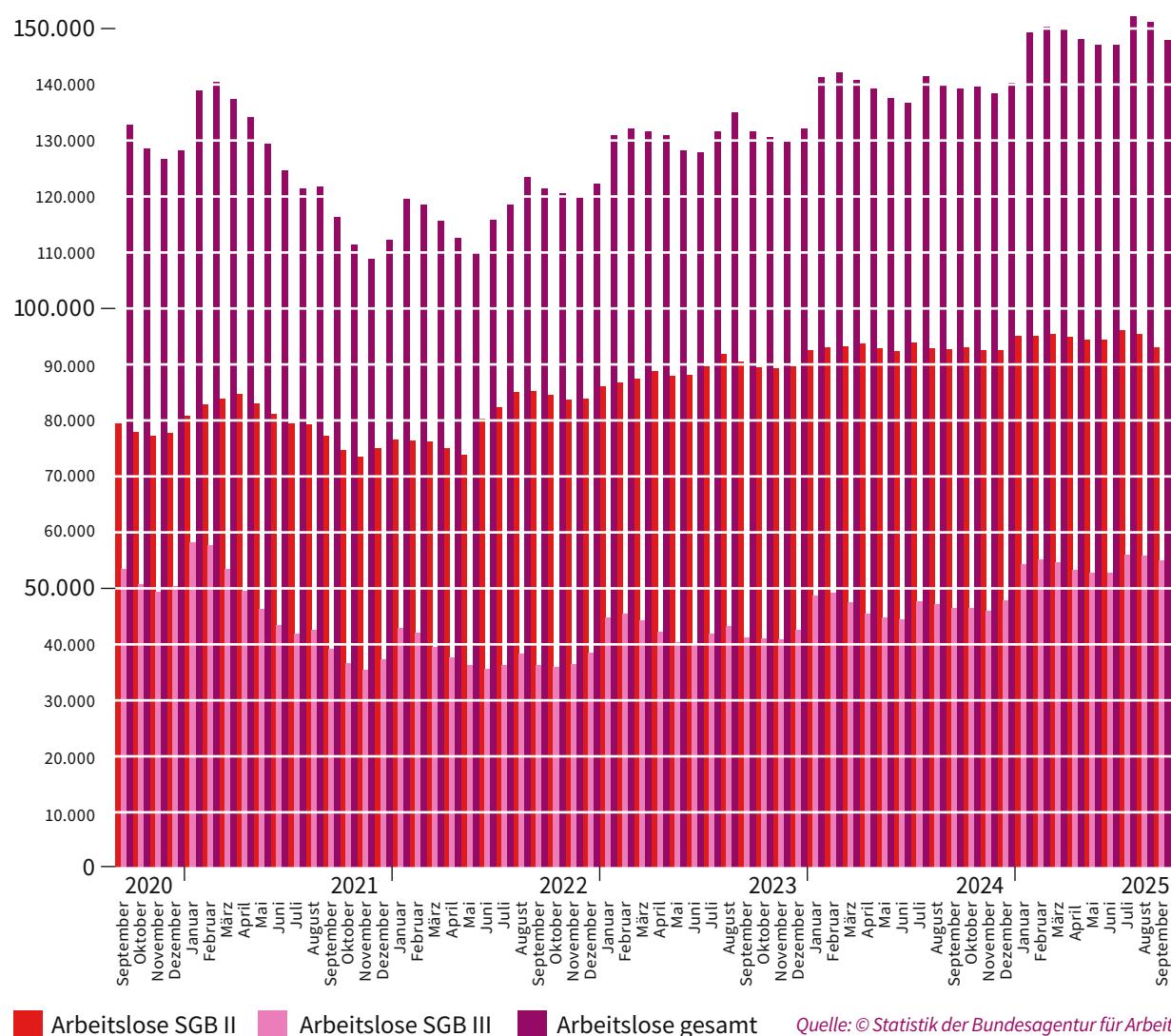
führung des Qualifizierungschancengesetzes als wichtige eigene Aufgabe sehen.

Arbeitslosenzahlen

Im Juli 2025 erreichte die Arbeitslosenquote mit 7,1 Prozent, was einer Arbeitslosenzahl von 152.110 entspricht, den höchsten Wert des gesamten aktuellen und des vorangegangen Berichtszeitraumes (Redaktionsschluss 15. Oktober 2025).

Die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen wird im Wesentlichen durch den Zuzug und die Arbeitsmarktintegration von ausländischen Menschen getragen.

Anzahl der Arbeitslosen in Sachsen im Zeitraum September 2020 bis September 2025



Quelle: © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Wissenstransfer

Um im Bereich Arbeitsmarktpolitik einen stetigen Wissenstransfer in ganz Sachsen zu gewährleisten, fanden verschiedene Veranstaltungsformate statt. Diese richteten sich primär an die Mitglieder der Arbeitnehmer-Bänke in den sächsischen Verwaltungsausschüssen. Hierzu zählen Online-Sitzungen sowie Fach- und Diskussionsveranstaltungen, zum Beispiel die in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialpolitik am 23. Oktober 2025 in Chemnitz durchgeführte Tagung. Darüber hinaus nehmen die alternierenden Vorsitzenden (Arbeitnehmer-Seite) an der jährlich stattfindenden DGB-Arbeitsmarktagung in Nürnberg teil.

Im Berichtszeitraum wurde die Grundsicherung zum Bürgergeld umstrukturiert. Ziel der Reform war, dass der Regelsatz erhöht wird, mehr auf Weiterbildungen gesetzt und es weniger Sanktionen gibt, was der gewerkschaftlichen Beschlusslage entsprochen hätte. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl waren die Neuerungen zum Bürgergeld ein zentrales Wahlkampfthema. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht deshalb umfangreiche Änderungen beim Bürgergeld, hin zu einer „neuen Grundsicherung“, vor. Stärkere Sanktionen sollen zu mehr Vermittlungen in Arbeit führen. Die Debatte darüber hält bis Redaktionsschluss an.

HANDWERKSPOLITIK

Handwerk in Sachsen

In Sachsen sind insgesamt 54.174 Handwerksbetriebe registriert (Stand 30. Juni 2025), das entspricht einem Minus von 4 Prozent oder 2.271 Betrieben zum 31. Dezember 2020. In den drei Kammerbezirken Dresden, Chemnitz und Leipzig arbeiten mehr als 280.000 Kolleginnen und Kollegen in Unternehmen des Handwerks. Davon waren Ende 2024 fast 15.000 in Ausbildung.

In den Handwerkskammern Dresden wurden 2022 die Mitglieder der Vollversammlung und Vorstände neu gewählt. Dabei unterstützt der DGB-Bezirk gemeinsam mit den Handwerkssekretären der Gewerkschaften die listenführenden DGB-Regionsgeschäftsstellen bei der Vorbereitung und Durchführung der Kammerwahlen. Die nächsten Handwerkskammerwahlen stehen 2026 in Leipzig und Chemnitz und 2027 in Dresden an.

Für die fünf Handwerksgewerkschaften stellt es in einigen Regionen eine besondere Herausforderung dar, Mitglieder für die ehrenamtliche Arbeit in der Vollversammlung gewinnen zu können. Hier wurden wir vom Projekt PerSePlus bzw. PeTra – Perspektive Transformation im Handwerk – in den letzten Jahren tatkräftig bei Veranstaltungen unterstützt.



*Mike Riemann, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
Handwerkskammer zu Leipzig*

Handwerkskammer zu Leipzig

Die Arbeitnehmerbank der HWK zu Leipzig ist mit unserem Vizepräsidenten Mike Riemann (IG Metall), den weiteren Vorstandsmitgliedern Andreas Bruska (IG BAU) und Andreas Stiller (IG Metall) sowie weiteren engagierten Kolleginnen und Kollegen vertreten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wurden in den letzten Jahren vor allem die Themen Handwerksparkplätze/Handwerksverkehre, Stärkung der dualen Ausbildung und das Thema Tarifbindung im Handwerk bearbeitet.



*Daniel Burkert, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
Handwerkskammer Chemnitz*

Handwerkskammer Chemnitz

An der Spitze der Arbeitnehmerbank gab es in der laufenden Wahlperiode einen Wechsel. Unser ehemaliger Vizepräsident Andreas Schönfeld (IG Metall) übergab den Staffelstab an den neuen Arbeitnehmer-vizepräsidenten Daniel Burkert.



*Hans-Ulrich Kunz, Vizepräsident (Arbeitnehmer)
Handwerkskammer Dresden*

Handwerkskammer Dresden

Die Handwerkskammer wählte 2022 erneut Hans-Ulrich Kunz (IG Metall) zum Vizepräsidenten. Dank seiner Initiative konnte die Zusammenarbeit mit der HWK Dresden, insbesondere dem Präsidenten Jörg Dittrich, welcher seit 2023 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks ist, intensiviert werden.

Bezirkliche Handwerksarbeit

Der Bezirkliche Arbeitskreis Handwerk wurde als Austauschrunde der Vizepräsidenten, Handgewerkschaften und des DGB im Jahr 2022 wieder als regelmäßiges Treffen (zweimal im Jahr) ins Leben gerufen. Ziel der Sitzung ist neben dem Austausch zu politischen Themen auch der Austausch mit zentralen Akteur*innen des Handwerks.

Beispielhaft sind hier der Austausch mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Dr. Jörg Dittrich am 8. September 2023 sowie weitere Gespräche mit den Handwerkspolitiker*innen der demokratischen Parteien.



DGB-Bezirksarbeitskreis Handwerk mit ZDH-Präsident Dr. Jörg Dittrich am 8. September 2023 in Dresden

Neben den bezirklichen Runden gibt es seit 2024 auch Klausuren der drei Arbeitnehmerbänke. Themen der Sitzungen waren bislang unter anderem die Stärkung der Mitbestimmung, Tarifbindung, Fachkräftesicherung und dualen Ausbildung.

Durch die intensivere Zusammenarbeit, insbesondere der Vizepräsidenten, ist es gelungen, die Arbeitnehmerpositionen beim Volksantrag Bildungszeit in die Vollversammlung der Kammern zu tragen und eine einseitige Beurteilung der Kammer aus Arbeitgebersicht zu verhindern.

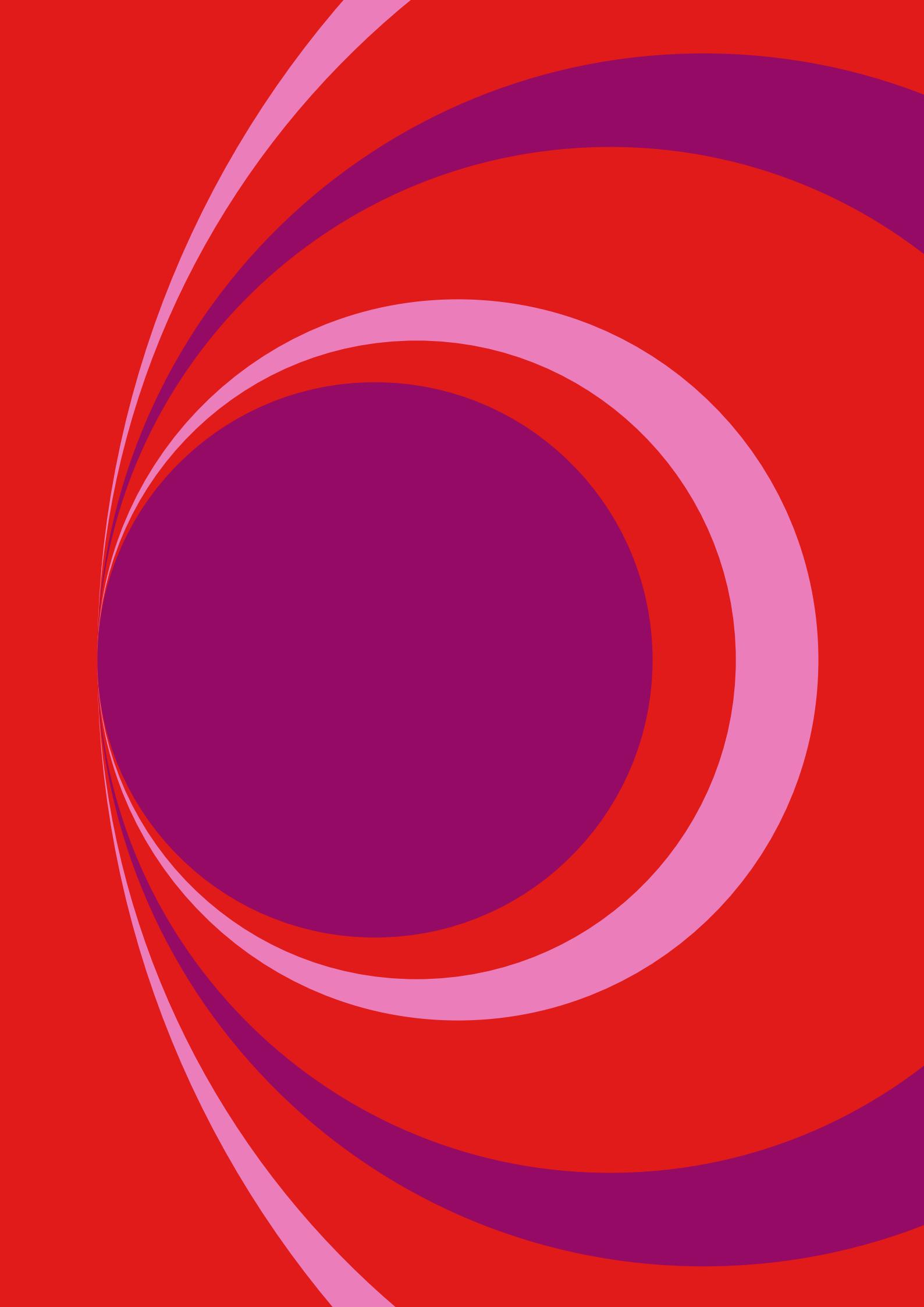


Klausur Arbeitnehmer*innen-Bänke der sächsischen Handwerkskammern am 8./9. November 2024 in Dresden

Auch der gemeinsame Einsatz der Vizepräsidenten bei der Frage der Finanzierung der Beruflichen Bildung, insbesondere der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, sollte an der Stelle nicht unerwähnt bleiben.

PerSe Plus/PeTra – Veranstaltungen in Sachsen

- 13.—14. Mai 2022, Meißen
„Digitalisierung in der Arbeitswelt & Grundlagen der Vollversammlung“
- 14.—15. Oktober 2022, Leisnig
„Kommunikation & Engagement in der Vollversammlung“
- 8.—9. November 2024, Dresden
sachsenweite Vernetzung der AN-Vertretungen,
„Die handwerkliche Selbstverwaltung:
Chancen der politischen Mitbestimmung in
unserer Demokratie“
- 16. September 2024, Leipzig
Fachgespräch „Handwerks- und Dienstleistungsparkplätze in Leipzig“
- 22. März 2025, Chemnitz
„Werkzeuge für das Ehrenamt im Handwerk“





IV. SOZIALPOLITIK

IV.

SOZIALPOLITIK

Klarer Kurs in unruhigen Zeiten

Die Jahre 2022 bis 2025 waren geprägt von Corona, Kurzarbeit, Inflation, Klimawandel und „Ampel-Streit“ und stellten auch in Sachsen viele Menschen vor existentielle Fragen: Heizen oder Essen? Kann ich meine Wohnung halten oder muss ich Schulden machen? Schaffe ich noch Care-Arbeit zusätzlich zum Auf-Arbeit-Gehen?

Der DGB Sachsen war in dieser Zeit eine kraftvolle Stimme für soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir haben soziale Schieflagen und Fehlentwicklungen benannt, Druck gemacht für starke Sicherungssysteme und eine solidarisch finanzierte Altersvorsorge. Zwischen Pandemie, Pflegenotstand, Preisexplosion und wachsender Ungleichheit war eine aktive Sozialpolitik für Arbeitnehmerinteressen mehr denn je gefragt.

Ob in der Selbstverwaltung, im Dialog mit Ministerien, Landtag oder auf der Straße – wir haben die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen vertreten: konsequent, sichtbar, wirksam. Für uns ist und bleibt soziale Sicherheit Voraussetzung für Vertrauen und Zusammenhalt in der Gesellschaft. Denn wer diese auf Spiel setzt, gefährdet mehr als einzelne Existenz – er gefährdet das Vertrauen in unsere Demokratie.

Die Abteilung Sozialpolitik wird seit 2022 von der Stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden Daniela Kolbe politisch verantwortet. Abteilungsleiter ist Matthias Klemm. Krankheitsvertretung von November 2024 bis Oktober 2025 war Sandra Göbel.

Aktivitäten auf Bundesebene

Die sozialpolitischen Entwicklungen auf Bundesebene in den Politikfeldern Gesundheit, Krankenhausreform, Pflege, Rente und Selbstverwaltung wurden vom DGB Sachsen auch in den Jahren 2022 bis 2025 aufmerksam begleitet und aktiv mitgestaltet. Durch die Mitwirkung in den bundesweiten Facharbeitskreisen brachten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften unsere Positionen ein und sorgten dafür, dass die Perspektiven der Beschäftigten Gehör fanden.

Die Stärkung der Selbstverwaltung sowie die finanzielle Ausstattung der Gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen war einer der Schwerpunkte auf Bundesebene. Allein in der Pflegeversicherung ist eine Deckungslücke von 12,3 Milliarden Euro bis 2029 zu erwarten, wenn es keine mutigen Reformen gibt. Unsere Forderungen sind auch über 2026 hinaus klar: Deckelung der Eigenanteile, die durch einen festen, dynamisierten steuerlichen Bundeszuschuss gestärkt werden. Versicherungsfremde Leistungen müssen künftig aus Steuermitteln finanziert werden, große Vermögen sind zu verbeitragen, um die Pflegeversicherung nachhaltig zu entlasten. Zudem fordert der DGB, perspektivisch alle Bürger*innen in die soziale Pflegeversicherung einzubeziehen, um mehr Gerechtigkeit und eine stabile Finanzierung sämtlicher pflegerischer Leistungen verlässlich zu gewährleisten.

Unsere Forderung nach einer paritätischen Finanzierung des Buß- und Bettages auch in Sachsen wurde ebenfalls auf Bundesebene lautstark vertreten. In einer der letzten Runden im Frühjahr 2025, im Rahmen des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD, wurde dieser wichtige Abschnitt leider aus dem Entwurf gestrichen.

Die gesetzliche Krankenversicherung wollen wir finanziell stärken, denn allein in 2024 gab es ein Defizit von rund 6 Milliarden Euro. Das darf nicht auf alleinige Kosten der derzeitigen Beitragszahler*innen gehen. Wir fordern Lösungen anstatt weiterer Symbolpolitik: einen deutlich erhöhten, dynamischen, an die Grundlohnsumme angepassten Bundeszuschuss; die vollständige Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben; eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen einzahlen.

Die neu implementierte Veranstaltungs- und Weiterbildungsreihe „GKV-Infotalk“ des Bundesvorstandes sowie der Gewerkschaften dient unseren Selbstverwalter*innen als gutes Vernetzungs- und Austauschformat. Im Berichtszeitraum hat sich der DGB Sachsen auch in die Debatten zur Rentenreform und Alterssicherung eingebbracht. Für die Rentner*innen in Ostdeutschland ist eine stabile und sichere Rente unerlässlich und vielmals die einzige Einkommensquelle im Alter. Das Rentenniveau konnte auf 48 Prozent bis 2031 gesichert werden.

Aktivitäten auf Landesebene

Die Arbeit auf Landesebene war von den Auswirkungen und Herausforderungen der Pandemie, den Sozialwahlen 2023, der Landtagswahl 2024 und der regelmäßigen Bewertung der Doppelhaushalte geprägt.

Ab 2022 kam es zu Lockerungen innerhalb der Corona-Schutzverordnungen, so trat u. a. die „3-G-Regelung“ außer Kraft, im April 2023 endeten dann alle Beschränkungen. Wir ermahnten regelmäßig Arbeitgeber*innen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben an erste Stelle zu setzen und nicht schleifen zu lassen. Unser Dank gilt den Betriebs- und Personalräten*, denn sie haben für starke Schutzmaßnahmen im eigenen Betrieb, für eine faire Gestaltung von digitaler und mobiler Arbeit und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesorgt.

Die sächsischen Landtagswahlen haben wir kritisch und konstruktiv begleitet, u. a. mittels Wahlprüfsteinen und Wahlpodien. Bei den Koalitionsverhandlungen spielten wir eine entscheidende Rolle, so waren wir in allen Arbeitsgruppen vertreten und konnten

unsere Forderungen platzieren. So fand beispielweise auch die paritätische Finanzierung des Buß- und Betages endlich seinen Weg in den aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD. Dort heißt es: „Wir werden uns im Bundesrat für eine gleichberechtigte Finanzierung der Pflegeversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Sachsen einsetzen, ohne einen Feiertag im Freistaat zu verlieren.“

Im Rahmen der Haushaltverhandlungen erarbeiteten wir als DGB regelmäßig Stellungnahmen zum sächsischen Doppelhaushalt 2021/2022, 2023/2024 und 2025/2026 (Einzelplan 8 = Etat des SMS).



Sozialwahlen 2023 und Unterstützung der Selbstverwaltung: Auf Landesebene sind wir als Koordinator für die faire Verteilung der Listenplätze innerhalb der Gewerkschaftsfamilie zuständig. Das betrifft die beiden gesetzlichen Sozialversicherungsträger AOK PLUS (umfasst die Länder Sachsen und Thüringen) und Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland (hier ist neben Sachsen und Thüringen auch noch Sachsen-Anhalt dabei). Aber auch bei IKK classic und Unfallkasse Sachsen kümmern wir uns um die Besetzung der Selbstverwaltungsgremien. Wir machen versichertenseitig Wahlvorschläge für die Mitglieder des Verwaltungsrates, des Vorstandes und der Vertreterversammlung, benennen Versichertenälteste und Mitglieder der Widerspruchsausschüsse und kümmern uns auch um den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK). Daneben unterhalten wir Kontakte zu Landtagsabgeordneten im „Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ sowie zur Hausspitze im Sozialministerium.

Schwerpunkt der Arbeit im Berichtszeitraum war zweifelsfrei die umfangreiche Vorbereitung der 13. Allgemeinen Sozialwahlen („SW2023“) bei den Sozialversicherungsträgern, die am 31. Mai 2023 stattfanden. Im November 2021 — also mit zeitlichem Vorlauf von einem Jahr bis zum Termin der Listeneinreichung —

wurde mit den Vorbereitungen begonnen. Schließlich war ein großer Kreis von Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen und den DGB-Strukturen Thüringen und Sachsen-Anhalt sowie aus den Gewerkschaften zu beteiligen. Traditionell wurden die Listen in der Vergangenheit als „Gemeinschaftslisten“ eingereicht, um Friedenswahlen zu erreichen, was zur Folge hatte, dass auch andere Organisationen mit eingebunden werden mussten. Neben den beiden oben erwähnten SV-Trägern finden Sozialversicherungswahlen auch bei allen anderen Kranken-, Unfall- und Rentenkassen statt. Als Neuerung war bei einigen Kassen auch die Möglichkeit einer Online-Wahl gegeben.

Alle Aktivitäten (bis Februar 2023) mussten unter besonderen Corona-Schutzmaßnahmen stattfinden, was die Anzahl der durchgeföhrten Präsenz-Treffen stark reduzierte. Andererseits war so die Teilnahme von vielen Kolleg*innen über Videokonferenzen möglich, die eventuell sonst (z.B. wegen der langen Reisewege) nicht regelmäßig dabei gewesen wären.

Trotz der besonderen Umstände und Herausforderungen ist es uns gelungen, innerhalb der gesetzlichen Frist die Vorschlagsliste für die Vertreterversammlung bei der DRV MD und die Vorschlagsliste für den Verwaltungsrat bei der AOK PLUS einzureichen. Die Wahlaussüsse der beiden Sozialversicherungs träger konnten dann auch feststellen, dass alles ordnungsgemäß eingereicht worden ist und dass es — da keine konkurrierenden Listen eingegangen sind — Friedenswahlen gibt, d.h. die Bewerber*innen auf den Listen somit als gewählt gelten. Es war ein Kraftakt für alle, aber letztendlich erfolgreich.

Auch alle danach noch zu erledigenden Koordinierungs- und Abstimmungsaufgaben — ob Vorstandsliste für DRV MD, Versichertenälteste bei AOK PLUS und DRV MD, Besetzung von Widerspruchsausschüssen bei allen SV-Trägern und bspw. auch Besetzung des Landesbeirates für Sachsen der IKK classic — wurden gemeinschaftlich erfüllt und pünktlich eingereicht. An dieser Stelle sei allen gedankt, die den Prozess der Listenaufstellung als Gemeinschaftsaufgabe begriffen haben und das Notwendige dazu taten, um gemeinsam zum Erfolg zu kommen. Die länderübergreifende „Dankeschön-Veranstaltung“ am 10. Juni 2023 in Leipzig war eine gute Gelegenheit,

den nicht mehr aktiven Selbstverwalter*innen Respekt und Wertschätzung zu überbringen. Die nächsten Sozialwahlen finden 2029 statt; die Vorbereitungen dazu beginnen spätestens im Jahr 2027. Aber auch aktuell werden immer wieder engagierte und qualifizierte Kolleg*innen gesucht, die frei werdenden Plätze neu besetzen wollen — ob im Widerspruchsausschuss oder als Versichertenälteste*.

Herausfordernd für uns Gewerkschaften ist immer wieder das Thema Armut bzw. ihre Vermeidung, gleich, ob es sich um Kinderarmut, Altersarmut oder Ausbeutung durch prekäre Arbeit handelt. Am Ende geht es immer um die ungleiche Verteilung von Chancen für Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der DGB fordert, dass prekäre Arbeit wirksam eingedämmt wird, Langzeiterwerbslosen eine echte Perspektive eröffnet wird und Alleinerziehende gezielt unterstützt werden. Prekäre Arbeit liegt meist dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis befristet ist, wenn in Teilzeit gearbeitet wird oder nur Mindestlohn gezahlt wird. Der Kampf für eine höhere Tarifbindung und eine Erhöhung des Mindestlohns ist darum nach wie vor höchst wichtig. Auf einer Konferenz im Oktober 2023 wollten wir wissen, ob durch „Mehr Tariflöhne — weniger Armut!“ existiert. Dazu holten wir uns Vertreter*innen der Gewerkschaften, der Politik, aus der Wissenschaft und aus Verbänden an den Tisch. Aber auch in den Regionen fanden Veranstaltungen dazu statt. So im Oktober 2025 in Dresden.



Foto: Ketut Subiyanto von Pixabay via Canva.com



Armutskonferenz am 13. Oktober 2023 in Dresden

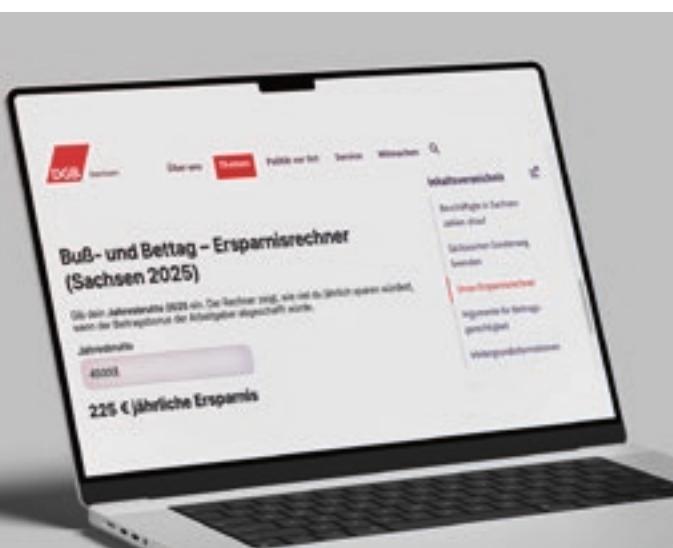
Ein Gedenktag für krasse soziale Ungerechtigkeit besonderer Art findet jedes Jahr in Sachsen am Buß- und Betttag statt, der (nur) hier Feiertag ist. Hier zahlen seit nunmehr 30 Jahren die Arbeitnehmer*innen in Sachsen monatlich 0,5 Prozent ihres Bruttolohns mehr in die Pflegekasse (SPV) ein als die Arbeitnehmer*innen im Rest der Republik. Die sächsischen Arbeitgeber freut das, denn sie zahlen 0,5 Prozent weniger ein in den großen Versicherungstopf. Auch wenn sie aufgrund des Feiertags die Lohnfortzahlung stemmen müssen, zahlen am Ende doch die Arbeitnehmer*innen drauf (im Schnitt 200 Euro pro Jahr). Der DGB problematisiert das schon seit Jahren. Um das Ganze griffig und anschaulich zu machen, wird jedes Jahr ein aktueller Beitragsrechner auf der Homepage platziert, wo man ausrechnen kann, was man bei gerechter Verteilung der Lasten mehr auf dem Konto hätte. Ergänzt wird

die Kampagne durch Pressearbeit und Social-Media-Posts. Die Kampagne des DGB wurde vom ver.di-Arbeiterausschuss mit einer Postkartenaktion unterstützt. Ein erster Erfolg ist, dass die Abschaffung dieser Ungerechtigkeit im sächsischen Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbart wurde. Da der Bundestag das entsprechende Gesetz ändern müsste, muss Sachsen nun eine Bundesratsinitiative starten. Darauf werden wir weiter drängen.

Im Themenkomplex Gesundheit/Pflege stach das Thema Krankenhausreform besonders hervor, da viele Ängste existieren in Bezug auf Schließungen, Erreichbarkeit der Kliniken, aber auch für die Beschäftigten selbst mit Blick auf drohenden Arbeitsplatzverlust. Hier war vor allem Aufklärung gefragt. In verschiedenen Runden und Formaten wurden Gespräche organisiert, u.a. mit der Staatssekretärin im Sächsischen Sozialministerium, Dagmar Neukirch, aber auch mit den Experten unserer DGB-Bundesebene (Marco Frank). Zum Jahresende 2025 ist eine Veranstaltung mit Beschäftigten eines Klinikums in Chemnitz geplant.

Im Berichtszeitraum waren für uns beim Thema Rente vor allem zwei Aspekte von Interesse: die Grundrente und der Härtefallfonds, u.a. für Menschen aus bestimmten (Berufs-)Gruppen, die bei der Rentenüberleitung Ost-West ihre Ansprüche aus DDR-Zeiten verloren hatten.

Zur Grundrente: Wer viele Jahre gearbeitet und dabei unterdurchschnittlich verdient hat, soll einen Grundrentenzuschlag erhalten, auf dieses Ziel (inklusive Gesetz) hatte sich der Deutsche Bundestag im Juli 2020 geeinigt. Der Grundrentenzuschlag ist allerdings keine eigenständige Leistung, sondern ein Plus zur bestehenden Rente und wird zusammen mit der gesetzlichen Rente ausgezahlt. Die Höhe wird individuell nach komplexen Berechnungsformeln bestimmt. Das Grundrentengesetz ist am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Aber erst seit 2023 stehen Daten zur Auswertung bereit. Die Deutsche Rentenversicherung hatte bis Ende 2022 die rund 26 Millionen Versicherungskonten aus dem Rentenbestand geprüft und die Berechtigten ermittelt. Die erste Bilanz ist jedoch ernüchternd: deutlich weniger Menschen als ursprünglich angenommen erhalten einen Zuschuss.



Ersparnisrechner Buß- und Betttag Sachsen auf der Homepage

Nur 1,1 Millionen Rentenzahlungen wurden zum Stichtag 31. Dezember 2022 durch einen individuell berechneten Zuschlag aufgestockt (BMAS). In Sachsen waren es knapp 90.000 (das entspricht 8 Prozent der Altersrentner). Im Schnitt beträgt der Zuschlag lediglich 86 Euro pro Monat, also etwas mehr als 1.000 Euro pro Jahr. Das DIW Berlin kommt zu folgendem Ergebnis: „Trotz der genannten Schwächen des Grundrentenzuschlags hilft die Reform ein weiteres wichtiges Ziel zu erreichen: die Reduktion der Rentenunterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen profitieren deutlich häufiger von der Grundrente. Damit werden Nachteile durch Teilzeitarbeit und geringere Einkommen in der Erwerbsphase in der Rente reduziert. Allerdings wäre es für die Gleichstellung und auch für den Arbeitsmarkt wichtig, dass diese Unterschiede bereits in der Erwerbsphase reduziert werden.“

Zum Härtefallfonds: Der Härtefallfonds der Bundesregierung hat drei wesentliche Zielgruppen – eine davon sind Ostdeutsche, deren Rentenansprüche aus DDR-Zeiten nicht ins bundesdeutsche System übernommen wurden. Wenn sie einen Antrag gestellt hatten und als bedürftig angesehen worden sind, konnten sie einmalig 2.500 Euro erhalten. Die Bilanz zum Ende des Bearbeitungszeitraumes (30. Juni 2025) ist dürftig: lediglich 2.988 Personen aus Sachsen haben die Einmalzahlung erhalten, darunter nur 728 im Zusammenhang mit der Rentenüberleitung. Das wird den vielen Tausenden Betroffenen nicht gerecht. Fazit: Wir brauchen einen echten Gerechtigkeitsfonds für die betroffenen Berufs- und Personengruppen, da der Härtefallfonds das Problem nicht einmal ansatzweise gelöst hat. Partner an unserer Seite ist hier der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ – mittlerweile ein e.V. – mit dem wir in engem Austausch sind und viele gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt haben.

Hartz IV/ALG II/Bürgergeld: In den Berichtszeitraum fiel auch die Umstrukturierung der Grundsicherung von Hartz IV zum Bürgergeld. Dabei musste sich die Ampel-Regierung mit der Union auf schmerzhafte Kompromisse einigen, damit a) das neue Bürgergeld zum 1. Januar 2023 die bisherigen Hartz-IV-Regeln ersetzen konnte und b) die CDU das neue System nicht im Bundesrat blockiert. Die Regierung wollte ursprünglich auf mehr Weiterbildung und weniger

Sanktionen für die Empfänger*innen setzen, damit diese schneller wieder Arbeit finden. Die Union fand das angedachte Bürgergeld aber zu hoch und bemängelte, dass man zu viel (Schon-)Vermögen behalten darf im Bürgergeldbezug. Außerdem habe es an möglichen Bestrafungen gefehlt, sodass es aus Unionssicht zu wenig Anreize zur Arbeitsaufnahme gegeben hätte. Der Kompromiss sah nun so aus, dass bei Bezieher*innen, wenn sie Pflichten wie Bewerbungen oder Weiterbildungen nicht erfüllen, kleinere Kürzungen schneller möglich sein sollen, außerdem wird das Schonvermögen bei 40.000 Euro gedeckelt. Wer zum Bürgergeld noch selbst etwas hinzuvordient, darf bei Einkommen zwischen 520 und 1.000 Euro mehr behalten – auch dies soll ein zusätzlicher Anreiz sein, Jobs anzunehmen, die in besser bezahlte Anstellungen münden könnten. Insgesamt ist wegen der bleibenden Sanktionen und niedrigen Regelsätze kaum noch ein Unterschied zu Hartz IV festzustellen, lautet die Kritik vom DGB.

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat Deutschland im Jahr 2022 seine Energieversorgung rasant umstellen müssen. Das hieß vor allem: Weg vom billigen russischen Erdöl und Erdgas. Das spürten die Bürger*innen an den erhöhten Heiz- und Energiekosten. Hohe Nachforderungen der Energieversorger (bzw. erhöhte Vorauszahlungsbegehren) ängstigten die Menschen im Land. In dieser Situation konnte der DGB Sachsen durch Aufklärung echte Hilfe anbieten: denn Arbeitnehmer*innen, die Heizkosten nachzahlen müssen, können einen Rechtsanspruch auf Erstattung durch das Jobcenter haben. Bei der Berechnung der Grundsicherung werden der Leistungsanspruch und das vorhandene Einkommen gegenübergestellt. Liegt das Einkommen unter dem Anspruch, wird die Lücke als „Hartz IV“ ausgezahlt. Im Falle einer hohen Heizkosten-Nachforderung können Personen, deren Einkommen eigentlich über dem Grundsicherungsniveau liegt, auch für nur einen Monat leistungsberechtigt werden. Denn in dem Monat, in dem die Nachforderung bezahlt werden muss, steigt der Leistungsanspruch deutlich. Bei dem Rechtsanspruch auf Kostenersstattung kann es um mehrere Hundert Euro gehen. Dass dafür einige Antragsformulare ausgefüllt und Einkommensnachweise vorgelegt werden müssen, ist zwar aufwendig, aber das Geld wert, so der DGB.

Mitarbeit in Gremien auf Landesebene

Landesbeirat für die Belange von Familien

(angesiedelt beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – SMS)

Der Landesbeirat berät und unterstützt die sächsische Staatsregierung in allen grundlegenden Fragen, welche die Belange von Familien berühren. Ziel des Landesbeirates ist es, die wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe von Familien in all ihrer Vielfalt zu sichern.

■ Mitglied: Daniela Kolbe;
stellvertretendes Mitglied: Matthias Klemm
<https://www.familie.sachsen.de/landesbeirat.html>

Allianz Arbeit + Behinderung

(angesiedelt beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – SMS)

Die Allianz Arbeit + Behinderung will mehr Unternehmen davon überzeugen, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen und Unternehmer sensibilisieren und zugleich unterstützen. Sie möchte einen Beitrag dazu leisten, die Chancen für Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Unter anderem erstellt sie regelmäßig einen Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen und schreibt den Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-BRK fort.

Unsere Aufgabe ist es hier, die Interessen der Beschäftigten mit Behinderung in den Ausschuss-Sitzungen zu vertreten, außerdem die Einbringung von Themenvorschlägen für Tagesordnungen etc.

■ Mitglied: Markus Schlimbach;
stellvertretende Mitglieder:
Matthias Klemm/Sandra Göbel
<https://www.behindern.verhindern.sachsen.de/arbeit-plus-behinderung.html>

Beratender Ausschuss beim Integrationsamt /

Kommunaler Sozialverband gemäß §186 des neunten Sozialgesetzbuches

Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Beschäftigten mit Behinderung in den Ausschuss-Sitzungen zu vertreten, außerdem Themenvorschläge für die Tagesordnung etc. einzubringen. Im Jahr 2024 hatte der DGB den Vorsitz inne.

■ Mitglied: Matthias Klemm;
stellvertretendes Mitglied: Matthias Eulitz
<https://www.ksv-sachsen.de/integrationsamt.html>

Arbeitsschutz-Allianz Sachsen

(angesiedelt beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz – SMWA) → <https://www.arbeitsschutz.sachsen.de>

Die Arbeitsschutz-Allianz Sachsen ist eine tragende Säule im Projekt „Gute Arbeit für Sachsen“, mit dem es sich das SMWA zur Aufgabe macht, den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Sachsen nachhaltig zu stärken und dessen Attraktivität zu erhöhen. Mittlerweile gibt es auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Arbeitsschutz-Allianz mit der Fachkräfteallianz. Gemeinsame Veranstaltungen unterstreichen diese Verbindung. So fand bspw. am 6. Juni 2023 eine Veranstaltung in Dresden statt, wo u.a. herausgearbeitet worden ist, welche gemeinsamen Themen es für die beiden Gremien gibt. Dazu hielt Kollege Klemm einen Vortrag („Gute Arbeit und Fachkräftesicherung sind zwei Seiten einer Medaille“).

Eine Dokumentation der Tagung ist hier zu finden: <https://www.arbeitsschutz.sachsen.de/tagung-der-arbeitsschutz-allianz-sachsen-5771.html>

Am 22. September 2025 findet die nächste Beratung der Arbeitsschutz-Allianz in Dresden statt. Die Beratung steht unter dem Arbeitstitel „Arbeitsschutz – Unternehmenswert und Fachkräftemagnet“.

Jedes Jahr lässt das SMWA eine Dokumentation zur Qualität der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Sachsen erstellen. Dabei wird die repräsentative Befragung des DGB-Index „Gute Arbeit“ um eine sächsische Aufstockungsstichprobe ergänzt. Im Bericht werden dann die wichtigsten Ergebnisse zu den wahrgenommenen Arbeitsbedingungen aus Sicht der sächsischen Beschäftigten dargestellt und veröffentlicht.

Veranstaltungsübersicht

2022

- 13. April: Videokonferenz mit Staatssekretärin Dagmar Neukirch (SMS) zur Krankenhausreform in Sachsen
- 28. April: Pressemitteilung zum Workers' Memorial Day
- Sommer: Sammeln von Stützunterschriften für bundesweit agierende Sozialversicherungsträger wie DRV Bund, Techniker Krankenkasse und Barmer damit auch dort Listen für die Sozialwahlen von DGB und Gewerkschaften eingereicht werden können.
- Juli: DGB Sachsen fordert, die Energiepreise zu deckeln und Krisengewinne abzuschöpfen. Er schlägt ein drittes Entlastungspaket vor, das alle erreicht, die es benötigen, auch Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Erwerbslose.
- Herbst: Bewertung des sächsischen Doppelhaushaltes 2023/2024
- November: DGB Sachsen fordert, zusätzliche Mittel für mehr Rentengerechtigkeit im sächsischen Doppelhaushalt einzuplanen, um den Härtefallfonds aufzustocken (PM)
- November: DGB stößt im Zusammenhang mit dem Buß- und Betttag eine Debatte über ungerechte Lastenverteilung bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Sachsen an (PM)
- Dezember: DGB Sachsen fordert mehr Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in sächsischen Unternehmen (PM)

2023

- 28. April: Pressemitteilung zum Workers' Memorial Day
- 31. Mai: Sozialwahlen in Deutschland bei allen Sozialversicherungsträgern (außer Arbeitsagenturen); teilweise Online-Wahl möglich



- 10. Juni: Dankeschön-Veranstaltung in Leipzig für Selbstverwalter*innen mit Ministerin Köpping



Dankeschön-Veranstaltung am 10. Juni 2023 in Leipzig

- 13. Oktober: Armutskonferenz in Dresden, u. a. mit Minister Dulig, DIW Berlin, Verbraucherzentrale Sachsen sowie Gewerkschaften und Beratungsstellen (PM)



Armutskonferenz am 13. Oktober 2023 in Dresden

- November: DGB stößt in Zusammenhang mit dem Buß- und Betttag eine Debatte über ungerechte Lastenverteilung bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Sachsen an; DGB Sachsen fordert sächsische Bundesratsinitiative zur Beitragsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung (PM)

2024

- März: DGB Sachsen fordert Gerechtigkeitsfonds für DDR-Rentnerinnen und -Rentner. Minimallösung hat nicht funktioniert (PM)

- 29. April: Unterstützung der Leipziger Veranstaltung zum Workers' Memorial Day am 29. April 2024 in der Thomaskirche. Weltweit gedenken die Gewerkschaften, anlässlich des Workers' Memorial Day am 28. April, der Beschäftigten, die arbeitsbedingt erkrankt oder zu Tode gekommen sind (PM)



Gedenken zum Workers' Memorial Day am 29. April 2024 in Leipzig

- 9. Juni: Kommunalwahlen, Europawahlen
- 26. Juni: „Aktuelle Stunde“ — Videokonferenz mit Marco Frank (DGB BVV) und Daniela Kolbe zu Krankenhausreform für interessierte Kolleg*innen
- 29. Juni: Rentenkonferenz des „Runden Tisches für Rentengerechtigkeit“ mit dem DGB Sachsen in Chemnitz; u. a. mit Prof. Bosbach (PM: „DGB Sachsen fordert gerechte Rente für alle und Gerechtigkeitsfonds für DDR-Rentner*innen“)
- Über den Sommer: Einmischung in Landtagswahlkampf (u. a. Erstellung der Wahlprüfsteine; Unterstützung bei Veranstaltungen)



Rentenkonferenz am 29. Juni 2024 in Chemnitz

- 1. September: Landtagswahlen

- Oktober: DGB Sachsen zur Krankenhausreform: Qualitativ gute Versorgung der Menschen muss im Mittelpunkt stehen (PM)
- Herbst bis Jahresende: Begleitung der sächsischen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD (anfangs noch mit BSW)
- November: DGB vertieft im Zusammenhang mit dem Buß- und Betttag die Debatte über ungerechte Lastenverteilung bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Sachsen (PM)

2025

- Am 23. Januar fand ein Wahlforum, anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl, in Kooperation mit dem „Runden Tisch Rentengerechtigkeit“ (RTG) in Chemnitz statt. Nach einem Input-Vortrag von Daniela Kolbe (Stellvertretende Vorsitzende des DGB Sachsen) und Dietmar Polster (RTG) stiegen wir mit den Kandidat*innen in die Debatte ein. Im Fokus standen zentrale Themen wie die Verbesserung der Rentenversicherung, die Sicherstellung eines angemessenen Rentenniveaus und die Erweiterung des Sozialschutzes für alle.



Wahlforum am 23. Januar 2025 in Chemnitz

- 23. Februar: Bundestagswahl

- 7. März: Anlässlich des Equal-Pay-Day luden die Chemnitzer ver.di-Frauen sowie der DGB Südwestsachsen zu einem Workshop unter dem Titel: „Pro und Kontra Teilzeit – Hier arbeitet eine Frau.“ ein. Es erfolgten eine sozialpolitische (S. Göbel) und eine arbeitsmarktpolitische (K. Eberhardt) Einordnung.



Equal-Pay-Day am 7. März 2025 in Chemnitz

- Frühjahr: Bewertung des sächsischen Doppelhaushaltes 2025/2026
- 12. Mai: Tag der Pflegenden
- 28. Mai: DGB-Pflegefachgespräch „Pflege vor Ort neugestalten“
- 30. Juni: Arbeitsschutz ist Pflicht und kein „nice to have“ (PM)
- 3. Juli: Gespräch mit Staatssekretärin Dagmar Neu-kirch (Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt) zu den Themen: Krankenhausreform, Finanzierung Eigenanteil Pflege, aktuelle Herausforderungen sowie gemeinsame Zusammenarbeit
- 7. Juli: DGB Sachsen fordert Reform für gute und bezahlbare Pflege (PM)
- 15. Juli: Gespräch im Sozialministerium zu Sinn und Unsinn einer sächsischen Pflegekammer, gemeinsam mit Oliver Greie und Manuela Schaar (ver.di SAT). Den Bestrebungen, eine Pflegekammer in Sachsen zu implementieren haben wir widersprochen. Zwangsmitgliedschaften für Arbeitnehmer*innen lehnen wir ab. Wir bleiben aber im Austausch mit dem Ministerium, um auf anderen Wegen die Pflege zu stärken sowie ein Berufsbild zu entwickeln.
- 22. September: Veranstaltung der Arbeitsschutza llianz in Dresden mit einem Statement von Daniela Kolbe

- Oktober: DGB Sachsen veröffentlicht den ersten Rentenbericht
- 23. Oktober: Ausgestaltung der Eröffnungsveranstaltung des Theaterprojektes „WORKWORKWORK“ in Chemnitz in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Arbeitsmarktpolitik, DGB sowie DGB-Region Südwestsachsen. Es fand eine Fach- und Diskussionsveranstaltung mit den Schwerpunkten: Armut – Arbeit – Frauen statt.
- November: DGB erinnert die Koalition in Sachsen in Zusammenhang mit dem Buß- und Betttag an ihren Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, eine Bundesratsinitiative zu starten, um sich für eine gerechte Lastenverteilung bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern einzusetzen (PM)
- 26. November: VA zur Krankenhausreform in Chemnitz

Aktivitäten des DGB-Senior*innenarbeitskreises Sachsen

2022

Im Rahmen der Wahlen zur DGB-Bezirkskonferenz wählte am 17. Januar 2022 auch der DGB-Seniorenarbeitskreis Sachsen. Werner Schuh (EVG), Vorsitzender, mit 100 Prozent und Günter Ihme (IG BAU), Stellvertretender Vorsitzender, mit 99,5 Prozent wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Die Gesprächsangebote von Landtagsabgeordneten der Koalitionsfraktionen, welche diese beim 15. Sächsischen Seniorentag am 1. Oktober 2021 gemacht hatten, wurden umgesetzt. Die Gespräche blieben ergebnislos, außer Bekundungen, dass man die Senior*innen selbstverständlich gern unterstütze, gab es vor allem im Hinblick auf das seit Jahren angestrebte Seniorenmitwirkungsgesetz – trotz einer entsprechenden Ankündigung von Sozialministerin Petra Köpping beim 15. Sächsischen Seniorentag – keine Zusagen. In einem Gespräch von Vorsitzendem und Stellvertretendem Vorsitzendem mit der Stabsstelle Seniorenpolitik im SMS wurde informiert, dass diese an einer Handlungsempfehlung zur Seniorenpolitik arbeite, die dem Kabinett vorgelegt werden sollte. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag sollte sich darin auch eine ressortübergreifende



Einladung zur Seniorenpolitischen Konferenz
am 30. September 2022 in Dresden

Empfehlung zur künftigen „Senioren-Beteiligung in Sachsen“ befinden. Allerdings sollte die Empfehlung erst vom nächsten Kabinett, das sich nach der Landtagswahl 2024 bildete, umgesetzt werden. Im Herbst 2024 wurde die Befragung „Generationen 60+ in Sachsen“ von Sozialministerin Köpping vorgestellt.

In einem Schreiben an die demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag sowie an Staatsministerin Petra Köpping wurden Vorschläge zur künftigen Seniorenpolitik in Sachsen gemacht.

In einem offenen Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner, Bundearbeits- und Sozialminister Hubertus Heil sowie an die sächsischen Bundestagsabgeordneten (MdB) von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU und Die Linke. Ebenfalls zur Information an Staatsministerin Köpping, wurde gefordert, bei den Beratungen im Kabinett zum sogenannten Entlastungspaket die vorgesehene Energiepauschale auch auf Rentnerhaushalte auszudehnen. Im bekanntgewordenen Entwurf sollten diese von der Einmalzahlung über 300 Euro ausgenommen werden. Antworten gab es nur von FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

In Freital fand die seniorenpolitische Konferenz „Sicherheit für Seniorinnen und Senioren in Sachsen“ statt. Vertreter*innen u.a. vom Sächsischen Staats-

ministerium des Innern, Generalstaatsanwaltschaft und Kriminalpolizei informierten über Senior*innen als Opfer von Straftaten und beteiligten sich an der Plenumsdiskussion dazu.

2023

Aufgrund der bundespolitischen Entwicklungen gab es in Chemnitz ein Gespräch mit sächsischen Bundestagsabgeordneten, Teilnehmer von Seiten der Politik waren MdB Franziska Mascheck, SPD, MdB Kassem Taher-Saleh, Bündnis 90/Die Grünen, und Nico Tippelt, FDP. In einer Pressemitteilung wurde informiert, dass die DGB-Senior*innen u.a. Nachbesserungen bei der Grundrente gefordert hatten. Im Verlauf der Sitzung stellten sich auch die neu gewählte Vorsitzende und der neu gewählte Stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen vor.

In einem Schreiben an Sozialministerin Köpping und Wirtschaftsminister Dulig wurde gefordert, im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets einen verbilligten Tarif für die 1,08 Millionen Senior*innen in Sachsen zu prüfen. Bei den bekanntmaßen niedrigen Renten wäre das Ticket mit 49 Euro zu teuer. Dazu wurde auch eine Pressemitteilung herausgegeben. In ihrer gemeinsamen Antwort teilten Ministerin und Minister mit, dass aus finanzpolitischer Sicht derzeit wenige Möglichkeiten bestünden, „sofort“ weitere vergünstigte Tickets anzubieten.

In der Druckfassung des Gutachtens „Generationen 65+ in Sachsen – Lebenslagen und Potentiale“ wurde aufgelistet, dass in den drei kreisfreien Städten sowie den zehn Landkreisen in fünf Kreisen kein Seniorengremium oder keine*n Seniorenbeauftragte*n bzw. beides nicht gibt. Als Zwischenfazit wurde festgehalten, dass „eine flächendeckende Beteiligungsstruktur abseits von Wahlen für Ältere damit aktuell nicht gewährleistet ist“. Es wurde beschlossen, die Erkenntnisse dieses Gutachtens in den Mittelpunkt des Seniorentages zu stellen.

Auf Zuarbeit durch den Senioren-AK forderte der DGB-Bezirk Sachsen in seinen Anforderungen zur Landtagswahl 2024 ein Seniorenmitwirkungsgesetz, bei dem Senior*innen in den Kommunen Mitsprachemöglichkeiten bei ihren Angelegenheiten bekommen.

Mit der Landesseniorenbeauftragten wurde über das Gutachten diskutiert. Es konnte eine Übereinstimmung festgestellt werden, dass die Freiwilligkeit zur Bildung von Seniorengremien und die Installation von Seniorenbeauftragten nicht funktioniert. Sie tendierte dazu, in die Handlungsempfehlung zur Seniorenpolitik für das Kabinett den Vorschlag nach einer gesetzlichen Regelung aufzunehmen.

Beim 16. Sächsischen Seniorentag „30 Jahre gewerkschaftliche Seniorenarbeit in Sachsen – Neue Altersbilder jetzt“ hielt Dagmar Neukirch, Staatssekretärin im SMS, ein Grußwort. Der Senioren-AK informierte darüber, dass auch er Mitglied im Bündnis „5 Jahre Bildung. Zeit für Sachsen. Ein Volksantrag für die Bildungsfreistellung“ ist. In einem Top stellte die Landesseniorenbeauftragte das Gutachten vor. Auf Nachfrage, wie wahrscheinlich der Vorschlag zu einer gesetzlichen Regelung im Hinblick auf Seniorenbeiräte in der Handlungsempfehlung ist, antwortete sie: „Sehr wahrscheinlich.“ Die Referentin Barbara Wackernagel-Jacobs, Staatssekretärin und Ministerin a.D., gab den Anwesenden den Rat: „Kümmert euch um euch selber, lasst euch nicht aufhalten.“ An der Podiums-/Plenumsdiskussion zu „Neue Altersbilder auch in Sachsen“ beteiligten sich u.a. der DGB-Bundesseniorenbeauftragte Klaus Beck sowie Vertreter*innen der Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und Die Linke. Dem Senioren-AK lag der Entwurf der sächsischen SPD für das Regierungsprogramm 2024–2029 vor. Die SPD-Landesvorsitzenden Katrin Michel und Henning Homann wurden darum gebeten, dieses dahingehend zu ergänzen, dass die SPD ein Seniorenmitwirkungsgesetz unterstützt. Im Wahlprogramm fand sich dann der Satz, dass die SPD ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen will.

Die Stabsstelle Seniorenpolitik informierte, dass sie die Erstellerin des Gutachtens beauftragt hat, eine Seniorenbefragung in Sachsen durchzuführen. Der Senioren-AK unterstützte diese Befragung tatkräftig. Bei den Vertreter*innen der Landes-AK von SPD 60+, Seniorenunion, Grüne Alte und der Landesarbeitsgemeinschaft Seniorinnen und Senioren Die Linke wurde wegen eines Gesprächs zum Seniorenmitwirkungsgesetz angefragt. Teilgenommen haben SPD 60+ sowie die Co-Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.



Seniorenpolitische Konferenz am 1. Oktober 2024 in Naunhof

2024

Am 30. Januar teilte Günter Ihme mit, dass er aus familiären Gründen als Stellvertretender Vorsitzender des Senioren-AK ausscheidet. Zur neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Christiane Heerdegen (ver.di) gewählt.

An eine Sitzung der AK Senioren schloss sich der Workshop „Wir & Die & Die da oben“ an, dessen Ziel es war, Strategien zu erarbeiten, wie Entscheidungen von Regierung und Parteien mit sachlicher Kritik begegnet werden kann.

An einer weiteren Sitzung nahmen Staatssekretärin Dagmar Neukirch und Interims-Landesseniorenbeauftragter Thomas Früh teil. Herr Früh informierte zur Seniorenbefragung sowie darüber, dass die angekündigte Handlungsempfehlung ins Kabinett eingebracht werden konnte. Diese wurde dann auch dem Senioren-AK zur Verfügung gestellt. Statt der angekündigten „gesetzlichen Regelung“ hieß es darin nur, dass „die Einrichtung von Seniorenbeiräten und Seniorenbeauftragten zu unterstützen“ sei.

Nach der Landtagswahl wurden Vorschläge zu Seniorenthemen gesammelt und im Hinblick auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen den demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag (auch an das BSW) sowie zur Information an Staatsministerin Köpping als Anforderungen an die künftige sächsische

Staatsregierung geschickt. Enthalten waren die Forderung nach einem Seniorenmitwirkungsgesetz sowie die Bitten um schriftliche Antworten und Gespräche mit dem Senioren-AK. Mit den Fraktionsspitzen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gab es ein Gespräch und auch schriftliche Antworten. Man vereinbarte, weiter miteinander im Gespräch zu bleiben. Das BSW würde die Forderung nach einem Seniorenmitwirkungsgesetz unterstützen, möchte aber „sächsische Komponenten“ darin aufgenommen haben. Die CDU erteilte aufgrund der geplatzten Koalitions-sondierungsgespräche einem Gespräch eine Absage, von der SPD kam keine Reaktion. Gespräche mit Vertretern der beiden Fraktionen konnten wegen terminlicher Probleme bis Mitte 2025 nicht realisiert werden.

Die seniorenpolitische Konferenz „Altersdiskriminierung!“ fand in Naunhof bei Leipzig statt. Referent war u.a. der Stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO). Als Ergebnis wurde eine Resolution an den Bundesjustizminister, sächsischen Bundestagsabgeordneten zur Information beschlossen, in der eine Reform des AGG sowie Ergänzung des GG um den Begriff Altersdiskriminierung gefordert wurde. Eine Antwort gab es nur von der SPD.

Der im Dezember 2024 vorgestellte Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD war aus Sicht des Senioren-AK mehr als enttäuschend. Es fanden sich ganze sieben Zeilen zur Seniorenpolitik, fast wortwörtlich aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD aus dem Jahr 2014 abgeschrieben. Von einem Seniorenmitwirkungsgesetz keine Rede.



17. Sächsischer Seniorentag am 1. Oktober 2025 in Dresden

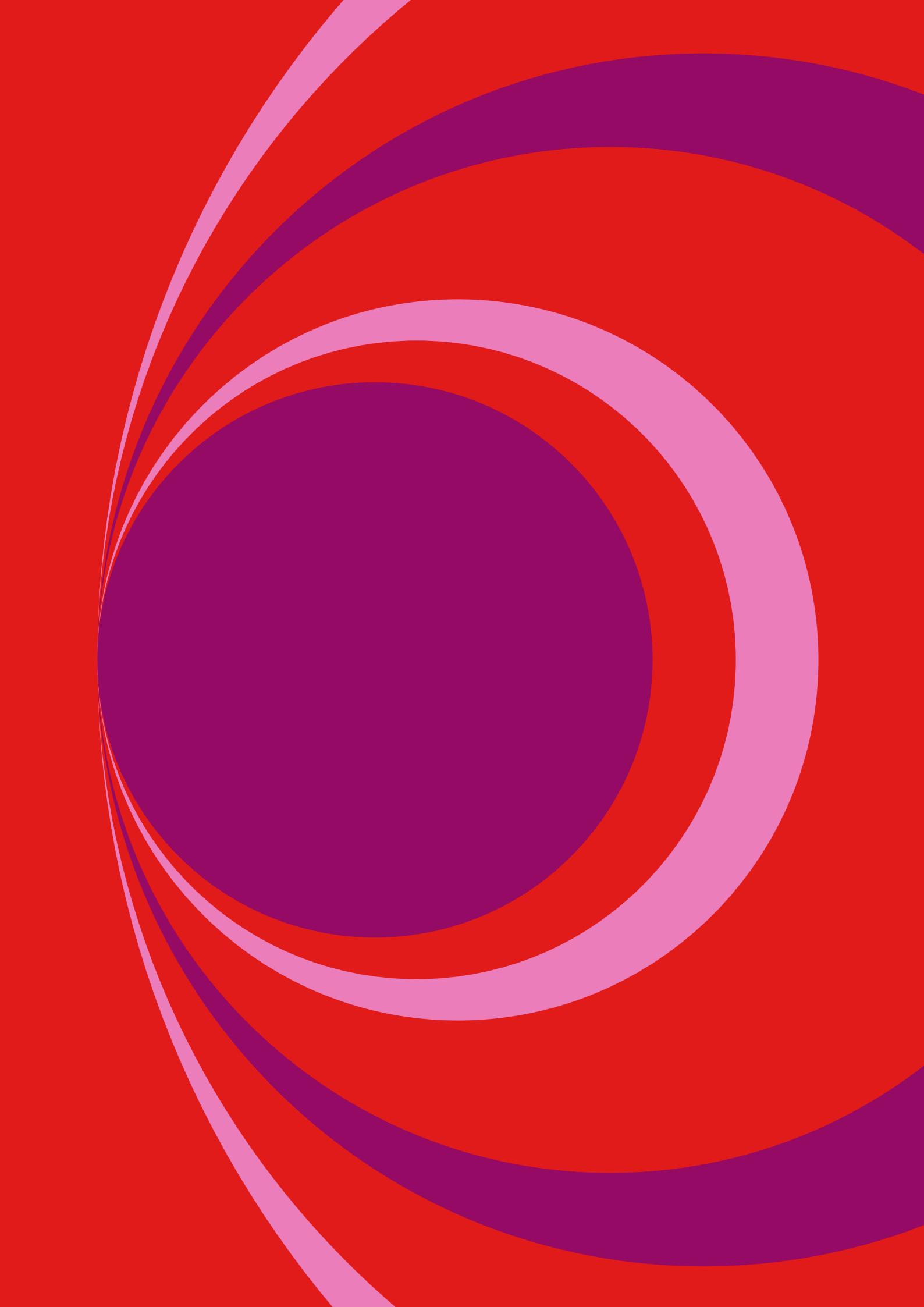
2025

Der Senioren-AK war Mitveranstalter eines Workshops „Ich bin alt, aber nicht behindert. Oder doch?“ im Rathaus der Stadt Dresden, in dem es u.a. um Altersdiskriminierung ging. Der Senioren-AK leitete eine Arbeitsgruppe „Braucht Sachsen ein Seniorenmitwirkungsgesetz?“. Grundlage war ein bundesweit gültiger Entwurf zu einem Seniorenmitwirkungsgesetz für jene Bundesländer, in denen es noch keines gibt. Dieser Entwurf wurde von einer AG des DGB-AK Seniorenpolitik auf Bundesebene erstellt, an dem auch der sächsische Senioren-AK mitgearbeitet hat. Fazit: Man braucht sehr wohl ein Seniorenmitwirkungsgesetz, mit sächsischem Bezug, es sollten an einem entsprechenden Entwurf auch andere sächsische Seniorengremien mitarbeiten. Auf Kärtchen notierten die Teilnehmer*innen ihre Vorschläge dazu.

Der Stabsstelle Seniorenpolitik wurde der Vorschlag gemacht, zusammen mit Senioren-Verbänden und dem DGB-Senioren-AK bis zum Seniorentag einen Gesetzentwurf zu erarbeiten und diesen dort gemeinsam vorzustellen. Antwort: In Anbetracht von Zusammensetzung und Situation des Landtags schätzt man das Vorhaben derzeit als „nicht umsetzbar“ ein. Außerdem habe man Bedenken, da es nicht im Zuständigkeitsbereich der Stabsstelle Seniorenpolitik liege, mit einer „Interessenvertretung“ Gesetzesinitiativen zu initiieren. Man biete aber ein „einmaliges Gespräch“ mit dem Vorsitzenden und der Stellvertretenden Vorsitzender des Senioren-AK an. Darin wurde informiert, dass die Stabsstelle Seniorenpolitik aufgelöst wurde, sie ist nunmehr ein Referat in der Abteilung 4 im Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS).

Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Sachsen wurde zu einer Sitzung eingeladen, mit dem Ziel, herauszufinden, wie in Umsetzung der Vereinbarung aus dem Workshop auch andere Seniorengremien an der Erarbeitung eines sächsischen Gesetzentwurfs beteiligt werden können.

Der 17. Sächsische Seniorentag „20 Jahre DGB-Seniorenarbeitskreis Sachsen. 1 Jahr nach der Landtagswahl: Seniorenpolitik in Sachsen – wie weiter?“ fand mit mehr als 150 Teilnehmer*innen in Dresden statt.





V.

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG

Organisationsentwicklung

Die Steigerung des Frauenanteils in den Gremien des DGB bleibt für uns ein wichtiges Thema. Fünfzig Prozent der Regionsgeschäftsführer*innen sind weiblich. Dana Dubil und Manuela Grimm wurden für die DGB-Regionen Ost Sachsen und Leipzig-Nordsachsen als Regionsgeschäftsführerinnen wiedergewählt. In den 13 Kreis- und Stadtverbänden gibt es zwei weibliche Vorsitzende (Stand vor den Organisationswahlen). Im DGB-Bezirksvorstand gibt es eine Reduzierung des Frauenanteils auf ein ordentliches Mitglied und drei stellvertretende Mitglieder.

Auf der hybriden DGB-Bezirkskonferenz am 22. Januar 2022 in Chemnitz fand der personelle Wechsel der Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden statt. Daniela Kolbe folgte Anne Neuendorf und übernahm damit auch den Aufgabenbereich Frauen und Gleichstellung.

Der DGB-Bezirksfrauenausschuss wurde von Heidi Becherer (ver.di) und Carmen Kliem verantwortet. Bei beiden, aber auch bei den Mitgliedern des Ausschusses möchten wir uns herzlich für das Engagement bedanken.

Ereignisse

Gleichstellungsgesetz: Jetzt die Gleichstellung in Sachsen konkret und flächendeckend verbessern!

Der Sächsische Landtag hat im September 2023 das neue Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen verabschiedet. Das Gesetz, das vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) erarbeitet wurde, löst das bisherige Sächsische Frauenförderungsgesetz aus dem Jahr 1994 ab. Es trat am 1. Januar 2024 in Kraft.

Mit dem Gesetz sollen die Anzahl weiblicher Führungskräfte erhöht und Frauen gezielter gefördert werden. Es macht flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle möglich und verbessert damit die Vereinbarkeit mit Familien- und Pflegeaufgaben. Die Gleichstellungsbeauftragten in den Dienststellen werden gestärkt und es gibt mehr Verbindlichkeit bei der Erstellung von Gleichstellungsplänen.

Gleichzeitig wurde im sächsischen Beamtenrecht ein neuer Angehörigen-Begriff etabliert: Angehörige sind demnach nicht mehr nur Verwandte oder Verheiratete. In Zukunft gilt für alle, die ein Jahr zusammen wohnen und offenkundig Verantwortung füreinander übernehmen, dass sie für die Pflege eines Angehörigen von ihrer Berufstätigkeit freigestellt werden können. Die Fokussierung auf das alte Ehe-Modell ist damit beendet.

Im Rahmen einer Stellungnahme und begleitender Öffentlichkeitsarbeit haben sich die DGB-Frauen am Gesetzgebungsverfahren „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen“ beteiligt. Die DGB-Frauen in Sachsen unterstützten das grundlegende Ziel, mit dem neuen Gleichstellungsgesetz die Vorbildrolle des Freistaates als modernen Arbeitgeber auszubauen, die Chancengleichheit von Frauen in Führungspositionen zu verbessern und die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu stärken. Unser Ziel war, dass die Gleichstellung von Frauen möglichst konkret und flächendeckend in ganz Sachsen verbessert wird. Wir sind davon überzeugt, dass verbindliche Regelungen notwendig sind, die durchsetzbar sind und deren Nichteinhaltung mit Sanktionen belegt werden können. Das dafür erforderliche Klagerecht der Gleichstellungsbeauftragten begrüßten wir, halten dies aber auch für Personalräte notwendig. Auch Sanktionen sind notwendig, da den Frauen mit

unverbindlichen Empfehlungen nicht geholfen ist. Eine zentrale Forderung der DGB-Frauen war die Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes, der den gesamten öffentlichen Dienst, die kommunalen und Landesverwaltungen, deren Eigenbetriebe, ihre Bildungseinrichtungen sowie die Verwaltungsberiche der Polizei und Justiz umfassen muss.

ver.di startete Volksantrag „Ein Frauentag für alle – der 8. März als Feiertag“

Wir Gewerkschaften kämpfen tagtäglich für mehr Anerkennung, Wertschätzung und Gleichstellung von Frauen. Den 8. März zum Feiertag zu machen, wäre ein wichtiges Signal der gesamten Gesellschaft für die Wertschätzung und Gleichstellung von Frauen in Sachsen. Gemeinsam mit ver.di haben die Einzelgewerkschaften viele tausende Unterschriften gesammelt. Leider hat es letztendlich nicht gereicht, was aber auch an dem bürokratischen Aufwand eines Volksantrages liegt.

Hintergrund

Der 8. März ist ein Tag gesellschaftlichen Dankes, aber auch der Mahnung, dass eine Gleichberechtigung noch nicht vorhanden ist. Mit diesem Tag als gesetzlichen arbeitsfreien Tag sollte der besondere Fokus auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern gelegt werden, aber auch auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, die eben oftmals nicht vergütet wird. Mit einem Feiertag am 8. März würden wir an die feministische Arbeiter*innengeschichte anknüpfen. An diese gilt es zu erinnern und aus ihr zu lernen. Der 8. März war und ist immer wieder ein Tag internationaler Frauenproteste. Dieser Tag nimmt die viele unsichtbare und meist unbezahlte Arbeit, die Frauen in den meisten Gesellschaften dieser Welt leisten, in den Blick. Er greift die strukturelle Diskriminierung von Frauen und die patriarchalen Machtverhältnisse an und steht für internationale Solidarität der Frauen gegen Gewalt und Unterdrückung.

Frauenpolitischer Abend mit Verleihung des ersten Ungleichstellungspreises

Der DGB Sachsen hat im Jahr 2024 erstmalig den Sächsischen Ungleichstellungspreis vergeben. Im

Dresdner Gewerkschaftshaus fand dazu die Verleihung im Rahmen der Dresdner Gleichstellungwoche statt. Der Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen erfolgte öffentlich. Nominiert werden konnten Kandidatinnen und Kandidaten in Sachsen in den Kategorien Wirtschaft und Politik. Neben Einzelpersonen konnten auch Organisationen, Vereine, Verbände und Institutionen vorgeschlagen werden.

Es wurden 20 Vorschläge eingereicht. Die Auswahl des Preisträgers erfolgte durch eine Jury, die aus Vertreterinnen der DGB-Gewerkschaften bestand.

Der sächsische Kultusminister Christian Piwarz nahm den Ungleichstellungspreis persönlich in Empfang. Das Sächsische Kultusministerium hatte im Sommer 2023 in einem Erlass die Verwendung von Genderzeichen an Schulen verboten. Der Frauenpolitische Abend des DGB Sachsen wurde weiterhin abgerundet von einer Ausstellung und einer Podiumsdiskussion.



Preisverleihung „Ungleichstellungspreis“ am 26. August 2024 in Dresden

Internationaler Frauentag

Anlässlich des Equal-Pay-Days und des Internationalen Frauentages, welche beide sehr nah beieinander liegen, fanden in allen Regionen und auf der Bezirksebene unterschiedliche Veranstaltungsformate statt. Wir möchten an dieser Stelle nur einige in kurzen Auszügen erwähnen:

■ Aufgrund der noch laufenden Corona-Beschränkungen fanden im Jahr 2022 in ganz Sachsen vom 7. bis 9. März kostenfreie Rundgänge statt. Die Teilnehmenden wurden an Orte feministischer und

betrieblicher Kämpfe geführt. Gemeinsam mit Gewerkschafter*innen aus verschiedenen Branchen, mit frauenpolitischen Initiativen und Gleichstellungsbeauftragten beleuchteten wir so die weibliche Perspektive auf die Arbeitswelt. Wie geht es zum Beispiel jungen Frauen in der Ausbildung? Was verdienen sie? Wie hoch sind die Löhne in der Reinigungs- oder Hotelbranche und welchen Zusammenhang gibt es eigentlich zwischen geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden und Beziehungsgewalt? Die Rundgänge waren nicht als reine Vorträge gedacht — sie dienten dem gemeinsamen Austausch und der Vernetzung. Diskussionen und Fragen waren also ausdrücklich erwünscht.

■ Wir haben uns auf die Spuren der Geschichte von Frauentag und Frauenbewegung in Sachsen begeben. Wir haben uns mit den Lebenswegen, Kämpfen und Verdiensten dieser Frauen beschäftigt.

■ Mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen fanden sich zum Internationalen Frauentag im Gewerkschaftshaus in Dresden am 8. März 2025 ein. Die Ausstellung „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ haben wir zum Anlass genommen, auf das Thema Gewalt am Arbeitsplatz aufmerksam zu machen. Die Erfahrungsberichte aus der Praxis haben deutlich gemacht, dass Gewalt gegen Beschäftigte kein Randthema ist und konsequent verfolgt werden muss. Wir stehen gemeinsam für mehr Gleichstellung und für einen stärkeren Schutz von Frauen vor Gewalt. Gemeinsam machen wir uns stark für ein Leben und eine Arbeitswelt ohne Gewalt, mit mehr Mitbestimmung und Gleichstellung!



Veranstaltung zum Frauentag am 8. März 2025
in Dresden



Broschüre zum „Modellprojekt Entgeltgleichheit“



Veranstaltung „Modellprojekt Entgeltgleichheit“
mit DGB-Vize Elke Hannack am 6. Juli 2023 in Dresden

Modellprojekt Entgeltgleichheit „Weil Frau es sich mehr als verdient hat“

In einer gemeinsamen Workshop-Reihe mit dem in der letzten Legislaturperiode für Gleichstellung zuständigen Justizministerium (SMJusDEG) zum Thema „Gender-Pay-Gap in Sachsen“ wollen wir auf die ungleichen Lohnverhältnisse zwischen Frauen und Männern in Sachsen aufmerksam machen. Lohndiskriminierungen sind in der Regel nicht beabsichtigt, haben aber erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Frauen. Der Frage, was man im Freistaat Sachsen konkret gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle tun kann, sollte eine viermodulige Workshop-Reihe nachgehen. Die einzelnen Workshops haben sich an unterschiedliche Zielgruppen gerichtet, da der Gender-Pay-Gap unterschiedliche Ursachen hat und somit verschiedene Hebel nötig sind, um endlich Entgeltgleichheit zu erreichen. Landes- und Kommunalverwaltung, Beschäftigten und auch Unternehmen sollten so jeweils spezifische Informationen zum Thema Entgeltgleichheit vermitteln werden:

- 1. Onlineworkshop am 3. November 2022
„Gender-Pay-Gap in Sachsen – regional betrachtet“
- 2. Onlineworkshop am 1. Dezember 2022
„Gender-Pay-Gap in Sachsen – betrieblichen Handlungsmöglichkeiten“
- 3. Onlineworkshop am 7. März 2023
„Gender-Pay-Gap in Sachsen – Handlungsmöglichkeiten für Beschäftigte“
- Abschlussworkshop am 7. Juni 2023
„Gender-Pay-Gap in Sachsen – Lösungsansätze: an den richtigen Stellschrauben drehen“

Eine Fortsetzung, insbesondere hinsichtlich der Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie, ist mit dem jetzt für Gleichstellung zuständigen Sozialministerium (SMS) geplant.

Bezirksfrauenkonferenz 2025

Die Bezirksfrauenkonferenz am 10. Mai 2025 fand in Leipzig unter dem Motto „MehrWert Gleichstellung“ statt. Neben der Rechenschaftslegung zur geleisteten Arbeit des Bezirksfrauenausschusses waren der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz die Antragsberatung und die Podiumsdiskussion mit den gleichstellungs-politischen Sprecherinnen des Sächsischen Landtages.

In der sehr spannenden und zum Teil emotionalen Runde ging es um die Themen Equal-Pay, Haushalt des Sächsischen Landestages und Bildungszeit. Die zahlreichen Nachfragen aus dem Kreis der Delegierten haben gezeigt, wie interessiert und auch fachkundig die sehr engagierten Frauen aus den Einzelgewerkschaften sind.



DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 10. Mai 2025
in Leipzig



Delegierte der Bezirksfrauenkonferenz
am 10. Mai 2025 in Leipzig

Gremienarbeit und gesellschaftliches Engagement

Im Landesfrauenrat Sachsen wurde Daniela Kolbe als Beisitzerin in den Vorstand gewählt und zwischenzeitlich bestätigt. Sie nimmt regelmäßig an Vorstandssitzungen teil und auch als Gewerkschaftsdelegation sind wir auf den Mitgliederversammlungen gut vertreten.

Der DGB nimmt weiterhin regelmäßig an den Sitzungen des Gleichstellungsbeirates Sachsen und dem Landesbeirates für Familien teil sowie auch an deren Arbeitsgruppen.

Im vergangenen Berichtszeitraum wurden einige Kolleginnen, welche sich besonders gewerkschaftlich, aber auch in weiteren Bereichen ehrenamtlich engagiert haben, mit Preisen ausgezeichnet. So wurde Kollegin Heidi Becherer mit dem Engagementpreis des Landesfrauenrates Sachsen geehrt. Im Rahmen des Frauenpreises der SPD-Landtagsfraktion wurde die ehemalige GEW-Vorsitzende Uschi Kruse für ihre aktive Bildungspolitik in Sachsen ausgezeichnet. Und die Landessprecherin der Jungen GEW Sachsen, Charlotte Blücher, erhielt ebenfalls den Frauenpreis der SPD. Sie wurde für ihr Engagement für Frauenrechte und bessere Arbeitsbedingungen an Universitäten, besonders im Rahmen des Bündnis TVStud, ausgezeichnet.



Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen
am 25. November 2024 in Dresden

Keine Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten durch kommunales Gleichstellungsgesetz

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Freiheit und Verantwor-

tung zu erarbeiten und zu verabschieden. Nach ersten Vorschlägen des Sächsischen Innenministeriums für ein sogenanntes Sächsisches Kommunalfreiheitsgesetz soll darin die Pflicht zur Bestellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und der kommunalen Integrations- und Teilhabebeauftragten gestrichen bzw. reduziert werden. Weiter sollen kommunale Dienststellen generell vom Geltungsbereich des Sächsischen Gleichstellungsgesetzes ausgenommen werden.

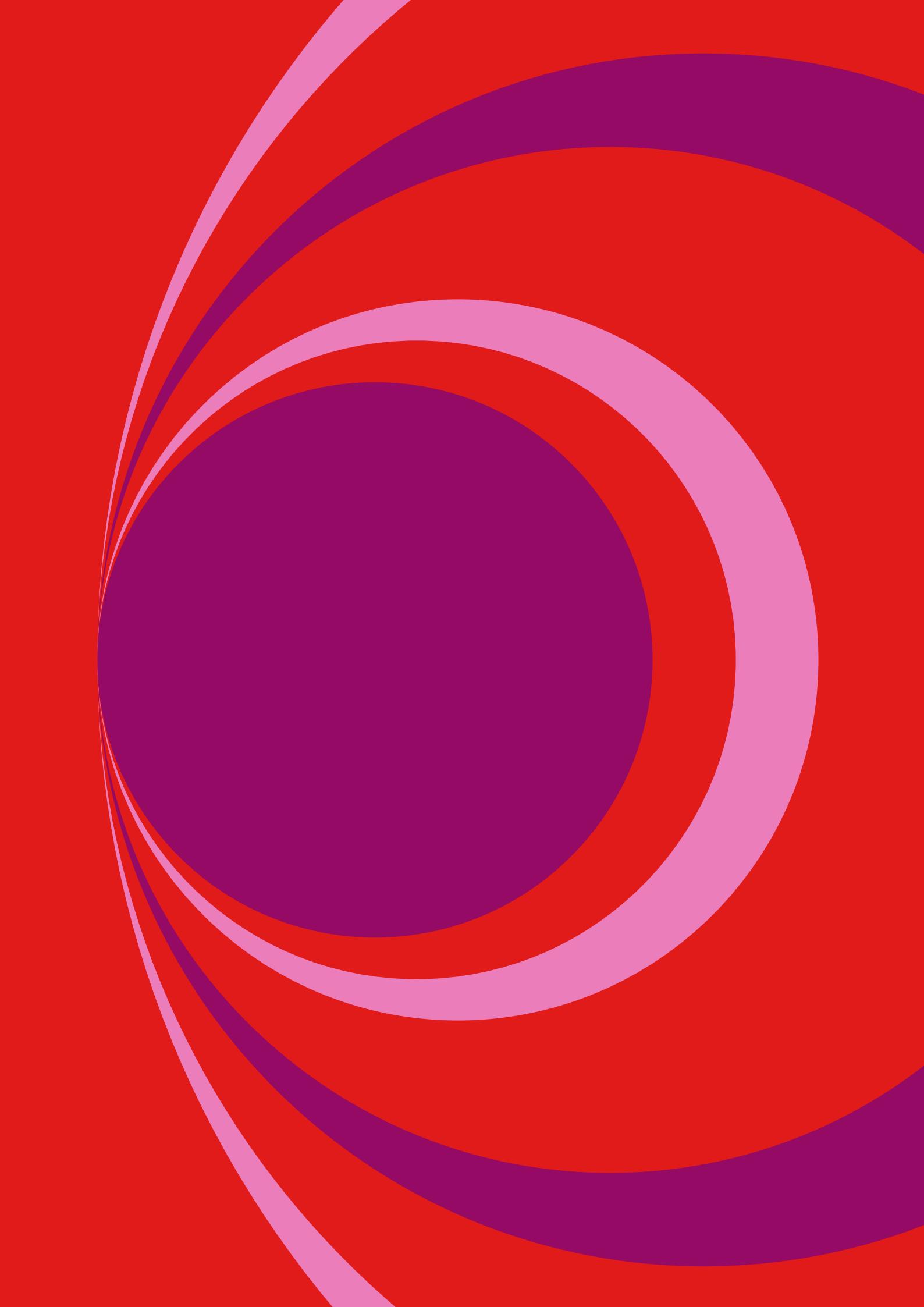
Bereits auf der DGB-Bezirksfrauenkonferenz hat ver.di dazu einen Initiativantrag gestartet, dass der DGB Sachsen sich für die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stark macht und ihnen öffentlich den Rücken stärkt.

Direkt im Anschluss der Konferenz haben wir dazu eine Pressemitteilung versandt und uns dem Bündnis „Gleichstellung – Unverhandelbar“ angeschlossen.



Erzählsalon: „Frauen im Strukturwandel“
im Rahmen der Ausstellung „Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenrechte“
am 18. April 2024 in Hoyerswerda







VI. BERUFSBILDUNGS- UND BILDUNGSPOLITIK

BERUFSBILDUNGSPOLITIK

Gute Bildung ist ein Menschenrecht und die Grundvoraussetzung für soziale und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für ein modernes Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung ein. Es muss Chancengleichheit garantieren, leistungsfähig sein, allen Menschen Teilhabe ermöglichen und gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Bildung garantieren.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Gut qualifizierte Fachkräfte sind die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Sachsen. Die Arbeitswelt und die Anforderungen an die Beschäftigten ändern sich aufgrund des Strukturwandels, der Transformation und der Digitalisierung rasant. Die berufliche Aus- und Weiterbildung gewinnt somit zunehmend an Bedeutung und muss weiter gestärkt werden.

Bei allen stattfindenden und noch zu erwartenden Veränderungen in der Arbeitswelt bleiben die Qualifikationen der dualen Aus- und Aufstiegsfortbildung die Wunschqualifikationen der Wirtschaft. Zwei Drittel der Beschäftigten werden so qualifiziert gesucht, nur circa ein Drittel mit Hochschulabschluss. Tätigkeiten für Unqualifizierte bietet der Arbeitsmarkt nach wie vor nur in geringem Maße an. Die schlechteren Beschäftigungschancen für diese Arbeitnehmer*innengruppe spiegeln sich auch weiterhin in der Arbeitsmarktstatistik wider.

Die vorletzte Novelle des BBiG im Jahr 2020 hat für die berufliche Bildung Qualifikationsniveaus im DQR von Stufe 5 bis 7 verankert, mit den Abschlüssen Geprüfte Berufsspezialisten, Bachelor Professional und Master Professional. Nur die Promotion bleibt weiterhin dem Hochschulsektor vorbehalten.

Trotzdem ringt der Berufsbildungsbereich weiterhin mit seiner Bedeutung gegenüber den (Fach-)Hochschulen und Universitäten. Trotz steigender Abgänger*innenzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit 2011 bis heute (22.417 auf 33.635) blieben die Zahlen der eingetragenen Ausbildungsplätze im ersten Ausbildungsjahr relativ konstant. 20.764 waren es in 2011 und circa 20.000 im Jahr 2024 (Die abschließende Statistik lag bei Redaktionsende noch nicht vor.) Zwischendurch sank die Zahl auch mal auf circa 18.500. Die Zahl der Studienanfänger in Sachsen verhält sich dabei ähnlich. Fingen im Jahr 2010 20.269 Studierende im Freistaat an, waren es im letzten Jahr circa 19.500. Von einer steigenden „Studierneigung“ der jungen Menschen kann daher keine Rede sein. Auch müssen im Berufsbildungsbereich circa 10.000 Schüler*innen der Berufsfachschulen dazugerechnet werden. Der Großteil davon absolviert eine Ausbildung im medizinischen Bereich. Obwohl es sich dabei dem Grunde nach ebenfalls um duale Ausbildungen handelt, werden diese als „vollzeitschulisch“ deklariert, das ist eine Besonderheit unserer Berufsbildungsgesetzgebung. Die DGB-Gewerkschaften setzen sich seit Jahren dafür ein, dass das BBiG alle Berufsausbildungen umfasst.

Bei aller Vorsicht in der Interpretation der Zahlen kann wohl geschlussfolgert werden, dass es immer mehr junge Menschen gibt, die länger brauchen, bis sie nach der Schule in den einzelnen Bildungsberufen ankommen, oder ohne eine formale Qualifizierung bleiben. Auch hier steigen die Werte von Jahr zu Jahr bundesweit, aber auch in Sachsen. Gerade die Qualifikationslosigkeit bedeutet die größte Herausforderung. Gleichzeitig klagen die Arbeitgeber nach wie vor über zu viele ungeeignete Bewerber*innen und zu viele unbesetzte Ausbildungsstellen. Die Besonderheit im Berufsbildungsbereich ist die institutionelle Einbindung der Gewerkschaften durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG), auf regionaler wie

Landesebene in die Strukturen der Überwachung und Weiterentwicklung der Berufsaus- und Weiterbildung. Unser Schwerpunkt liegt hier bei den sechs Berufsbildungsausschüssen (BBA's) der Industrie- und Handelskammern (IHK) und der Handwerkskammern (HWK) in Sachsen mit insgesamt 36 Mitgliedern der Arbeitnehmer*innenseite und noch einmal 36 stellvertretenden Mitgliedern. Darüber hinaus existieren noch zahlreiche Berufsbildungsausschüsse weiterer zuständiger Stellen wie beispielsweise der der grünen Berufe, der Landesärztekammer oder der Notar- und Rechtsanwaltskammer, die teilweise ebenfalls in Absprache mit den zuständigen Einzelgewerkschaften durch den DGB-Bezirk Sachsen koordiniert werden.

Auf Landesebene besteht der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB), in dem wir mit sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern vertreten sind. Wir verfügen damit über ein großes Netzwerk von Aktiven in der Beruflichen Bildung aus nahezu allen DGB-Gewerkschaften.

Sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene arbeiten wir in den Gremien mit Vertreter*innen der Arbeitgeber*innen und öffentlichen Behörden bzw. Berufsschulzentren zusammen. Alle drei sogenannten Bänke verbindet der Wille, sich für die duale Berufsausbildung stark zu machen. Die Gremien sind immer dann am stärksten, wenn sie sich auf gemeinsame Positionen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen einigen können.

Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB)

Als gesetzlich verankertes Beratungsgremium der Staatsregierung nimmt der LAB seine Aufgaben sehr ernst und beteiligt sich mit Stellungnahmen an Gesetzesvorhaben, aber auch mit Positionspapieren zu einzelnen Themen an der politischen Debatte.

Mit Blick auf die Regierungslegislaturperiode 2019–2024 beteiligte sich der LAB mit seinem „Dekadenpapier“ an der politischen Berufsbildungsdebatte im Freistaat Sachsen. Bereits in diesem Papier wurde die Sicherung des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen als wichtiges Thema der nächsten Jahre beschrieben. Die Entwicklungen im Berichtszeitraum haben dann aber dazu geführt, dass sich die Mitglieder des LAB einig waren, den Handlungsdruck in Richtung der Landesregierung zu erhöhen, da real die Gefahr

gesehen wird, dass „das bislang stabile System der dualen Berufsausbildung schulseitig zu erodieren droht“. Ohne das notwendige Fachpersonal, besonders im gewerblich-technischen Bereich, drohen in Zukunft Schließungen von Fachrichtungen an BSZ oder der gesamten Einrichtung.

Der LAB hat sich deshalb mit einem umfassenden Papier an den Ministerpräsidenten gewandt mit Vorschlägen für Veränderungen, die von der Studierendenwerbung über das Studium selbst bis hin zur Frage der Gewinnung und Qualifizierung von Seiten-einsteigen oder auch den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften reichen.

Das Lehrkräftethema spielt auch eine wichtige Rolle bei der Evaluation des Teilschulnetzplanes berufsbildende Schulen (TSNP bbS). Die Evaluation wurde für die Mitte des Planungszeitraumes von zehn Jahren verabredet. Da der aktuelle TSNP bbS mit dem Schuljahr 2021/22 in Kraft getreten ist, liefen in 2025 die Arbeiten daran von Seiten des Sächsischen Kultusministeriums (SMK) an. Aufgrund einer Verankerung im Schulgesetz ist der LAB in den Planungsprozess mit einzubeziehen. Auch für uns eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, auf diverse Fehlentwicklungen hinzuweisen und mittelfristig auf Veränderungen zu drängen. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind neben der Qualität der Beschulung besonders die Fahrtwege bzw. Anbindungen und die Unterbringungsmöglichkeiten von großer Bedeutung. Wenn hier die Bedingungen nicht passen, stimmen die Jugendlichen bei der Wahl ihrer Ausbildung am Ende mit den Füßen ab. Da das auch ganz massiv die Arbeitgeber zu spüren bekommen, herrscht bei diesem Thema große Einigkeit im Gremium.

Der LAB hat sich in den zurückliegenden Jahren ebenfalls mit der Umwandlung der Berufsakademien in Sachsen zu einer dualen Hochschule beschäftigt. Als Vorhaben bereits im letzten Koalitionsvertrag beschrieben, wurde es in 2023 diskutiert und für 2024/25 letztlich auch umgesetzt. Für uns als Arbeitnehmer*innen war es wichtig, darauf zu achten, dass der Zugang für dual Ausgebildete schrankenlos geregelt wird und die Qualität im Betrieb den gleichen Standards unterliegt wie bei einer dualen Berufsausbildung, also unter den Schutzzschirm des BBIG fällt. Außerdem haben wir für eine Vergütung nach den Maßstäben des Bafög geworben und für Mitspracherechte von Gewerkschaften in den Gremien der

Dualen Hochschule Sachsen (DHS). Leider konnten wir uns bei den meisten Punkten nicht durchsetzen. Die Einführung der DHS ist trotzdem die richtige Entscheidung gewesen, auch im Wettbewerb mit anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg und Thüringen, welche die Reform bereits vor mehreren Jahren vollzogen haben.

Und zu guter Letzt: Mit Blick auf die aktuelle Legislaturperiode hat der LAB sein Strategiepapier „Sächsische Dekade der Berufsbildung“ weiterentwickelt und unter dem Titel „Gute Berufsausbildung für Sachsen 2030!“ in die Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD eingebracht. In zehn Punkten wird wieder sehr umfassend beschrieben, was notwendig ist, um das Berufsbildungssystem in Sachsen weiterhin leistungsfähig und attraktiv zu halten. Beide Vorgängerpapiere, auch „Mut zu Veränderungen“, fanden Eingang in die jeweiligen Koalitionsverträge. Diesmal sucht man das Papier aber vergebens. Scheinbar hatten die Koalitionäre keine Lust, sich ständig daran erinnern zu lassen, dass es nicht nur darum geht, einen Forderungskatalog aufzuführen, sondern auch umzusetzen. Für die Mitglieder des LAB bleiben die Inhalte trotzdem das Programm der nächsten Jahre.



Konstituierende Sitzung des Berufsbildungsausschusses der Handwerkskammer Dresden am 12. Oktober 2022 in Dresden

Die Berufsbildungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern

Auf der regionalen Ebene sind es, wie bereits beschrieben, besonders die Berufsbildungsausschüsse (BBA) der drei Industrie- und Handelskammern (IHK) und der drei Handwerkskammern (HWK), in denen die Berufsbildungsarbeit stattfindet. Koordiniert und betreut werden die Ausschüsse durch die drei DGB-Regionsgeschäftsstellen Leipzig-Nordsachsen, Südwestsachsen und Dresden-Oberes Elbtal.



*Arbeitnehmer*innen-Bank bei konstituierender Sitzung
des Landesausschusses für Berufsbildung
am 29. Januar 2025 in Dresden*

Die Aufgaben der Ausschüsse ergeben sich aus dem Berufsbildungsgesetz: „... sie sind in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören.“ Außerdem haben sie „auf eine stetige Entwicklung der Qualität der beruflichen Bildung hinzuwirken“. Insofern befassen sich die Ausschüsse regelmäßig mit den Statistiken der eingetragenen Aus- und Fortbildungen, hören die Ausbildungsberater*innen an, beraten und erlassen Rechtsvorschriften oder beschließen über die Besetzung von Prüfungsausschüssen. Darüber hinaus tauschen sich die Mitglieder zu verschiedensten Fragen der aktuellen Berufsbildungspolitik aus.

BILDUNGSPOLITIK

KOWA – Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt e. V.

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt e. V. (KOWA) ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und Hochschulen, um in einem gemeinsamen Netzwerk zusammenzuarbeiten. Die KOWA bietet eine Plattform für den Austausch zwischen Wissenschaft – Wissenschaftler*innen und Studierenden – und Arbeitswelt – Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften und Unternehmen. Unser übergeordnetes Ziel ist die Förderung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt. Dabei stehen die Problemlagen von Arbeitnehmer*innen im Mittelpunkt. Dies geschieht beispielsweise mit Hilfe verschiedener Veranstaltungen (Lehrveranstaltungen, Diskussionsforen, Tagungen) und durch Projektarbeit in den Bereichen Forschung, Beratung und Wissenstransfer. In den letzten vier Jahren haben wir mit der KOWA verschiedene Projekte durchgeführt. Im Nachfolgenden haben wir kurze Auszüge aus den Projekten zusammengestellt, die uns in dieser Zeit begleitet haben:

■ Plan B 2.0

Plan B 2.0 unterstützt Studienzweifelnde und Studienabbrecher*innen bei einer beruflichen Neuorientierung. Die KOWA greift dabei auf eine langjährige Expertise und umfangreiches Material zurück und ist zudem auch Ansprechpartnerin für Arbeitsmarktakteure, Beratungsstellen, Unternehmen und andere, die Fragen zum Thema Studienabbruch haben. Ein Studium abzubrechen, ist meist keine leichte Entscheidung. Nicht in jedem Fall ist bereits eine Alternative in Sicht, wie es weitergehen soll. Studienzweifel oder ein bereits vollzogener Studienabbruch werden dabei häufig als belastende Faktoren erlebt, die eine berufliche Orientierung erschweren können. In den angebotenen Beratungen unterstützen die KOWA-Mitarbeiterinnen Studierende ergebnisoffen, unabhängig aus welcher Studienrichtung oder von welcher Hochschule sie kommen. In der erstellten Broschüre „Kein Land in Sicht?



Neuorientierung bei Studienzweifeln und Studienabbruch“ (Stand 1/2025) finden Studierende eine Vielzahl von beruflichen Möglichkeiten.

■ Quickstart Sachsen Transfer

Quickstart Sachsen Transfer ist das sächsische Teilprojekt der bundesländerübergreifenden gemeinschaftlichen Initiative „Zweifellos – Finde deinen Weg, eine Initiative der Studienabbruch-Projekte Queraufstieg Transfer, Quickstart Transfer und Kompass M-V Transfer“. Die Leuchtturmprojekte Kompass M-V, Queraufstieg und Quickstart Sachsen haben in den vergangenen Jahren in ihren regionalen Zuständigkeiten verschiedene Maßnahmen zur Begleitung von Menschen mit Studienzweifel und Studienabbruchgedanken auf den Weg gebracht. Neben der Zusammenarbeit mit Beratungsinstitutionen und Unternehmen war ein Schwerpunkt vor allem die Erreichbarkeit der Studierenden, um einerseits auf die verschiedenen Unterstützungsstrukturen aufmerksam zu machen und andererseits auch eine gesellschaftliche Entstigmatisierung des Themas Studienabbruchs vorzubringen. Mit dem Anschlussvorhaben werden nun in enger Zusammenarbeit die im bisherigen Projektverlauf erarbeiteten Ergebnisse, Programme, Erfahrungen und Materialien zwischen den Bundesländern Sachsen, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen transferiert und gegebenenfalls weitere interessierte Bundesländer einbezogen.



■ BeSOS

Der Begriff „BeSOS“ repräsentiert die Zielstellung des Projektes: Die Schaffung eines Beratungsinstrumentariums zur Stärkung bzw. Wiederherstellung der beruflichen Orientierungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern mit psychischer Belastung. In den letzten Jahren hat sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit psychischen



Belastungen spürbar erhöht. Dies lässt sich auch statistisch abilden: Etwa die Hälfte aller Jugendlichen befindet sich heute in einer Situation mit einem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen. Dies führt in der Regel zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Orientierungsfähigkeit, insbesondere wenn es um noch unbekannte Situationen geht. Eine gezielte Berufs- und Studienorientierung gestaltet sich infolgedessen erheblich schwieriger und kann teilweise sogar unmöglich sein. Das bestehende Berufsorientierungssystem ist methodisch nicht ausreichend auf diese spezifische Herausforderung vorbereitet. In diesem Zusammenhang setzt das Projekt BeSOS an, um Lehrkräfte und andere Akteure der Berufsorientierung bei der Bewältigung dieser Situation zu unterstützen und dazu beizutragen, die Berufs- und Studienorientierung für betroffene Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

■ LK LAB — Mit Praxis zum Hochschulabschluss

Das Projekt erstreckte sich von Oktober 2021 bis Februar 2024 und hatte das Ziel, Studierende der Leipziger Hochschulen mit Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Landkreis Leipzig, im Rahmen einer längeren Zusammenarbeit in Form von praxisorientierten Seminar- und Abschlussarbeiten zusammenzubringen. Dadurch konnten neben einem intensiven Kennenlernen auch Möglichkeiten wie beispielsweise eine anschließende Übernahme in den Betrieb nach erfolgreichem Studienabschluss angebahnt werden. Nicht nur aufgrund des demografischen Wandels, sondern auch für die notwendigen Herausforderungen der Dekarbonisierung und der Umstellung auf Kreislaufwirtschaft benötigen Unternehmen gerade in der Industrie neue Konzepte. Hier kann der Transfer mit aktuellen Innovationen aus der Forschung helfen. Mit insgesamt 39 Matches schließen wir dieses Projekt nun erfolgreich ab. Eine Vernetzung zwischen Hochschulen und KMU ist uns gelungen, wobei sich vor allem ein Fokus auf nachhaltig arbeitende Unternehmen entwickelte. Erfahrungen aus dem Projekt sind in einer Handreichung mit dem Titel „Von der Hochschule in den Betrieb — Fachkräfte Sicherung und Forschungstransfer durch praxisorientierte Abschlussarbeiten“ zusammengefasst.



Arbeit und Leben Sachsen e. V.

Arbeit und Leben Sachsen e. V. ist eine gemeinsame Einrichtung des DGB-Bezirkes Sachsen und des Sächsischen Volkshochschulverbandes. Unter dem Dachverband Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben agiert Arbeit und Leben Sachsen e. V. als staatlich anerkannte, gemeinnützige Organisation der politischen, sozialen und beruflichen Jugend- und Erwachsenenbildung. Seit fast 35 Jahren entwickelt und realisiert „Arbeit und Leben“ hochwertige Bildungsangebote und Projekte und unterstützt Menschen dabei, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse bewusst und kompetent entlang der gesellschaftlichen Werte soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität zu gestalten. Zu den Leistungen gehören Seminare, Workshops, mehrtägige Trainings, Schulungen, interkulturelle Angebote im In- und Ausland, Fachtagungen, Studien, neue Bildungskonzepte sowie die Begleitung und Evaluation von Bildungsprozessen.

Auf Grundlage eines breiten Netzwerkes an Kooperationspartnern wird eine Vielzahl von Projekten umgesetzt. Dazu gehören:

Politische Bildung für eine starke Stimme der Beschäftigten

Arbeit und Leben Sachsen e. V. setzt sich seit 2015 mit Projekten der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung für die Stärkung von Beschäftigten ein. Aktuell arbeitet der Verein in zwei Branchenprojekten — im Gesundheitswesen und im Verkehrsbereich — mit Pflegekräften, medizinischem Personal, Reinigungskräften sowie Busfahrer*innen. Diese Projekte werden im Rahmen der Initiative betriebliche Demokratiekompetenz durch das BMAS gefördert. Daneben richtet sich das branchenoffene Projekt Weltoffenheit in Betrieb und Ausbildung an Beschäftigte und Auszubildende und wird über die Förderrichtlinie Weltliches Sachsen finanziert.

Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, wie gute Zusammenarbeit im Betrieb gelingt und wie demokratische Werte im Alltag gestärkt werden können. Die Referent*innen schaffen Räume, in denen offen über Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus gesprochen wird — Themen, die nicht nur Zugewanderte betreffen, sondern auch viele andere Kolleg*innen, beispielsweise Menschen mit Behinderung, Ältere,



Seminar im Rahmen der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung am 5. November 2024 in Bennewitz

Frauen oder Menschen mit nicht-heteronormativer sexueller Identität. Ziel ist es, Solidarität im Betrieb zu fördern, Diskriminierung entgegenzutreten und die Vielfalt der Beschäftigten als Stärke zu nutzen. Politische Bildung bedeutet hier nicht nur Wissenserwerb, sondern auch Ermutigung: Beschäftigte reflektieren ihr eigenes Handeln, hören einander zu und entwickeln gemeinsame Perspektiven. Damit leistet Arbeit und Leben Sachsen e.V. einen Beitrag, dass Beschäftigte ihre Stimme selbst-bewusst einsetzen und demokratische Teilhabe in den Betrieben gelebt wird — Werte, die auch den gewerkschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Talentcenter GABI

Das Talentcenter GABI unterstützt im Auftrag der Agentur für Arbeit Leipzig Arbeitslose dabei, ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. GABI steht dabei für Gemeinsame Aktivierung und Begleitung zur Integration. 26 verschiedene thematische Elemente stehen zur Verfügung, um die Teilnehmenden individuell und bedarfsgerecht zu unterstützen. Im Juni 2024 feierte das Projekt sein zehnjähriges Bestehen. Das Talentcenter GABI wird gemeinsam umgesetzt vom Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw), dem Bildungsinstitut Pscherer gGmbH und Arbeit und Leben Sachsen e.V.

Arbeitsmarktmentoren Dresden und Leipzig

Die Arbeitsmarktmentorenprojekte richten sich an Schutzsuchende und anderen Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Stadt Leipzig leben. Die Teilnehmenden (Mentees) werden durch ein Team von Arbeitsmarktmentor*innen individuell unterstützt. Diese sind Ratgeber, Coach, Kümmerer und Förderer in Fragen zur Integration der Mentees am regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sie unterstützen den individuellen Weg der Mentees in Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung. Darüber hinaus unterstützen die Arbeitsmarktmentor*innen Arbeitgeber bei der Vorbereitung von Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen mit vom Projekt begleiteten Mentees.

Faire Integration Dresden/Chemnitz

Das Projekt Faire Integration richtet sich an Geflüchtete und Drittstaatsangehörige. Diese sind häufig nicht mit den arbeitsrechtlichen Regeln in Deutschland vertraut und informieren sich vorrangig über ihre eigenen, zum Teil mangelhaft informierten Netzwerke. Arbeit und Leben Sachsen e.V. berät diese Menschen mit qualitätsgesicherten Informationen rund um Fragen zu Ausbildung und Arbeit in Deutschland, beispielsweise zu arbeitsrechtlichen Fragen bezüglich des Arbeitsvertrags, zu Urlaub, Überstunden, Sozialversicherung, Schwangerschaft/Mutterschutz u. a.

Zentrum Zukunft der Arbeitswelt (ZZA)

Das ZZA ist das koordinierende Zentrum des ESF Plus-Programms „Zukunftszentren“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Im Rahmen des Programms unterstützen zwölf Regionale Zukunftszentren KMU und deren Beschäftigte bei der Gestaltung des digitalen, demografischen und ökologischen Wandels mit passgenauen Qualifizierungsangeboten. Das Haus der Selbstständigen stellt Informationen zur Gründung von Interessenvertretungen und selbstregulierenden Verfahren bereit, um die Vergütungssituation, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung von Solo-Selbständigen und Plattformbeschäftigten zu verbessern. Das ZZA fungiert als Bindeglied zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Zukunftszentren, indem es als Denkfabrik für

zukunftsweisende Ansätze agiert. Zudem übernimmt es das Netzwerkmanagement zwischen den Regionalen Zukunftszentren, dem Haus der Selbstständigen (HDS) sowie relevanten Akteuren aus der Arbeitswelt. Unter der Konsortialföhrerschaft von Arbeit und Leben Sachsen e.V. wird das ZZA gemeinsam umgesetzt von der ATB Arbeit, Technik und Bildung gGmbH, dem RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V. sowie dem Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement IAT der Universität Stuttgart.

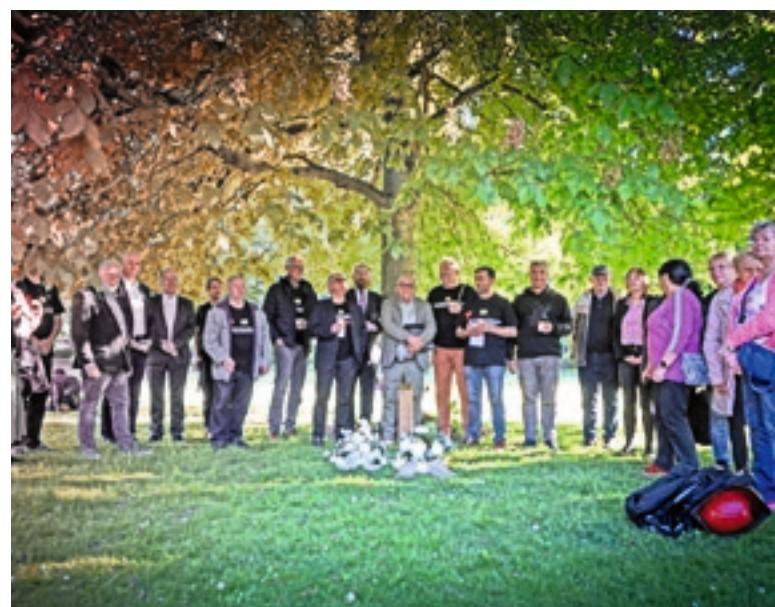
Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen ist ein zentraler Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bei Arbeit und Leben Sachsen e.V. In den Jahren 2022—2025 führte Arbeit und Leben Sachsen e.V. gemeinsam mit dem DGB Bezirk Sachsen, den DGB-Regionsgeschäftsstellen und den DGB-Mitgliedsgewerkschaften eine Vielzahl von Veranstaltungen zu diesen und weiteren Themen durch. Qualifizierungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zu aktuellen Themen des Arbeits- und Sozialrechts, die Konzeption und Durchführung von Grundlagen- und Fachseminaren für Betriebs- und Personalräte, Computer- und Smartphone-Stunden für Senior*innen sowie Seminare zu gesellschaftlich aktuellem Themen (u.a. Fake News und Desinformation, sichere Renten und bezahlbares Wohnen, Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Selbstbehauptung im Alltag) waren und sind ein wichtiger Bestandteil dieser Kooperationen.



Gesprächsrunde zur Landtagswahl am 3. Juni 2024 in Dresden

Highlights waren die gemeinsam mit dem Bezirksvorstand der IG BAU Dresden organisierte Gesprächsrunde im Juni 2024 mit Politikern von vier Landtagsfraktionen im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 und ebenfalls das BR-Seminar „Arbeitsschutz und Gefahrenprävention“ im Rahmen des Workers' Memorial Day im April 2025 in Leipzig. Am internationalen Gedenktag, der an all jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erinnert, die durch Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten ihr Leben verloren, gedachten die Teilnehmenden gemeinsam der fünf Bauarbeiter, die beim Bau des Leipziger Hauptbahnhofes ihr Leben verloren.



Workers' Memorial Day am 28. April 2025 in Leipzig

Geschäftsführungswechsel

Nach fast 20 Jahren als Geschäftsführer verabschiedete sich Frank Schott am 31. März 2023 in den Ruhestand. Unter seiner Leitung hat sich Arbeit und Leben Sachsen e.V. vom kleinen Verein zu einem Träger mit mehr als 80 Angestellten entwickelt. Immer wieder gelang es Frank Schott dabei, wichtige bildungspolitische Impulse zu setzen und diese in konkrete Projektarbeit zu überführen. Im Juni 2025 wurde Frank Schott für sein großes berufliches und ehrenamtliches Engagement mit dem Sächsischen Verdienstorden ausgezeichnet. Seit dem Ausscheiden von Frank Schott obliegt die Geschäftsführung des Vereins Miro Jennerjahn.

Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen

(Courage — Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.)

Seit 1999 ist das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen aktiv und auf lebendige demokratische Bildung und Beratung spezialisiert. Als Teil des bundesweiten Netzwerks wird die NDC-Idee durch den Trägerverein „Courage — Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.“ umgesetzt. Im Vorstand arbeiten u. a. Vertreter*innen des DGB, der DGB-Jugend Sachsen, der Falken, der Naturfreundejugend sowie eine Teamvertretung und die Kinderbeauftragte des Freistaates Sachsen mit.



Infostand DGB-Bezirksjugendkonferenz
am 12. April 2025 in Leipzig

Das NDC qualifiziert junge Engagierte und setzt sich gemeinsam mit Partner*innen wie dem DGB Sachsen für eine offene Gesellschaft ein. Im Zentrum stehen Empathie, Toleranz, Respekt und praxisnahe Lernen. Mit den Projekttagen „Demokratie — Courage zeigen!“ ist das NDC an allgemein- und berufsbildenden Schulen präsent. Von Januar bis Mitte November 2025 führten rund 100 Ehrenamtliche über 175 Projekttage, Workshops und Module in einfacher Sprache durch — mehr als 2.800 Schüler*innen, Auszubildende und junge Erwachsene nahmen teil.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der beruflichen Erstausbildung, insbesondere im Projekt „Sozialkompetenz für die Arbeitswelt — SKA“. Hier werden junge Erwachsene zu Rassismus, Diskriminierung, rechter Gefahr sowie zu Konflikten und Kommunikation sensibilisiert. Ziel ist es, couragierte Handeln und Solidarität zu stärken. Über 24 Workshops fanden direkt in Betrieben statt, unterstützt von Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Gewerkschaftssekretär*innen. Besonders intensiv war 2025 die Zusammenarbeit mit ver.di in Leipzig und Dresden. Auch kommunale Betriebe wie DREWAG, DVB und die Leipziger Gruppe nahmen Workshops in Anspruch. Mit der IG Metall besteht ein regelmäßiger Austausch; Angebote wurden u. a. bei den Elbe-Flugzeugwerken sowie seit Jahren bei VW Sachsen umgesetzt.

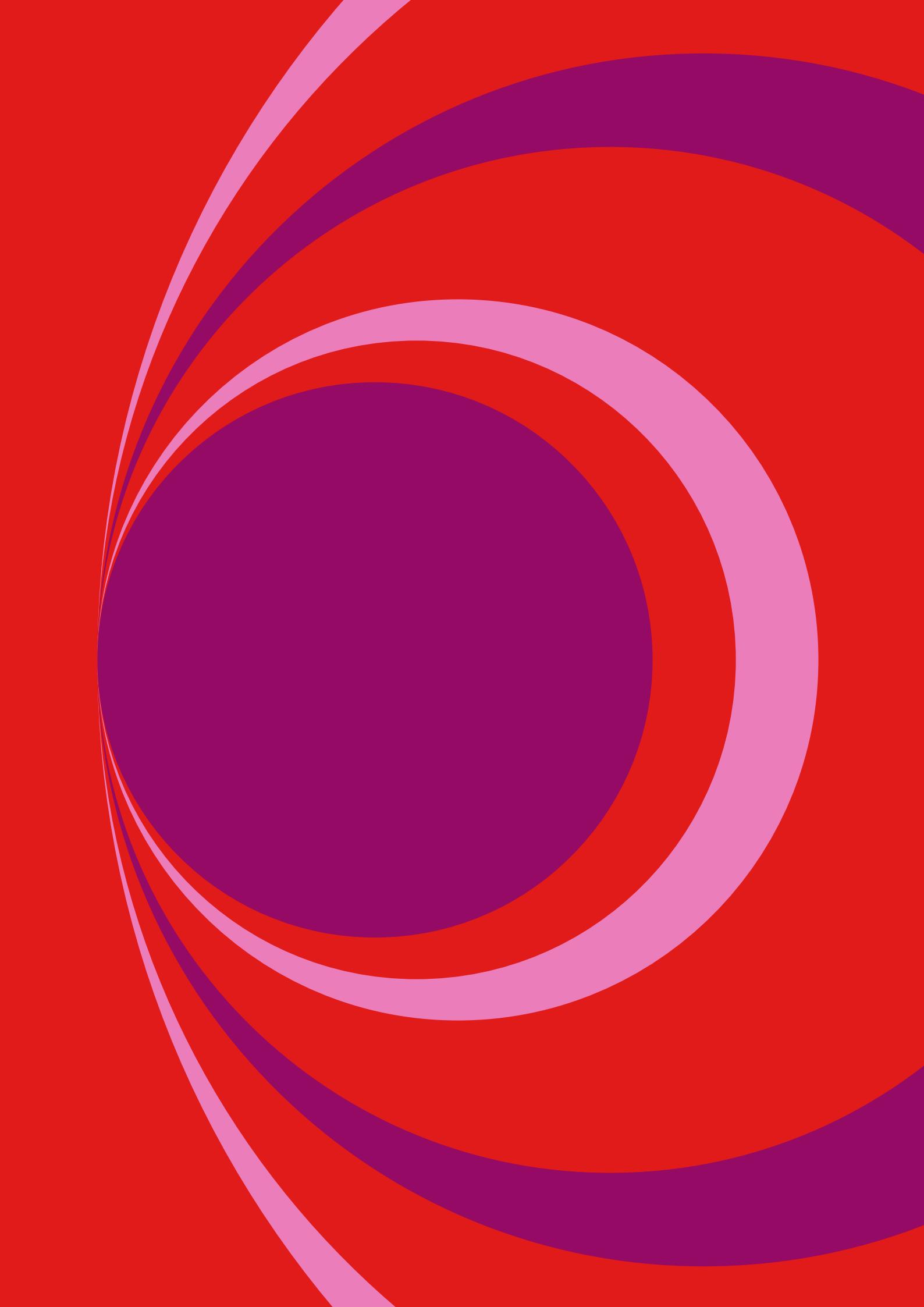
Im Schulbereich kooperiert das NDC eng mit der GEW Sachsen, etwa durch Argumentations- und Handlungstrainings für pädagogisches Personal und durch Präsentationen im Bündnis „Für Alle“.

Die DGB-Jugend ist eng mit dem NDC vernetzt. Beim Sommercamp wurde gemeinsam erarbeitet, wie im Betrieb auf menschenverachtende Einstellungen reagiert werden kann. Das NDC unterstützt mit Trainings, Workshops und Angeboten zu Themen wie einfacher Sprache in internationalen Teams.



Tagung „Demokratiebildung im Betrieb — Mitbestimmung stärken, Zusammenhalt fördern“
am 25./27. Juni 2025 in Berlin

Darüber hinaus begleitet das NDC Betriebsräte, berät zu Fällen rassistischer Vorfälle, beteiligt sich an Ost-Vernetzungen zum Umgang mit Rechts im Betrieb, wirkt an Fachtagen der IG Metall mit und unterstützt bei Kampagnen. Viele Ehrenamtliche des NDC sind zugleich in der DGB-Jugend aktiv — das Netzwerk ist lebendig und engagiert.





The background features a minimalist graphic design composed of three overlapping circles. A large, solid red circle forms the base. A smaller, solid maroon circle is positioned in the upper left quadrant. A thin-lined, light pink circle is located in the upper right quadrant, partially overlapping the red circle.

**VII.
DGB-JUGEND
SACHSEN**

DGB-JUGEND SACHSEN

Die DGB-Jugend Sachsen blickt zurück auf vier wechselvolle Jahre, in denen die sächsische Gewerkschaftsjugend gewachsen ist. Das gilt nicht nur zahlenmäßig – seit der letzten Konferenz 2022 sind wir von 17.104 auf 20.259 Mitglieder bis inklusive 27 Jahren gewachsen – sondern auch für unsere Arbeit und Erfolge.

Mit dem Ende der meisten Einschränkungen durch die Pandemie im Frühjahr 2022 und nach einer personellen Neuaufstellung der hauptamtlichen Abteilung Jugend haben wir uns gemeinsam daran gemacht, unsere Arbeit und Strukturen neu aufzubauen und zu organisieren. Der Bezirksjugendausschuss, der Stadtjugendausschuss Chemnitz und die Hochschulgruppe Leipzig haben die Pandemie grundsätzlich gut überstanden und konnten ihr Arbeit wieder mit voller Kraft fortsetzen. Darüber hinaus ist es gelungen, in Dresden und Leipzig jeweils einen Stadtjugendausschuss zu gründen und auch die Hochschulgruppe in Dresden konnte wiederbelebt und aktiviert werden. Damit konnten wir ab 2022 unsere lokalen Strukturen deutlich ausbauen und eine stärker regional verankerte Gewerkschaftsjugendarbeit etablieren.

Der Bezirksjugendausschuss als zentrales Gremium unserer Arbeit hat in den vergangenen vier Jahren regelmäßig getagt. Im Jahr 2022 standen die antirassistische Bündnisarbeit, der Austausch mit der DGB-Jugend Bund sowie aktuelle politische Themen wie die Ausbildungsqualität und das Sächsische Personalvertretungsgesetz im Mittelpunkt. Bereits 2023 wurde die Vorbereitung auf die Landtagswahl mit der Erstellung eines Konzeptes begonnen. Darüber hinaus ging es um den Volksantrag zur Bildungszeit und die zunehmende rechte Einflussnahme in der Arbeitswelt. Außerdem wurden schwerpunktmäßig über das Thema Inklusion in der Arbeitswelt diskutiert und in der Folge der AK Inklusion eingesetzt. Das Jahr 2024 stand ganz im Zeichen der Landtagswahl, u. a. mit den Themen Bildungszeit, Junges Wohnen und der Gründung der Dualen Hochschule Sachsen. Die anderen Wahlen 2024/2025 wurden intensiv begleitet und die Kampagnen der DGB-Jugend Bund auch in Sachsen umgesetzt. Der abschließende Schwerpunkt der Arbeit im Bezirksjugendausschuss war die Vorbereitung der Bezirksjugendkonferenz 2025 und die Neukonstituierung nach der Jugendkonferenz.

Im gemeinsamen Dialog mit den Mitgliedsgewerkschaften haben wir auch die Berufsschul- und die Studierendenarbeit ab 2022 neu aufgestellt. Ausgangspunkt war eine Abfrage, welche Berufsschulen und Hochschulen aus Perspektive der jeweiligen Gewerkschaftsjugend am interessantesten für eine Ansprache sind. Ebenfalls ab 2022 haben wir ein eigenes sächsisches Bildungsprogramm der DGB-Jugend etablieren können. Seitdem bieten wir allen interessierten Mitgliedern diverse Tages- und Wochenendseminare, ein jährliches Sommercamp und Abgeordnetenfahrten nach Berlin und Brüssel in die Parlamente. Wir konnten in den Jahren 2022 und 2023 eine eigene sächsische Israel-Delegation mit



Teilnehmende des ersten Sommercamps der DGB-Jugend Sachsen vom 1. bis 3. September 2023 in der Jugendherberge Falkenhain an der Talsperre Kriebstein

Besuch und Gegenbesuch durchführen und haben ab 2024 auch wieder eine eigene bezirkliche Gedenkarbeit starten können, die wir kontinuierlich weiter ausbauen wollen.

Berufsschularbeit

Seit 2004 – also seit über 20 Jahren! – führen wir den „Projekttag Demokratie und Mitbestimmung“ (PDM) an Sachsen's Berufsschulen durch. Im PDM stellen wir den Berufsschüler*innen ausgehend vom grundlegenden Interessengegensatz, welchen es zwischen Kapital und Arbeit gibt, gewerkschaftliche Lösungsansätze wie Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung vor. Dabei wollen wir vor allem junge Menschen für die eigenen (betrieblichen) Mitbestimmungsmöglichkeiten begeistern. Dies ist für viele Auszubildende meist der erste Kontakt zu Gewerkschaften. Außerdem beraten und empowern wir die Auszubildenden dabei, ihre Rechte in der Ausbildung zu kennen sowie einzufordern und sich in ihrer Gewerkschaft oder Jugend- und Auszubildendenvertretung zu engagieren. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ausbildungsqualität und der Senkung der Abbrecherquote unter Auszubildenden. Der Projekttag umfasst standardmäßig sechs Schulstunden und wird von zwei qualifizierten Teamer*innen durchgeführt. Seit der Corona-Pandemie ist die Zahl der PDM-Einsätze kontinuierlich gestiegen und hat sich bei etwa 130 pro Jahr stabilisiert.



Vorstellung des Interessengegensatzes im Rahmen eines Projekttages Demokratie und Mitbestimmung in einer Berufsschulklass

Jahr	PDM-Teamer*innen	PDM-Einsätze	Abgesagt: (durch Schulen oder fehlende Teamende)	Hofstände	Erreichte Azubis (Zahlen aus Anmeldebogen der Lehrkräfte)
2022	44	78	7	—	circa 1.000
2023	48	134	16	2	circa 1.180
2024	48	130	7	4	circa 1.247
2025 (bis inkl. Juni)	41	60	23	1	circa 600

Die Teamenden für den Projekttag werden über die Mitgliedsgewerkschaften, Social Media, Mundpropaganda sowie durch die Arbeit von Multiplikator*innen gewonnen. Sie werden durch das DGB-Bildungswerk Bund oder bei den bezirklichen Schulungen ausgebildet und sind nach einer anschließenden Hospitation einsatzfähig. Sie bekommen 130 Euro Aufwandsentschädigung pro Einsatz. Die bezirklichen Schulungen werden seit 2022 jährlich durchgeführt und es konnten in den vergangenen Jahren circa 40 Teamende vor Ort in Sachsen ausgebildet werden. Das PDM-Team trifft sich ein- bis zweimal jährlich. In letzter Zeit stehen aufgrund der aktuellen politischen Lage insbesondere Schulungen zum Umgang mit rechten Äußerungen oder anderen Widerständen in Klassen und an Infoständen im Fokus. Zukünftige Herausforderungen werden vor allem im Zugang zu den Berufsschulen in Sachsen liegen, die uns bislang weder für Projektstage noch für Hofstände Zutritt gewähren. Zudem wird es zunehmend schwieriger, neue Teammitglieder zu finden, insbesondere solche, die bereits gewerkschaftlich aktiv waren und/oder eine abgeschlossene Ausbildung haben. Ein weiteres potenzielles Problem könnte die zunehmende Tendenz sein, dass immer weniger Teammitglieder über einen Führerschein verfügen. Dieser ist jedoch essenziell, um eine reibungslose An- und Abreise sowie den Materialtransport sicherzustellen.



Der Ausbildungsreport 2022 ist da – Vorfreude vor Präsentation des Reports zur Landespressekonferenz am 6. Januar 2023

Ausbildungsreports 2022 und 2024

Der Ausbildungsreport ist unsere Grundlage, um der Politik die Missstände in der Ausbildung aufzeigen zu können. Während der Projekttage wird der sogenannte Dr.-Azubi-Bogen ausgeteilt. Die Fragen zur Ausbildungsqualität bestehen zum Teil aus wiederkehrenden Fragen, um Langzeittrends feststellen zu können, zum Teil gibt es Schwerpunktfragen, die sich von Jahr zu Jahr ändern. Es gibt jedes Jahr einen Ausbildungsreport auf Bundesebene, einen Ausbildungsreport mit ausschließlich sächsischen Azubis gibt es alle zwei Jahre. Die Veröffentlichung des sächsischen Ausbildungsreports wird durch eine Pressekonferenz begleitet, in der die Ergebnisse vorgestellt werden. Besonderer Fokus liegt dabei auf den thematischen Schwerpunkten sowie den Konsequenzen für die Ausbildungssituation in Sachsen.

Jahr	Schwerpunkt/Thema	Sächsischer Report	Zahl befragte Azubis
2022	Zugang zur Ausbildung und Berufsorientierung	ja	587
2023	Moderne Ausbildung	nein	
2024	Ausbilder*innen und Ausbildungsmethoden	ja	1.845
2025	Bewerbung und Zugang zur Ausbildung	nein	

Studierendenarbeit

Die gewerkschaftliche Studierendenarbeit konnte im Berichtszeitraum gefestigt und ausgebaut werden. Sie profitiert und stützt sich im hauptamtlichen Bereich überwiegend auf die Projektfinanzierung durch den DGB-Bundesvorstand, die für den Zeitraum von Herbst 2019 bis Herbst 2026 eine Vollzeitstelle für die bezirkliche Studierendenarbeit in Sachsen zur Verfügung stellt.

Die Erstsemestereinführung im jeweiligen Wintersemester nimmt bei uns im Bezirk eine wesentliche Rolle ein. Die Zahlen der erreichten Studierenden steigen mithin jährlich. Wir bieten an, für die Erstbeutel unser Studierendenmagazin „Join!“ und einen kleinen Merchandiseartikel zur Verfügung zu stellen, im Gegenzug wird uns die Möglichkeit einer persönlichen Vorstellung gegenüber den Studierenden in der Einführungszeit oder im laufenden Semester gegeben. Diese persönlichen Ansprachen führen wir gemeinsam mit den zuständigen Mitgliedsgewerkschaften durch. Ziel ist es, einen positiven Erstkontakt zu schaffen und durch die mehrfachen Kontaktpunkte (Erstbeutel, persönliche Ansprache, ggf. Kontakt mit den Hochschulgruppen) ein Bild kontinuierlicher Präsenz zu kreieren.

Die DGB-Jugend pilotiert mit dem EhrenamtPlus-Konzept der „Campusteams“ eine bundesweit einmalige Wertschätzungsform für Ehrenamtliche. Das Konzept sieht vor, dass Personen, welche eine eintägige Ausbildung in Sachsen absolviert haben, im Auftrag der DGB-Jugend an sächsischen Campus Aktionen (bspw. Hörsaalansprache, Stand) durchführen können und hierfür eine Aufwandsentschädigung erhalten. Im Jahr 2023 fand zum ersten Mal diese eintägige Ausbildung für Ehrenamtliche zur* zum Campusteamer*in statt. 2024 wurde sie wiederholt, aktuell sind circa 15 Personen ausgebildet. Es hat sich gezeigt, dass von den ehrenamtlichen Kolleg*innen insbesondere Aktionen in ihrer Heimatstadt durchgeführt werden. Die Mehrheit der aktiven Campusteamer*innen ist gleichzeitig in einer Hochschulgruppe aktiv. Das Konzept soll unter der Maßgabe fortgeführt werden, dass nach der Ausbildung in engem zeitlichem Zusammenhang Einsätze angeboten werden, um die Quote der Aktiven zu erhöhen.

Nachdem über die Corona-Pandemie die Beratung außerhalb Leipzigs zum Erliegen gekommen war, können wir seit einem Jahr neben dem Leipziger Standort (Beratung an Uni und HTWK) auch eine regelmäßige Präsenzberatung in Dresden (Beratung an TU und HTW) anbieten. In den Beratungsbüros sind ehrenamtliche Berater*innen aktiv, welche Studierende insbesondere zu arbeitsrechtlichen Fragen im Nebenjob oder zum studentischen Sozialrecht beraten. Durch die Beratung stärken wir unsere Kernkompetenzen in der studentischen Öffentlichkeit. Bei allen Beratungen werden die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft angepriesen. Die Beratung wird durch ausgebildete Berater*innen geleistet.



Veranstaltungsreihe zum Thema israelbezogenem Antisemitismus an der Universität Leipzig am 12., 22. und 26. Februar 2024

Neben der persönlichen Beratung bieten wir ein Semesterprogramm an, welches Online-Workshops zu Fragen von Studium und Steuern, Selbstständigkeit und Arbeitsrechten genauso wie zu gesunder Arbeitsorganisation oder für Einstiegsgehälter zum Berufsbeginn beinhaltet. Wir sind nach der Corona-Pandemie im Onlineformat geblieben, um verschiedene Standorte bedienen zu können. Aktuell sind wir fester Bestandteil der Career-Service-Angebote der Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz, einige Veranstaltungen finden sich auch im Programm der Uni Leipzig und der HTWK Leipzig.

Bildungsprogramm

Die gewerkschaftliche Jugendbildungarbeit bildet eine tragende Säule unserer Aktivitäten als Gewerkschaftsjugend. Sie ist nicht nur ein zentraler Bestand-



DGB-Jugend-Delegation zur sächsischen Europaabgeordneten Anna Cavazzini (Bündnis 90/Die Grünen) vom 18. bis 21. März 2024 in Brüssel

teil unserer Arbeit, sondern spiegelt auch unser Selbstverständnis wider: Unsere Jugendbildungsarbeit ist geprägt von einem interessengeleiteten, handlungsorientierten und politisch reflektierten Ansatz. Unser Ziel ist es, junge Menschen für soziale und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu sensibilisieren, sie in ihrer Handlungskompetenz zu fördern und sie aktiv in die Organisation und Mitgestaltung unserer Gemeinschaft einzubinden. Durch diese Bildungsarbeit schaffen wir nicht nur Bewusstsein für gewerkschaftliche Werte, sondern legen zugleich den Grundstein für eine aktive, solidarische und zukunftsorientierte Mitgliedschaft.

Auch als DGB-Jugend Sachsen bieten wir seit 2022 eigene Workshops und Seminare für junge Aktive und Interessierte an der gewerkschaftlichen Jugendarbeit an. Folgende Themen und Themenbereiche standen dabei im Fokus:

- Berufsschularbeit
- Studierendenarbeit
- Gesellschaftspolitik
- actionsorientierte Ansprache
- Kompetenzseminare
- Gedenkstättenfahrten
- Jugendbegegnungen in Israel

Die Jahre 2023 und auch 2024 starteten jeweils mit der Veröffentlichung des sächsischen Bildungsprogrammes, sowohl digital als auch in Papierform. Das Feedback zu unseren Workshops war positiv und konstruktiv, sodass wir wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung unserer Bildungsangebote

gewinnen konnten. Insbesondere interaktive Methoden, ein gesellschaftspolitischer Fokus und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Seminare wurden von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Langfristige Planung und Transparenz im Vorgehen haben sich dabei als Schlüsselfaktoren erwiesen. Ein weiterer Erfolg war die Einbindung ehrenamtlicher Teamender in die Planung und Durchführung von Workshops. Dieser Peer-to-Peer-Ansatz stärkt nicht nur die Selbstwirksamkeit der Ehrenamtlichen, sondern bereichert auch die Bildungsarbeit durch neue Perspektiven und Dynamik. Vor diesem Hintergrund möchten wir die Idee eines festen Bildungsteams weiterentwickeln, das für die Organisation und Durchführung von Seminaren bereitsteht.



Deutsch-Israelischer Jugendtausch
vom 19. bis 28. Juni 2023 in Dresden

Es ist uns auch gelungen, endlich einen eigenen sächsischen Israelaustausch zu initiieren. Vom 24. Oktober bis 2. November 2022 war unsere Delegation mit zehn Teilnehmenden in Israel und vom 19. bis 28. Juni 2023 fand der Gegenbesuch in Dresden, Leipzig und Berlin statt. Das Programm stand im Wesentlichen unter den drei Schwerpunkten „Erinnern und Gedenken“, „Arbeiten und Leben junger Menschen in Israel und Deutschland“ und „Geschichte und Gegenwart im Hinblick auf Politik, Kultur und Gesellschaft“. Die Auseinandersetzung mit der Shoah und der nationalsozialistischen Diktatur bildete einen zentralen Bestandteil, u.a. durch Besuche in Yad Vashem, Theresienstadt und bei Stolpersteinen in Chemnitz. Diese Erfahrungen stärkten das gemeinsame Engagement gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Ein weiterer Fokus lag auf dem Austausch über gewerkschaftliche Arbeit. Die Teilnehmenden trafen auf Vertreter*innen des DGB, der Histadrut sowie Betriebsräte und diskutierten Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Veränderungen und gewerkschaftliches Engagement – u.a. am Beispiel der Initiative TVStud. Auch kulturelle und politische Themen wurden bearbeitet, etwa bei einer Führung durch Ost-Jerusalem oder einem Besuch der drusischen Community.

Die Begegnung wurde methodisch vielseitig und partizipativ gestaltet. Die Teilnehmenden agierten als Multiplikator*innen in ihren jeweiligen Strukturen, reflektierten Erfahrungen kritisch und entwickelten neue Perspektiven. Das Projekt trug zum Abbau von Vorurteilen bei und stärkte das deutsch-israelische Verhältnis auf gewerkschaftlicher Ebene.

Die Auseinandersetzung mit Geschichte und Erinnerung ist für die DGB-Jugend Sachsen von zentraler Bedeutung. Gedenkstättenarbeit und Gedenkstättenpädagogik schaffen einen Raum, um die historischen Wurzeln von Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung zu verstehen und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Sie fördern das Bewusstsein für Demokratie, Solidarität und Menschenrechte – Werte, die das Fundament unserer gewerkschaftlichen Arbeit bilden. Indem wir die Erinnerung an die Opfer von Diktatur und Unrecht wachhalten, tragen wir aktiv dazu bei, ein Engagement gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung in der Gesellschaft zu stärken. Eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Erinnern, Erkennen, Engagieren – Geschichte beginnt an der Haustür“ war ein Alternativangebot zu der Jugendbegegnung in Israel, die aufgrund der Ereignisse rund um den 7. Oktober 2023 im darauffolgenden Jahr nicht stattfinden konnte. Wir besuchten weniger bekannte Gedenkstätten und KZ-Außenlager in Sachsen, die wichtige, aber oft vergessene Kapitel der NS-Geschichte erzählen. Unser Ziel war es, gemeinsam die Erinnerung an die Opfer lebendig zu halten und unser eigenes Bewusstsein für die historische Verantwortung zu stärken. Der Auftakt-Workshop in Dresden bot eine Einführung in das Thema Antisemitismus sowie die geopolitische Situation in Israel. Anschließend standen Besuche der Gedenkstätten Burg Hohnstein, Pirna Sonnenstein und Großschweidnitz auf dem Programm.

Themen und Kampagnen

Als eines der Schwerpunktthemen zur Bundestagswahl 2021 und durch einen entsprechenden Beschluss der Bundesjugendkonferenz Ende 2021 wurde die Forderung nach einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Da es vorrangig eine Forderung an die Bundespolitik war, eine entsprechende Erweiterung des Sozialgesetzes vorzunehmen, haben wir uns in der Lobbyarbeit auf die sächsischen Bundestagsabgeordneten der demokratischen Parteien fokussiert. Dabei wurden Gespräche geführt mit Rasha Nasr (MdB, SPD), Franziska Mascheck (MdB, SPD), Carlos Kasper, (MdB, SPD), Bernhard Herrmann (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Paula Piechotta (MdB, Bündnis 90/Die Grünen). Gemeinsam mit den progressiven sächsischen Parteijugenden haben wir öffentlich und über die sozialen Netzwerke unsere Forderung bestärkt.

An der Tarifbewegung TVStud, welche sich für eine Tarifierung der studentisch Beschäftigten an Hochschulen einsetzt, sind die Gewerkschaften ver.di und GEW beteiligt. Auch die DGB-Jugend ist hierbei unterstützend tätig geworden.

Insbesondere von Frühling bis Winter 2023 fanden umfangreiche Aktivitäten an den sächsischen Hochschulen statt. In den Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig gründeten sich Ortsgruppen, welche an den lokalen Hochschulen gemäß eines Organizing-Konzepts aus dem englischsprachigen Raum strukturiert die studentischen Kolleg*innen angesprochen haben. Daneben gab es eine landesweite Vernetzung der Ortsgruppen, um auch eine überregionale Sichtbarkeit zu etablieren.

Ein Schwerpunkt der parlamentarischen Lobbyarbeit von TVStud ist die Forderung nach einem studentischen Personalrat. Diese Forderung ist aufgrund der für studentisch Beschäftigte nur schwer überwindbaren Zugangshürden zu den örtlichen Personalräten an den Hochschulen dringlich. Die DGB-Jugend hat sich öffentlichkeitswirksam zur Novellierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes (SächsPersVG) eingebbracht, die Kollegin Blücher wurde darüber hinaus vor dem Innenausschuss als Sachverständige gehört. Da unsere Forderung leider nicht aufgegriffen wurde, werden wir das Thema weiter eng begleiten.

Gemeinsam mit etwa 70 weiteren Organisationen war auch die DGB-Jugend Sachsen Teil des Bündnisses für Bildungszeit in Sachsen. Inhaltlich haben wir uns vor allem dafür eingesetzt, dass auch Auszubildende und Studierende im Nebenjob den vollen Anspruch auf Bildungszeit bekommen. Dies ist uns gelungen, da diese Forderungen im Gesetzesentwurf des Bündnisses berücksichtigt wurden. Mit Start der Sammlung von Unterschriften für den Volksantrag haben wir uns intensiv am letztlichen Erfolg beteiligt. Über die Stadtjugendausschüsse und Hochschulgruppen wurden Aktionen zur Sammlung der Unterschriften durchgeführt. Viele ehren- und hauptamtlich Aktive der Gewerkschaftsjugend haben bei diversen Sammelaktionen geholfen. Auch in unserer Regelarbeit an den Berufsschulen und den Hochschulen hatten wir immer Unterschriftenlisten dabei. Und wir haben das Bündnis und das Anliegen in unsere Netzwerke getragen. Unter anderem ist der Kinder- und Jugendring Sachsen auf unsere Initiative hin Teil des Bündnisses geworden und hat über seine Mitgliedsorganisationen ebenfalls Unterschriften gesammelt.



Streik im Rahmen der TVStud-Kampagne vor dem sächsischen Finanzministerium am 20. November 2023 in Dresden

Zum 1. Januar 2025 hat die Duale Hochschule Sachsen (DHSN), wo der ganz überwiegende Anteil der dual Studierenden untergebracht ist, ihren Betrieb aufgenommen. Dem vorausgegangen ist ein intensiver Lobbyprozess, der vom DGB gemeinsam mit der IG Metall begleitet wurde. Auch die Gewerkschaften ver.di und GEW brachten sich mit Stellungnahmen

ein. Die IG Metall brachte ihre Expertise in der entsprechenden Ausschussanhörung im Sächsischen Landtag ein. Zu Beginn des Lobbyprozesses haben wir ein Netzwerktreffen für dual Studierende in Sachsen ausgerichtet, an dem sich vorrangig studentische Kolleg*innen aus der IG Metall beteiligten. Ein großer – und bundesweit auch seinesgleichen suchender – Erfolg ist das Verbot von Bindungs- und Rückzahlungsklauseln, auf das wir hingewirkt haben. Leider ist es nicht gelungen, eine konkrete Mindestvergütung auf Bafög-Niveau gesetzlich zu verankern. Die bekannten Schutzrechte nach BBIG wurden teilweise übernommen. Der DGB darf für den Hochschulrat der DHSN eine Person mit beratender Stimme entsenden.

Unsere hochschulpolitischen Schwerpunkte liegen auf der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Studierenden und Mittelbau sowie im Bemühen um optimale Studienbedingungen an sächsischen Hochschulen, etwa durch die Ausweitung von Teilzeitangeboten oder der Reduktion der Prüfungslast. Viele dieser Anliegen tragen wir gemeinsam mit der KSS (Konferenz Sächsischer Studierender) vor. Nachdem wir 2023 Teil der Anhörung im Wissenschaftsausschuss zur Novellierung des Hochschulgesetzes waren, konnte im folgenden Jahr erreicht werden, dass im Krankheitsfall zur Abmeldung von Prüfungen der Hochschule keine Symptome und Diagnosen mehr offenbart werden müssen. Außerdem wurden Mindestvertragslaufzeiten für studentisch Beschäftigte eingeführt – ein weiterer großer Erfolg. Beide Erfolge sind von bundesweiter Bedeutung, da wir damit für sächsische Studierende mehr erreichen konnten, als es in anderen Bundesländern gibt.

In Sachsen verschärft sich der Fachkräftemangel, da die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zurückgeht. Ein entscheidender Faktor dabei sind die steigenden Wohnkosten, insbesondere in Großstädten wie Leipzig, wo die Mieten für WG-Zimmer innerhalb eines Jahres um 17,2% gestiegen sind. Viele Auszubildende werden durch diese hohen Kosten abgeschreckt, Ausbildungsplätze fernab ihres Heimatorts anzunehmen, was den Fachkräftemangel zusätzlich verstärkt. Lange Schulwege, fehlende Unterkünfte und hohe Mietpreise haben negative Auswirkungen auf die Berufswahl und Ausbildungs-

bereitschaft. Dass Wohnen für junge Menschen immer mehr zum Luxusgut wird, hat auch die DGB-Jugend im Blick und deshalb eine Kampagne „Wohnen muss für alle sein – Wohnheime bauen, Azubis rein!“ aufgelegt. In diesem Rahmen haben wir an Berufsschulen in Sachsen eine Umfrage durchgeführt, um belastbare Erkenntnisse zur Wohnsituation von Azubis zu gewinnen. Insgesamt haben 793 Azubis teilgenommen, von denen 509 ihr Einverständnis zur Verarbeitung ihrer Daten gegeben haben. Die Ergebnisse der Umfrage wurden in einer Pressemitteilung kommentiert und sind auf unserer Homepage abrufbar. Im Rahmen der landespolitischen Lobbyarbeit haben wir zum Thema Junges Wohnen und zu unserer Forderung nach einem Azubiwerk für Sachsen Gespräche mit den wohnungspolitischen Sprechern der SPD-Fraktion, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU geführt. Außerdem versuchen wir in Gesprächen mit dem Sächsischen Kultusministerium und mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die Förderung von Azubiwohnen in Sachsen so zu gestalten, dass eine tatsächliche Unterstützung für die Auszubildenden im Freistaat gegeben ist.

Ein Highlight der vergangenen vier Jahre war die Kampagne „Gewerkschaft schafft das!“, mit der die DGB-Jugend Sachsen die Landtagswahl 2024 begleitet hat. Der Auftakt dieser Begleitung fand bereits im Frühjahr 2023 statt, als der Bezirksjugendausschuss das Eckpunktepapier mit den Forderungen der sächsischen Gewerkschaftsjugenden zur Landtagswahl beschlossen hat. Diese Forderungen haben wir in der Folge an die demokratischen Parteien in Sachsen übermittelt und um Berücksichtigung in ihren jeweiligen Wahlprogrammen gebeten. In der Folge lässt sich feststellen, dass dies vor allem bei der Partei Die Linke und in Teilen bei der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen auch gelungen ist. Von CDU und FDP gab es keinerlei Rückmeldungen auf unsere Forderung und entsprechend wurden sie kaum in den Wahlprogrammen berücksichtigt. Neben den inhaltlichen Forderungen haben wir eine eigene Kampagne entwickelt, die hauptsächlich auf einem Aktionsbauskasten basierte, der den Mitgliedsgewerkschaften, unseren Gremien und allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Baukasten beinhaltete neun Aktionsideen, die eigenständig durchgeführt werden konnten. Dafür haben wir jeweils eine Anleitung zur

Vorbereitung und Durchführung sowie alle nötigen Materialien zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus sind Postkarten, Plakate und Sharepics mit unseren Forderungen entstanden und es wurde eine Synopse der Wahlprogramme der demokratischen Parteien mit Blick auf unsere Forderungen erstellt. Neben den dezentralen Aktionen aus dem Baukasten wurden über 80.000 Postkarten in Restaurants und Kneipen in Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau verteilt. Außerdem wurden über 60 Großflächen in 28 sächsischen Städten plakatiert, um eine möglichst große Reichweite zu erreichen. Alle Materialien haben auf unsere Homepage verwiesen, die rechtzeitig vor der Kampagne einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen wurde und am 1. Juli 2024 neu an den Start gegangen ist.



*Kampagne „Gewerkschaft schafft das!“
zur Landtagswahl 2024*

Der Arbeitskreis Inklusion des Bezirksjugendausschusses widmet sich der Anpassung von Angeboten der DGB-Jugend Sachsen. Menschen, die an Förderschulen unterrichtet werden, sollen Anknüpfungspunkte bekommen, um an den Strukturen teilhaben und sie mitgestalten zu können. Nur wenn Arbeitnehmer*innen über ihre Rechte informiert sind, können sie diese einfordern und Unterstützung finden. Diese

Informationen sind für Förderschüler*innen schwer bis gar nicht zugänglich, da sehr viele sprachliche, kommunikative und räumliche Barrieren einen Zugang verunmöglichen. Es gibt Menschen, denen Behinderungen zugeschrieben werden, welche sich aus Angst vor Diskriminierung nicht trauen, eine reguläre Ausbildung zu machen. Dieser Personenkreis ist deutlich öfter von Diskriminierung betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Projektziel ist es, Barrieren abzubauen und sowohl die Teilhabe als auch die Selbstbestimmung von Förderschüler*innen in der Ausbildung und Arbeitswelt zu unterstützen. Hierfür sollen Projekttage an Förderschulen angeboten werden. Der Projekttag soll Förderschüler*innen dazu ermutigen, sich reguläre Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze oder Studiengänge zuzutrauen. Dabei sollen ihre Rechte, Unterstützungsangebote und Mitbestimmungsmöglichkeiten klar kommuniziert werden.

Durch das vorzeitige Ende der 2021 gewählten Ampelregierung wurde die Neuwahl des Bundestages um etwas mehr als ein halbes Jahr nach vorn verlegt. Die damit einhergehende Kurzfristigkeit war auch für die DGB-Jugend eine Herausforderung. Dennoch konnte die DGB-Jugend Bund wieder eine bundesweit einheitliche Kampagne entwickeln und den Bezirksjungen zur Verfügung stellen. Unter dem Motto „Heut Wähl doch!“ werden Forderungen nach Abschaffung der Schuldenbremse, einer gerechten Transformation der Wirtschaft, bezahlbarem Wohnen und bezahlbarer Mobilität für junge Menschen, der Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung, dem Ausbau der Schutzrechte für dual Studierende und einer Novelle des BAföG aufgerufen. In Sachsen fanden im Rahmen der Kampagne dezentrale Aktionen durch die Stadtjugendausschüsse und Hochschulgruppen statt. Außerdem gab es eine „Winterlandtour“ gemeinsam mit den Jusos, der Grünen Jugend und der Linksjugend in drei Landkreisen, um auch mit jungen Menschen außerhalb der Großstädte ins Gespräch kommen. Darüber hinaus wurden die Kampagne und ihre Forderungen über die sozialen Netzwerke durch die DGB-Jugend Sachsen verbreitet.



QR-Code zum Instagramprofil der DGB-Jugend Sachsen

Öffentlichkeitsarbeit

Die DGB-Jugend Sachsen ist von 2022 bis 2024 auf Facebook, Twitter und Instagram aktiv gewesen. Zwischendurch gab es ein kurzes Intermezzo auf Bluesky. Der Schwerpunkt hat sich über die Jahre verlagert. Hat zu Beginn Facebook die größte Rolle in den Social-Media-Aktivitäten gespielt, hat sich der Schwerpunkt über die Zeit immer stärker zu Instagram verlagert. Die Aktivitäten auf Twitter dienten nur dazu, politische Entscheider*innen und sächsische Journalist*innen besser zu erreichen. Mit Beginn des Jahres 2025 haben wir die Profile auf Facebook und Twitter abgestellt und sind aktuell nur auf Instagram unterwegs. Inzwischen nutzen wir die Plattform intensiv und vielfältig. Über die Storys versuchen wir einen Einblick in unseren Arbeitsalltag zu geben und teilen Fotos von unseren Veranstaltungen und Aktionen sowie von Terminen, zu denen wir als DGB-Jugend eingeladen sind. Mit den Beiträgen bewerben wir unsere Angebote und teilen unsere Positionierungen zu den relevanten politischen Themen. Zunehmend setzen wir auf Reels, um unsere Forderungen und Kampagnen zu verbreiten. Mit den verstärkten Aktivitäten konnten wir auch mehr Menschen erreichen. Aktuell hat unser Account gut 1.300 Follower*innen.

Neben den Social-Media-Aktivitäten ist unsere Homepage ein zentrales Element für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem überarbeiteten Design, das am 1. Juli 2024 online geschaltet wurde, ist sie nun sehr ansprechend gestaltet. Neben der Darstellung unserer Arbeit und unserer Strukturen finden sich auf der Homepage auch alle aktuellen Veröffentlichungen. Sie ist ebenfalls die Plattform für unsere politischen Kampagnen, über die Informationen und Materialien digital verteilt werden.

Bei größeren Themen macht die DGB-Jugend Sachsen regelmäßig Pressearbeit und kann dabei gute Erfolge erzielen. Insbesondere die Pressekonferenzen zur Veröffentlichung der Ausbildungsreporte bei der

Landespresso-Konferenz in Dresden funktionieren sehr gut. Dort waren jedes Mal mehrere Printmedien, Radiosender sowie der MDR-Sachsenspiegel dabei und haben im Anschluss medial berichtet. Darüber hinaus waren es in der jüngeren Vergangenheit vor allem Themen wie unsere Umfrage zum Jungen Wohnen, die Gesetzesnovelle für das Duale Studium oder unsere Forderungen zur Landtagswahl, mit denen wir Pressearbeit gemacht haben und die häufig auch in unterschiedlichen Medien aufgegriffen wurden. Hier gilt der Dank vor allem auch der Pressestelle des DGB Sachsen, mit der wir eng kooperieren und von der wir viel Unterstützung erfahren.

Netzwerkarbeit

Die DGB-Jugend Sachsen ist intensiv in bundesweite, landesweite und lokale Netzwerke eingebunden. Auf Bundesebene besteht eine enge Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend-Bund, u.a. durch regelmäßige Videokonferenzen, Präsenztreffen und die Mitarbeit in verschiedenen Koordinierungs- und Arbeitskreisen (z.B. zu Studierenden-, Berufsschul- und Bildungsarbeit). Im Kinder- und Jugendring Sachsen (KJRS) stellt die DGB-Jugend mit Vincent Seeberger den Vorsitz und arbeitet so eng mit anderen Trägern der Jugendarbeit zusammen. Im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) sind wir über den Vorstand ebenfalls eng eingebunden und unterstützen Bildungsarbeit gegen Rassismus.

In landespolitischen Gremien wie dem Landesausschuss für Berufsbildung und dem Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz bringen wir die Perspektiven junger Menschen, insbesondere Auszubildender, aktiv ein. Themen sind u.a. Ausbildungsqualität, Mobilität und Gesundheitsschutz. Zudem bestehen enge Kooperationen mit Studierendenvertretungen, sowohl lokal als auch mit der Konferenz Sächsischer Studierendschaften (KSS), insbesondere zu Themen wie dem Hochschulgesetz und dem TVStud.

Darüber hinaus engagieren wir uns in zahlreichen weiteren Gremien, Bündnissen und Stadtjugendringen sowie in kommunalen Ausschüssen und lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der Jugendarbeit.

Die Abteilung Jugend

Die Abteilung Jugend beim DGB Sachsen ist nach vielen personellen Wechseln in den Jahren 2021/2022 inzwischen sehr stabil und kann kontinuierlich arbeiten. Im Laufe des Jahres 2021 ist Marlen Schröder als Bezirksjugendsekretärin in Elternzeit gegangen. Sie wurde kurzzeitig von Paul Fietz vertreten, bis Vincent Seeberger im Juni 2021 die Elternzeitvertretung von Marlen übernommen hat. Seit Jahresbeginn 2023 ist Vincent regulär Bezirksjugendsekretär. Bei den Jugendbildungsreferent*innen hat Paul Fietz die DGB-Jugend Sachsen Ende 2021 verlassen. Zum 1. Januar 2022 haben Magdalena Mayer und Katharina Dittrich als Jugendbildungsreferentinnen bei der DGB-Jugend Sachsen begonnen. Das wurde auch dadurch möglich, weil wir über die Landesjugendhilfeförderung eine zusätzliche halbe Stelle gefördert bekommen haben. Das Pilotprojekt Studierendenarbeit, gefördert durch die DGB-Jugend Bund, wurde bis zum Sommer 2021 durch Vincent Seeberger besetzt. Es übernahmen Lutz Thies und Miriam Renkert, die das Projekt bis Sommer 2022 geleitet haben. Seitdem ist Felix Fink als Projektsekretär der DGB-Jugend Sachsen für die Studierendenarbeit zuständig. Die bezirkliche halbe Stelle für Studierendenarbeit wurden 2021 durch Lutz Thies begleitet. Nach seinem Wechsel ins Pilotprojekt hat Beate Krämer die Stelle bis zu ihrem Auslaufen Ende 2022 übernommen. Leider ist es nicht gelungen, eine Folgefinanzierung für das bezirkliche Projekt zu organisieren.

Darüber hinaus ist die DGB-Jugend Sachsen kontinuierlich Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr Politik. Seit 2021 haben darüber Lara Schwäger, Meike Schönhof, Franz Reuter und Lukas Uhlemann ein FSJ absolviert. Aktuell ist Alexx Sylvester FSJler bei der DGB-Jugend Sachsen.

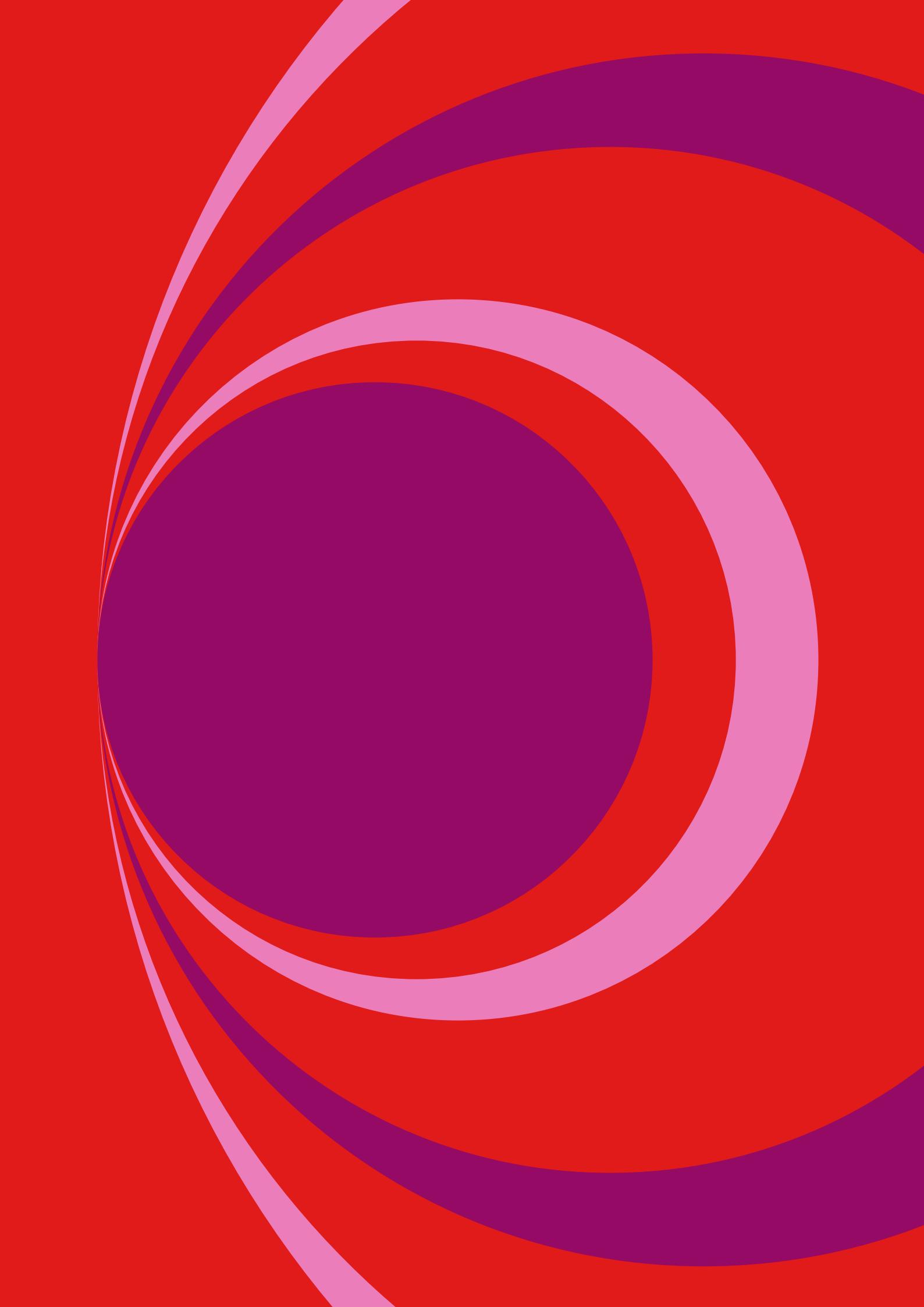
Insgesamt arbeitet die aktuelle Abteilung Jugend intensiv und eng zusammen. Die Arbeit ist dabei thematisch und regional aufgeteilt. Vincent Seeberger verantwortet die Abteilungsleitung mit den Schwerpunkten Finanzen/Fördermittel, Personal, Lobby-, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sowie die Betreuung des Bezirksjugendausschusses und die regionalen Jugendarbeit in Chemnitz und Ostsachsen.

Magdalena Mayer betreut die Berufsschularbeit mit dem Projekttag Demokratie und Mitbestimmung und demehrenamtlichen Team sowie den Stadtjugendausschuss Leipzig. Katharina Dittrich ist für die Bildungsprogrammarbeit, die Internationale Arbeit und die lokale Jugendarbeit in Dresden mit dem Stadtjugendausschuss und der Hochschulgruppe zuständig. Die Studierendenarbeit mit Beratung und Campusteam sowie die Betreuung der Hochschulgruppe Leipzig liegt bei Felix Fink. Die Abstimmung und Zusammenarbeit findet vor allem in wöchentlichen Bürobesprechungen, regelmäßigen Abteilungsklausuren und auf bilateraler Ebene statt.

Die Arbeit der DGB-Jugend Sachsen basiert zu großen Teilen auf Fördermitteln aus der Jugendhilfe. Basis ist die KSV-Förderung über die überörtliche Jugendarbeit des Freistaates Sachsen. Darüber werden 1,5 Stellen für Jugendbildungsreferent*innen sowie der PDM und die Seminare des Bildungsprogramms gefördert. Außerdem werden regelmäßig Veranstaltungen der Mitgliedsgewerkschaftsjugend über das Programm gefördert. Kommunal konnten wir unsere Förderungen ausbauen und werden in Chemnitz, Dresden und Leipzig für unsere Arbeit gefördert. Darüber hinaus werden wir von der DGB-Jugend Bund mit Fördermitteln für den PDM, den Israel-Austausch, die Jugendverbandsarbeit auf sächsischer Ebene und die Studierendenarbeit unterstützt.



Die Abteilung Jugend im Feierabend bei der Jubi-Orga-Tagung am 24. Januar 2024 in Hattingen





VIII. ÖFFENTLICHER DIENST UND BEAMTENPOLITIK

ÖFFENTLICHER DIENST UND BEAMTENPOLITIK

Politische Lage Sachsen

Gleich am Anfang des Berichtszeitraumes musste nach mehreren Skandalen der sächsische Innenminister Prof. Roland Wöller (CDU) gehen und es kam mit Armin Schuster (CDU) ein neuer Minister ins Amt. Hier wurden neue Kontakte geknüpft. Aber auch mit dem Finanzminister – der für die Besoldung zuständig ist – waren wir immer wieder im Gespräch und manchmal im Streit, da trotz aller Versuche aus dem SMF nach unserer Auffassung nach wie vor keine verfassungsgemäße Alimentation der Beamt*innen erfolgt. Um das auch juristisch zu klären, wurde Rechtsanwalt Neie aus Leipzig mit einem Gutachten betraut: „Gutachten zur Vereinbarkeit des Gesetzentwurfes der Staatsregierung für ein Viertes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (LT-Drs. 7/11452) mit Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz (GG)“. Im März 2023 lag es vor. Er kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- Der Gesetzentwurf der Staatsregierung wird den prozeduralen Anforderungen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei der Auswahl des Ansatzes zur Herstellung einer mit Art. 33 Abs. 5 GG zu vereinbarenden Alimentation nicht gerecht.
- Die Streichung der Besoldungsgruppe A4 mit dem Ziel, den Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau herzustellen, ist mit Art. 33 Abs. 5 GG nicht vereinbar.
- Der sich am Maßstab evidenter Sachwidrigkeit orientierende Gesetzentwurf blendet die Bedeutung des Berufsbeamtentums aus und verkennt den dem Gesetzgeber obliegenden Gestaltungsspielraum.

Das heißt, auch mit diesem Gesetz, wo versucht wurde, die Nachteile in der Besoldung der letzten Jahre durch verschiedenste Stellschrauben auszugleichen und an die Rechtsprechung des BVerfG zum Abstandsgebot anzugeleichen, ist es nicht gelungen, Rechtssicherheit herzustellen, und es hat nur ein kleiner Teil der Beamten wirklich finanziell profitieren können.

Neben der Besoldung und diversen Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben waren wir auch bei anderen Themen proaktiv unterwegs. So forderte der DGB Sachsen u.a. eine höhere Kilometerpauschale sowie eine Verlängerung der Homeoffice-Regelung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Denn die Kilometerpauschale ist zu niedrig, um die Kosten für die Nutzung von privaten Fahrzeugen für dienstliche Fahrten abzudecken; die Beschäftigten müssen erheblich draufzahlen. Weiter unterstützte der DGB die Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte, die Regelungen für das Homeoffice bis mindestens 31. Dezember 2022 in allen Bereichen des Landesdienstes zu verlängern.

Die Abteilung ÖD/Beamtenpolitik ist dem DGB-Bezirksvorsitzenden Markus Schlimbach zugeordnet. Abteilungsleiter ist Matthias Klemm. Krankheitsvertretung von September 2024 bis Dezember 2025 war Daniel Merbitz. Im Jahr 2022 wurden wir auch projektbezogen von Klaus Tischendorf unterstützt.

Aktivitäten auf Landesebene

Im Folgenden wird der Fokus auf einige wenige Themen gerichtet, da im Bericht nicht jede neue Verordnung und Richtlinie genannt werden kann, zu der wir eine Stellungnahme abgegeben haben.

Pauschale Beihilfe

Sachsen führt als siebtes Bundesland die pauschale Beihilfe ein. Das entsprechende Gesetz hat der Sächsische Landtag am 5. Juli 2023 beschlossen. Aufgrund des neuen § 80a SächsBG können freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder vollständig in einer privaten Krankenvollversicherung

versicherte Beihilfeberechtigte ab dem 1. Januar 2024 anstatt der individuellen Beihilfe, bei der jeweils ein Teil der tatsächlichen Aufwendungen erstattet wird, eine pauschale Beihilfe wählen. Die pauschale Beihilfe beträgt grundsätzlich die Hälfte der anfallenden Kosten einer notwendigen Krankenvollversicherung, unabhängig davon, ob gesetzlicher oder privater Krankenversicherungsschutz besteht.

Bis dahin mussten Beamtinnen und Beamte in Sachsen, wenn sie in der GKV versichert sind, den kompletten Mitgliedsbeitrag in voller Höhe selbst zahlen (das entspricht dem Arbeitnehmeranteil plus dem Arbeitgeberanteil). Da das aber in der Regel finanziell sehr unattraktiv war, entschieden sich die meisten Beamtinnen und Beamte zwangsläufig für die Mitgliedschaft in der PKV.

Der DGB Sachsen begrüßt die Einführung der pauschalen Beihilfe in Sachsen. Es ist ein großer Erfolg unserer jahrelangen Bemühungen, dass junge Beamtinnen und Beamte in Sachsen die echte Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung bekommen. Viele junge Menschen, die Beamte werden, wollen nicht zwangsweise in die private Krankenversicherung wechseln. Gerade weil unsere Nachbarländer Thüringen und Brandenburg die pauschale Beihilfe schon haben, gab es immer wieder junge Menschen, die deshalb nicht nach Sachsen gekommen sind. Mit der pauschalen Beihilfe wird die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Sachsen deutlich verbessert – gerade auch für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, Personen mit vielen Kindern oder mit Vorerkrankungen und Beamtinnen und Beamte, die aus grundsätzlicher Überzeugung in der gesetzlichen Krankenversicherung sein wollen.

Notfallsanitäterzulage

Beamtinnen und Beamte der Fachrichtung Feuerwehr, denen es erlaubt ist, die Berufsbezeichnung „Notfallsanitäterin“ oder „Notfallsanitäter“ zu führen und die als solche im rettungsdienstlichen Notfalleinsatz verwendet werden, erhalten eine Zulage. Die Zulage wurde im Juni 2024 vom Landtag von 3 Euro auf 4 Euro erhöht. Damit wurde eine langjährige Forderung des DGB erfüllt.

Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2024

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl im Freistaat Sachsen im Jahr 2024 hat die Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik beim DGB Sachsen Anforderungen für das künftige Regierungsprogramm formuliert. Diese Anforderungen wurden mit der Bezirkskommission der Beamtinnen und Beamten (BzKBB) abgestimmt und es wurden auch Formulierungsvorschläge für den Koalitionsvertrag zugearbeitet. Wir haben uns dabei auf fünf zentrale Forderungen konzentriert:

■ 1. Verhandeln statt Verordnen

(→ Kernforderung: Stärkung und Ausweitung der Beteiligung in beamtenrechtlichen Angelegenheiten)

Der DGB Sachsen fordert ein echtes Verhandlungsverfahren, bevor Änderungen beamtenrechtlicher Regelungen durch Gesetz, Verordnung oder Erlass in Kraft gesetzt werden.

■ 2. Besoldungsstrukturreform 2025

(→ Kernforderung: Eine moderne und zukunftsweisende Besoldungsstruktur entwickeln)

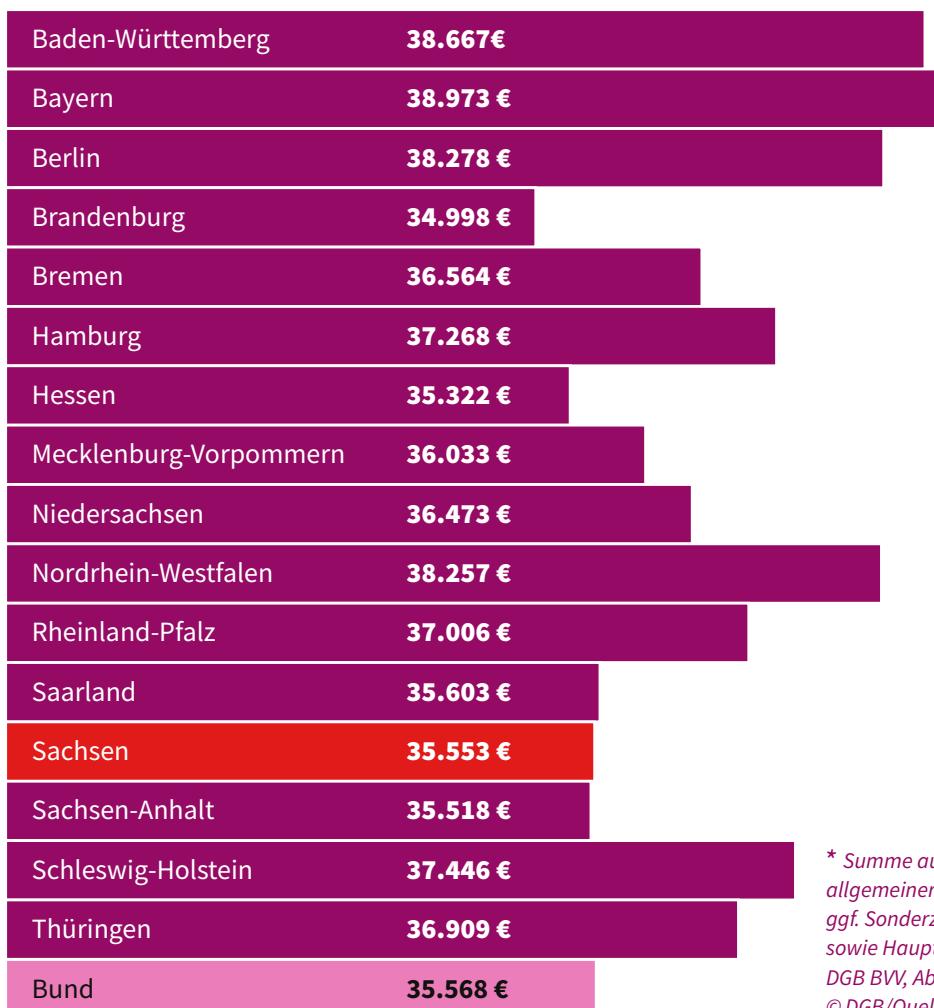
Im Wege eines einstimmig angenommenen Entschließungsantrags des Landtags wurde die Staatsregierung am 5. Juli 2023 aufgefordert, bis spätestens 30. Juni 2025 einen Vorschlag zur grundlegenden Reform des Besoldungssystems vorzulegen und dabei die Gewerkschaften, Berufsverbände und die kommunale Ebene einzubeziehen. Zu den vielen Unwuchten im sächsischen Besoldungssystem gehört u.a. dieschlechtere Bezahlung von jungen Beamt*innen im Bundesvergleich. Weiterhin wurde unsererseits auch die Forderung nach Ruhegehaltfähigkeit und Dynamisierung der Polizei- und Feuerwehrzulage erhoben.

■ 3. Novellierung Personalvertretungsgesetz

(→ Kernforderung: Mitbestimmung muss weiter ausgebaut werden)

Die jüngste Novellierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes brachte zwar Verbesserungen, dennoch bleiben zahlreiche offene Baustellen. Insgesamt muss die Mitbestimmung für Personalräte ausgebaut werden. Im Hinblick auf den Bund und andere Bundesländer besteht da in Sachsen noch Nachholbedarf. Eine bessere Mitbestimmung würde auch die öffentliche Verwaltung in Sachsen stärker machen. Der DGB fordert u.a. ein Teilnahmerecht

A7-Jahresbruttobesoldung 2025 Eingangsstufe*



* Summe aus jährlichem Grundgehalt Eingangsstufe, allgemeiner Stellenzulage/Strukturzulage, ggf. Sonderzahlung, Angleichungszulage in Hamburg sowie Hauptstadtzulage; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; Stand 1. Januar 2025;
© DGB/Quelle: DGB, CC BY-ND 4.0

von PR-Mitgliedern bei Prüfungen und einen Ausbau der Mitbestimmung für studentisch Beschäftigte sowie für Referendarinnen und Referendare im Lehramt.

■ 4. Verbesserungen beim Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder [TV-L]

(→ Kernforderung: Die Staatsregierung muss sich bei der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder für eine Verbesserung der Tarifregelungen einsetzen)

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) regelt die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Tarifbeschäftigen auch im Freistaat Sachsen. Der DGB fordert von der Vertretung des Freistaates Sachsen in der TdL, bei Absprachen und Abstimmungen für nachfolgende Veränderungen einzutreten:

- Einführung einer stufengleichen Höhergruppierung entsprechend der Regelung im TVöD
- Verbesserungen bei der Eingruppierung

- Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen
- Weiterentwicklung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte (TV Stud)

■ 5. Beamtenversorgung

(→ Kernforderung: Bildung eines Beirats zur Beamtenversorgung mit beratender Stimme für DGB)

Der DGB geht davon aus, dass der Generationenfonds des Freistaates Sachsen einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein zur Sicherung der Beamtenversorgung darstellt. Die Höhe der Vorsorgebeträge und die Nutzung der im Fonds gebundenen Mittel ist darüber hinaus eine Frage der Generationengerechtigkeit. Sie berührt daher in besonderer Weise die Belange der aktiven und pensionierten Beamtinnen und Beamten. Der DGB fordert deshalb die Bildung eines Beirats mit beratender Funktion, in welchem der DGB mit Sitz und beratender Stimme vertreten ist.

Freistaat Sachsen plant Besoldungsstrukturreform

Zu den vielen Unwuchten im sächsischen Besoldungssystem gehört u.a. die schlechtere Bezahlung von jungen Beamten*innen im Bundesvergleich, wie auch jüngst der DGB-Besoldungsreport 2025 gezeigt hat (siehe Grafik am Beispiel der Besoldungsgruppe A7). Dervom Bundesverfassungsgericht geforderte Mindestabstand zur Grundsicherung ist akut gefährdet, auch weil die sächsische Besoldung gerade in der Eingangsstufe im Ländervergleich ziemlich schlecht dasteht.

Dies hat auch der Landtag erkannt. Er hat die Staatsregierung aufgefordert, einen Vorschlag zur grundlegenden Reform des Besoldungssystems vorzulegen. Die Berufsverbände und Gewerkschaften wurden daraufhin vom SMF aufgefordert, Vorschläge für eine Reform des Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilfrechts einzureichen. Der DGB Sachsen hat sich im Januar 2024 dazu detailliert geäußert.

Kurz nach den Landtagswahlen in Sachsen gab es dann eine erste „Wasserstandsmeldung“ aus dem Finanzministerium.

In einem Bericht vom 5. September 2024 an den Landtag wurden u.a. folgende Themen umrissen:

- Überarbeitung der Grundgehaltstabellen A und R (Eingangsstufen, Abstände zwischen den Besoldungsgruppen)
- Überarbeitung des gesamten Zulagenkatalogs sowie der Erschweriszulagen- und Mehrarbeitsvergütung
- Verbesserungen bei den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen
- Vereinfachung der Regelungen zu den kinder- und pflegebezogenen Zuschlägen, Verbesserungen in der Dienstunfallfürsorge
- Streichung der Absenkung der Besoldung wegen Beibehaltung des Buß- und Bettages als Feiertag in Sachsen
- Schaffung eines modernen Hinterbliebenenbegriffs.

Seitens des DGB Sachsen wird zusätzlich gefordert, die Besoldung nicht nur an das Amt im statusrechtlichen Sinne anzuknüpfen, sondern auch an die tatsächlich auszuübende Funktion (Dienstposten). In der DGB Bezirkskommission Beamten und Beamte im Januar 2025 wurde verabredet, dass das Besoldungssystem in die Richtung einer „Tarifautomatik“ fortzuentwickeln sei, um den künstlich niedrig gehaltenen Dienstpostenbewertungen einen Riegel vorzuschieben.

Beamtenversorgung mit Transparenz-Beirat

Der Generationenfonds des Freistaates Sachsen ist ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein zur Sicherung der Beamtenversorgung und in der sächsischen Verfassung verankert und geschützt. Hier wird Geld angespart, welches später für die Pensionen der Beamten und Beamten gezahlt wird. Das System der Beamtenpensionen funktioniert nicht wie die gesetzliche Rentenversicherung. Im aktiven Arbeitsleben werden keine Beiträge gezahlt, sondern der Dienstherr muss Vorsorge treffen. Einige Bundesländer zahlen die Pensionen aus dem laufenden Haushalt, andere Bundesländer (wie Sachsen) bauen einen Fonds auf. In Sachsen beläuft sich das „Vermögen“ des Fonds bereits auf 11 Milliarden Euro. Der DGB Sachsen ist klar gegen einen Eingriff in den Bestand des für die Pensionslasten angelegten Generationenfonds.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD wurde jetzt eine reduzierte Zuführung zum Generationenfonds vereinbart. Die Pensionen werden nicht gekürzt, denn die Auszahlung von Pensionen der Beamten und Beamten ist verfassungsrechtlich als hergebrachter Grundsatz geschützt. Aus Transparenzgründen fordert der DGB Sachsen die Bildung eines Beirats, in welchem der DGB mit Sitz und beratender Stimme vertreten ist, ähnlich wie auf Bundesebene. Dazu muss das Sächsische Generationenfondsgesetz geändert werden. Bisher gibt es keine ausreichende Transparenz darüber, was mit den Geldern aus dem Generationenfonds passiert.

Amtsangemessene Alimentation

Der DGB Sachsen und die Einzelgewerkschaften im öD fordern jährlich die Staatsregierung auf, die Rechtsprechung zur Alimentation umzusetzen und damit eine verfassungskonforme Besoldung sicherzustellen.

Der DGB Sachsen hat regelmäßig allen verbeamteten Kolleginnen und Kollegen empfohlen, Widerspruch gegen ihre Besoldung einzulegen aufgrund einer möglichen Verletzung des Abstandsgesetzes zur Grundsicherung sowie einer möglicherweise nicht verfassungsgemäßen Höhe der Besoldung (Verstoß gegen den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation).

Der Widerspruch bezieht sich auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 4. Mai 2020 (Az. 2 BvL 4/18 und 2 BvL 6/17 u.a.).

Weiterhin hat der DGB Sachsen den Dienstherrn aufgefordert, den Verzicht auf die Einrede der Verjährung zu erklären und das Verfahren bis zur höchstrichterlichen Entscheidung ruhend zu stellen. Das SMF hat im April 2025 erklärt, keine offenen Widersprüche zu bescheiden und keine Einrede der Verjährung zu erheben, auch nicht für ältere, offene Widerspruchsverfahren. Hintergrund ist auch, dass beim Bundesverfassungsgericht rund 50 Normenkontrollverfahren zur amtsangemessenen Besoldung anhängig sind, darunter drei aus Sachsen.

Bezirkskommission der Beamten und Beamten (BzKBB)

Nach jeder Bezirkskonferenz ist die Bezirkskommission der Beamten und Beamten neu zu berufen. In den Jahren 2022 bis 2024 fanden in der Regel zwei Beratungen pro Jahr statt. Ab dem Sommer 2024 finden die Sitzungen im Monatsrhythmus per Videokonferenz statt.

Die Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik erstellt in Abstimmung und mit Unterstützung der BzKBB Stellungnahmen und beteiligt sich an Anhörungen zu neuen Gesetzen und Verordnungen im Bereich des Beamtenrechts: von der Besoldung bis zur Heilfürsorge.

Mehrmals im Jahr erscheint ein Flugblatt „Beamtenpolitik aktuell“ und informiert über interessante Entwicklungen: von Alimentation bis Versorgung.



Erste Seite eines „Beamtenpolitik aktuell“

Wir danken hiermit den engagierten Mitgliedern der BzKBB für ihre tatkräftige und kompetente Unterstützung gerade auch in Zeiten, wo die kontinuierliche Bearbeitung der relevanten Themen der Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik, bedingt durch die Erkrankung des Stelleninhabers, eine Herausforderung war.

Novellierung Personalvertretungsrecht

Nach der Teilvernovellierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes (SächsPersVG) im Sommer 2024 wurde eine neue DGB-Broschüre für die Personalratsgremien mit einem einführenden Kommentar erstellt.



Cover der DGB-Broschüre „SächsPersVG“

Vorausgegangen war der Novellierung ein mehrjähriger intensiver Arbeitsprozess innerhalb der öD-Gewerkschaften im DGB Sachsen. Punkt für Punkt sind wir die Paragraphen durchgegangen und haben sie auf ihre Tauglichkeit für die Arbeit der Personalräte*innen untersucht. Anschließend haben wir unsere Änderungsvorschläge veröffentlicht und der Politik zur Verfügung gestellt. Es folgten ein Referentenentwurf aus dem SMI und ein Regierungsentwurf im Mai 2023, eine Verbände-Anhörung, ein Gespräch beim Minister wegen fehlender Beteiligung der Gewerkschaften im Vorfeld (wie im Koalitionsvertrag versprochen), eine Landtagsanhörung im März 2024 etc. pp. Bezogen auf diesen ganzen Aufwand waren die letztendlichen Änderungen eher marginaler Natur. Zu den Erfolgen zählt die Vertretung für besondere Gruppen: So wurde unser Vorschlag zur Einsetzung von Referendariatsvertretungen im Justizbereich in den Gesetzentwurf übernommen. Die Forderung, auch für Referendare im Schulbereich und für studentische Beschäftigte an Hochschulen eigenständige Personalvertretungen einzurichten, wurde jedoch abgebügelt. Verbesserungen wurden hingegen erreicht bspw. im Bereich der Personalratsarbeit (Ermöglichung von Videokonferenzen), für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und insgesamt etwas mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Weitere Aufgaben auf Landesebene

Zu den Tätigkeiten der Abteilung gehört auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Koordinierung bei Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst (TVöD und TV-L). Denn hinterher geht es auch immer um die „zeit- und wirkungsgleiche“ Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung.



TVöD-Demonstration am 7. März 2025 in Dresden



Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg

Aktivitäten auf Bundesebene

Die Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik beim DGB-Bundesvorstand koordiniert die Arbeit der Gewerkschaften und der Bezirke. Sie lädt regelmäßig ein zur Bundesbeamtenkommission sowie zu den monatlichen Videokonferenzen/Treffen der Abteilungsleiter*innen der DGB-Bezirke. Sie gibt jedes Jahr einen Personalreport und einen Besoldungsreport heraus und organisiert zusammen mit dem DGB-Bildungswerk das „Schöneberger Forum“.

Ein Schwerpunktthema war die DGB-Initiative: „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch.“ Auch in Sachsen fanden dazu Veranstaltungen statt. Transparente an den Gewerkschaftshäusern in Bautzen, Dresden, Leipzig und Zwickau trugen das Thema der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Sektors in die Öffentlichkeit.

Auch das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen das Streikverbot von Beamt*innen in Deutschland stand im Fokus der Arbeit der Bundeskommission. Dieses Verfahren wurde von GEW, DGB und vom DGB-Rechtschutz begleitet und unterstützt. Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem Urteil vom 12. Juni 2018 das Streikverbot bestätigt und die Beschwerde der GEW zurückgewiesen. Der EGMR bestätigte am 14. Dezember 2023 das Streikverbot für Beamt*innen in Deutschland. Fazit: Immerhin enthält das Urteil Ansätze, die Beteiligungsrechte der Beamt*innen zu stärken und das Beamtenrecht fortzuentwickeln. Dafür wird sich der DGB auch weiterhin einsetzen.

Chronologie

2022

Juni: DGB Sachsen fordert mehr Prävention der Arbeitgeber zum Schutz von Beschäftigten vor Gewalt. (PM)

September: DGB Sachsen fordert die Koalition auf, die Ungerechtigkeit bei der Krankenversicherung von Beamten und Beamten in Sachsen zu beenden. Echte Wahlfreiheit jetzt! (PM)

September: DGB Sachsen fordert die Koalition auf, ein Entlastungspaket für Bürger*innen und Unternehmen vorlegen. Pensionierte Beamten und Beamte dürfen in Sachsen nicht leer ausgehen! (PM)

Dezember: DGB Sachsen ruft alle Beamten und Beamte in Sachsen zum Widerspruch gegen ihre Besoldung wegen vermuteter nicht-verfassungskonformer Alimentation auf. (PM)

Dezember: Die Beamtengewerkschaften im DGB Sachsen fordern die Koalitionsfraktionen im Sächsischen Landtag auf, bei den anstehenden Haushalt-Landtagssitzungen die Übertragung des Tarifergebnisses (TV-L) auf die Besoldung zu beschließen. (PM)

2023

März: DGB Sachsen fordert umfassende Besoldungsreform statt Minimallösung. (PM)

April: DGB-Besoldungsreport zeigt deutliche Defizite in Sachsen für die Nachwuchsgewinnung. (PM)

Mai: Kindergrundsicherung muss kommen: Mehr als jedes fünfte Kind unter 18 Jahren in Sachsen würden profitieren. (PM)

Juni: DGB Sachsen kritisiert: Kosmetik reicht beim Personalvertretungsgesetz nicht. (PM)

Juli: Gute Nachricht für Beamten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Landtag schafft Benachteiligung ab. Die Pauschale Beihilfe kommt. (PM)



ÖD-Konferenz am 29. August 2023 in Bobritzsch

29. August: Treffen der Personalräte des SMJusDEG in der Ausbildungsstätte der Justiz Bobritzsch; Podiumsdiskussion u. a. mit Markus Schlimbach

1. September: Gespräch mit Innenminister Schuster zu Novellierung SächsPersVG

28. September: Teilnahme an der 3. Sächsischen Betriebs- und Personalrätekonferenz des SMWA „Wie können Betriebs- und Personalräte die Transformation der Arbeitswelt erfolgreich mitgestalten?“

23. November: Teilnahme an 2. Konferenz der Hauptpersonalräte in Meißen unter dem Titel „Der Dienst beim Freistaat Sachsen im Höhen-, Gleit- oder Sinkflug?“ mit Andreas Spieker (AG HPR) und Markus Schlimbach (DGB)



HPR-Konferenz am 23. November 2023 in Meißen

Dezember: DGB Sachsen ruft alle Beamtinnen und Beamtene in Sachsen zum Widerspruch gegen ihre Besoldung wegen vermuteter nicht-verfassungskonformer Alimentation auf. (PM)

Dezember: Am 6. Dezember finden landesweite Streiks der Gewerkschaften der Landesbeschäftigte in Sachsen statt. Der DGB ruft mit den Gewerkschaften zur Kundgebung vor dem Sächsischen Finanzministerium in Dresden auf, um die Forderungen im Tarifkonflikt TV-L zu unterstützen. (PM)

2024

Juni: DGB Sachsen zur Novellierung des Personalvertretungsrechts: Modernisierung der Mitbestimmung – aber es bleibt noch Verbesserungsbedarf. (PM)

Dezember: Der DGB Sachsen empfiehlt allen (auf Probe bzw. auf Lebenszeit) verbeamteten Kolleginnen und Kollegen bis Ende Dezember 2024 Widerspruch gegen ihre Besoldung für das Jahr 2024 einzulegen, dies wegen möglicher Verletzung des Abstandsgebots zur Grundsicherung sowie einer möglicherweise nicht verfassungsgemäßen Höhe der Besoldung (Verstoß gegen den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation).

2025

Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen und die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben sich am 27. März 2025 über die eingelegten Widersprüche zur amtsangemessenen Alimentation und das weitere Verfahren bei der geplanten Besoldungsstrukturreform ausgetauscht. (#aktuell)

23. Juni: Zum heutigen Tag des öffentlichen Dienstes verurteilt der DGB Sachsen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und fordert Arbeitgeber, Politik und Gesellschaft zum Handeln auf. „Zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst stoppen!“ (PM)

24. Juni: DGB Sachsen zum Bürokratieabbau: Aktionismus verdeckt grundlegende Probleme. Bürokratieabbau darf nicht zum Abbau von Arbeits- und Sozialstandards im Öffentlichen Dienst führen. (PM)



Warnstreik im Öffentlichen Dienst am 13. März 2025 in Leipzig





IX. EUROPÄISCHE REGIONALPOLITIK UND INTERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT

EUROPÄISCHE REGIONALPOLITIK UND INTERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Der DGB Sachsen setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene für ein sozialeres Europa mit guten Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für starke Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte ein. Dabei arbeitet er eng mit den Partnergewerkschaften in Polen und Tschechien, mit dem DGB-Bundesvorstand, mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und den Interregionalen Gewerkschaftsräten (IGR) zusammen.

Gute Arbeit? Besser mit Europa!

Die Kampagne zur Europawahl 2024 stand bundesweit unter dem Motto „Besser mit Europa“. Mit Informationsmaterialien und Social-Media-Aktivitäten wurde die Europawahl vom DGB und den Mitgliedsgewerkschaften begleitet.

In Sachsen wurden von den DGB-Regionen und DGB-Stadt- und Kreisverbänden zahlreiche Aktionen vor Ort organisiert. Darunter Pendleraktionen in Dresden und Pirna, eine Diskussionsrunde mit Kandidierenden und Betriebsräten am 1. Mai in Dresden, Betriebsbesuche mit Kandidierenden in Leipzig und im Landkreis Leipzig, ein Wahlspiel mit Kandidierenden in

Görlitz, eine Gesprächsrunde in Chemnitz und eine Demonstration anlässlich der Europawahl in Leipzig. Das Ziel des DGB Sachsen war der direkte Austausch zwischen den Kandidierenden und den Beschäftigten sowie ihren Interessenvertretungen in Sachsen. Auf den Social-Media-Kanälen des DGB Sachsen wurde zur Beteiligung an der Wahl aufgerufen. Dafür gab es auch eine Fotoaktion des DGB-Bezirksfrauenausschusses.



Fotoaktion der Gewerkschaftsfrauen zur Europawahl 2024



Diskussionsrunde am 1. Mai 2024 in Dresden

Der Wahlkampf war überschattet vom brutalen Angriff auf Matthias Ecke, MdEP, in Dresden. Am 5. Mai 2024 fand eine Solidaritätsdemonstration in Dresden statt, an der sich der DGB Sachsen beteiligte.



Präsidiumssitzung des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße am 14. September 2022 in Dresden

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dreiländereck

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 1993 für eine ausgewogene Entwicklung des Grenzraums und für gute Arbeits- und Lebensbedingungen im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien ein. Die Partnergewerkschaften DGB Sachsen, ČMKOS in Nordböhmen, NSZZ „Solidarność“ Region Jelenia Góra und OPZZ Niederschlesien, unterstützen sich gegenseitig bei der Durchsetzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten sowie der Mobilität von Beschäftigten unter fairen Bedingungen.

Der IGR Elbe-Neiße macht Lobbyarbeit für die Beschäftigten im Grenzraum, veranstaltet interregionale Aktionen und unterstützt die sektorale Zusammenarbeit der Mitgliedsgewerkschaften im Grenzraum.

Jährlich finden zwei Sitzungen des Präsidiums des IGR Elbe-Neiße statt, um sich über aktuelle Entwicklungen in den drei Ländern auszutauschen und Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Überfalls Russlands auf die Ukraine, steigende Verbraucherpreise und Energiepreise, die in allen drei Ländern die energieintensiven Unternehmen unter Druck setzen. Auch die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt und ihr Schutz vor Ausbeutung war wichtig.

Sektorale Austauschtreffen haben im Bereich Bildung und Post/DHL stattgefunden. Diese wurden von der FES unterstützt. Im Mittelpunkt des Vernetzungstreffens der Bildungsgewerkschaften GEW Sachsen und OPZZ am 18. und 19. April 2023 in Wrocław standen aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik in Polen und Sachsen, die Arbeitsbedingungen in den Schulen und Entlohnungsfragen. Ein Schwerpunkt bildete der Austausch über die Integration von Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine in den Schulen.

Im Mittelpunkt des Vernetzungstreffen von ver.di und der tschechischen Postgewerkschaft sowie Betriebsräten bei der Post und DHL am 25. und 26. September 2024 in Prag standen aktuelle Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern, Mitbestimmungsstrukturen und Instrumente in den beiden Ländern und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Mobilität von Beschäftigten. Sowohl in den Briefzentren als auch bei DHL sind in Sachsen viele Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Tschechien beschäftigt, die täglich über die Grenze pendeln. In Ottendorf-Okrilla bei Dresden findet eine enge Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte statt, um die Beschäftigten in ihrer Muttersprache zu beraten.



Vernetzungstreffen Post/DHL mit ver.di, tschechischer Postgewerkschaft und FES am 25./26. September 2024 in Prag

Mit der Böhmischi-Mährischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände ČMKOS gibt es sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene eine langjährige Zusammenarbeit.

Delegiertenkonferenz des IGR Elbe-Neiße

Am 2. Juni 2023 hat die Konferenz des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße in Wojanów (Polen) mit Delegierten der Gewerkschaften aus Sachsen, Nordböhmen und Niederschlesien, stattgefunden. Sie ist das höchste Gremium des IGR Elbe-Neiße.



*Delegiertenkonferenz des IGR Elbe-Neiße
am 2. Juni 2023 in Wojanów*

Neben dem Geschäftsbericht für die Jahre 2020 bis 2023 und der Wahl des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten, diskutierten und verabschiedeten die Delegierten einen gemeinsamen Aufruf des IGR Elbe-Neiße mit dem Titel „Offensive für Gute Arbeit und Zusammenhalt im Dreiländereck“.



*Gewähltes Präsidium des IGR Elbe-Neiße
am 2. Juni 2023 in Wojanów*

Markus Schlimbach, Vorsitzender des DGB Sachsen, wurde als Präsident des IGR Elbe-Neiße wiedergewählt. Als Präsidiumsmitglieder von deutscher Seite wurden Christoph Hahn, IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, und Ines Kuche, ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, gewählt.

30 Jahre IGR Elbe-Neiße

Am 3. Juni 2023 feierte der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße in Wojanów (Polen) mit zahlreichen Gästen, Weggefährten und Unterstützern sein 30-jähriges Bestehen.



*Festakt zum 30-jährigen Bestehen des IGR Elbe-Neiße
mit der FES am 3. Juni 2023 in Wojanów*

Die Festrede hielt der Vorsitzende der Böhmischi-Mährischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände (ČMKOS) Josef Středula, der den Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße als einen wesentlichen Akteur für ein soziales Europa und für starke Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte im Dreiländereck und in Europa würdigte.



*Solidaritätsaktion mit der ČMKOS
am 3. Juni 2023 in Wojanów*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen, Tschechien und Polen zeigten ihre Solidarität mit den Gewerkschaften in Tschechien. Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und Arbeitsstandards nehmen wir nicht hin.

Zusammenarbeit im EGB

Die 46 Interregionalen Gewerkschaftsräte in Europa arbeiten eng zusammen und sind Teil des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). In zwei Sitzungen pro Jahr stimmen sie ihre Positionen zu wichtigen Politikfeldern wie beispielsweise zur Kohäsionspolitik, zu Problemen bezüglich der Freizügigkeit von Beschäftigten und zur Durchsetzung der Gleichbehandlung von grenzüberschreitenden Beschäftigten ab. Gemeinsam mit dem EGB machen sie die besonderen Herausforderungen in den Grenzräumen transparent und machen Lobbyarbeit gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Beschäftigten in der EU.



Delegation der Interregionalen Gewerkschaftsräte beim EGB-Kongress im Mai 2023 in Berlin

Im Mai 2023 haben in Berlin der EGB-Kongress und die Feierlichkeiten des 50-jährigen Bestehens des EGB stattgefunden. Die Interregionalen Gewerkschaftsräte waren mit zehn Delegierten vertreten.

Grenzüberschreitende Mobilität unter fairen Bedingungen

Die grenzüberschreitende Mobilität der Beschäftigten im Dreiländereck hat sich den letzten Jahren vervielfacht. Am 30. September 2024 haben in Sachsen 15.825 Beschäftigte aus Tschechien und 29.936 Beschäftigte aus Polen gearbeitet. Davon mehr als 25.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in Sachen arbeiten und in der Regel täglich, mindestens aber wöchentlich an ihren Wohnort in den Nachbarländern zurückkehren. Hinzu kommen Beschäftigte aus Sachsen, die nach Tschechien oder Polen pendeln.

Darüber hinaus werden zahlreiche Beschäftigte beispielsweise in der Bauwirtschaft von ihren Arbeitgebern im Ausland nach Sachsen entsendet und insbesondere in der Landwirtschaft sind Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter aus dem Ausland tätig.

Wer seine Rechte kennt, kann sie einfordern

Ein wesentliches Handlungsfeld des DGB Sachsen ist die Durchsetzung des am Arbeitsort geltenden Arbeits- und Sozialrechts und die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Information und Beratung von Beschäftigten aus den Nachbarländern.

Der DGB Sachsen erstellt und veröffentlicht Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht in deutscher, tschechischer und polnischer Sprache. Diese werden fortlaufend aktualisiert und von den Gewerkschaften und Beratungsstellen vor Ort verteilt. Digital werden sie auf der dreisprachigen Informationsseite des DGB Sachsen <https://sachsen.dgb.de/cross-border-workers> veröffentlicht. Auf diese Seite wird auch von weiteren Akteuren wie Ministerien, Euroregionen und Beratungsstellen verwiesen.

Neben den allgemeinen Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht, werden themenspezifische Kurzinformationen in den drei Sprachen veröffentlicht. Dazu gehören z.B. Informationen zum gesetzlichen Mindestlohn und den Branchenmindestlöhnen in Deutschland.

Zu den Betriebsratswahlen 2022 wurden Informationsmaterialen in deutscher, tschechischer und polnischer Sprache über die Rolle von Betriebsräten in Deutschland erstellt und veröffentlicht. Ziel war und ist es, die Beschäftigten aus den Nachbarländern bestmöglich zu erreichen und zu beteiligen. Die Materialien wurden von den Gewerkschaften und Betriebsräten in Sachsen und auch bundesweit eingesetzt. Da sich die Mitbestimmung in Tschechien und Polen deutlich von der in Deutschland unterscheidet, sind diese Informationen auch weiterhin notwendig, um die Aufgaben von Betriebsräten transparent zu machen.

Informationen für Beschäftigte während der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen in Deutschland, Tschechien und Polen haben grenzüberschreitend Beschäftigte vor besondere Herausforderungen gestellt. Von Grenzschließungen über spezielle Testpflichten und Quarantäneregelungen bis hin zur Verweigerung von Leistungen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes sind vielfältige Probleme entstanden. Die Informationen der zuständigen Stellen für ausländische Beschäftigte waren unzureichend. Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die täglich über die Grenze pendeln, wurden in besonderem Maße diskriminiert.

Der DGB Sachsen hat die grenzüberschreitend Beschäftigten und die Gewerkschaften mit mehrsprachigen Informationen beispielsweise zu 3-G-Regelungen im Betrieb, Kurzarbeitergeld, Einreisebestimmungen und Testpflichten unterstützt. Die persönliche Beratung wurde von der Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen geleistet.

Gleichzeitig hat sich der DGB Sachsen dafür stark gemacht, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger ihre Rechte wahrnehmen können und nicht weiter diskriminiert werden. Auch in der Pressearbeit hat sich der DGB Sachsen für die Belange von Grenzgängerinnen und Grenzgängern stark gemacht.

Beratung von ausländischen Beschäftigten in Sachsen

Mobile und ausländische Beschäftigte sind in besonderem Maße von Benachteiligung, Ausgrenzung und Ausbeutung bedroht. Ein wichtiger Baustein zur Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung ist die muttersprachliche Beratung von ausländischen Beschäftigten.

Die mehrsprachige Beratung von ausländischen Beschäftigten leistet die Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen (BABS), die eng mit den Gewerkschaften, Behörden, dem Zoll, den Sozialversicherungen, dem DGB-Rechtsschutz und Vereinen und Verbänden zusammenarbeitet. Finanziert ist die Beratungsstelle vom Freistaat Sachsen.

Der DGB Sachsen hat sich viele Jahre für den Aufbau und die Finanzierung einer Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen eingesetzt. Ende 2017 hat der IGR ELAN e.V. den Zuschlag für den Aufbau und Betrieb der Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen BABS erhalten. Der DGB Sachsen hat das Gebot des IGR ELAN e.V., den folgenden Aufbau und den Betrieb der Beratungsstelle unterstützt.

Die Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte hat sich inzwischen etabliert. Die vier Beraterinnen der Beratungsstelle BABS beraten ausländische Beschäftigte in Sachsen zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen in deutscher, englischer, tschechischer, polnischer, slowakischer, ungarischer und rumänischer Sprache. Mehr als 10.000 Fälle wurden bereits in der persönlichen Beratung bearbeitet.

Die größte Gruppe von Ratsuchenden kommt aus Tschechien. Es folgen Ratsuchende aus Polen und Rumänien. Brennende Themen der Ratsuchenden im Bereich Arbeit sind Entgelte und Entlohnungen, Kündigungen, Arbeitsverträge und Tarifverträge sowie Urlaubsansprüche. Im Bereich Soziales sind die Themen Krankenversicherung, Kinder- und Elterngeld, Arbeitslosengeld sowie Arbeitsunfall und Krankheit besonders wichtig.

Neben der individuellen telefonischen oder persönlichen Beratung führt die Beratungsstelle mobile Einsätze und Beratung vor Ort mit den Gewerkschaften durch. Mit diesen Aktionen wurden circa 7.500 Beschäftigte erreicht.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Vor-Ort-Aktionen waren mit ver.di im



Infoaktion mit der NGG am 2. April 2025 in Mockrehna

Bereich Post/DHL in Dresden und Verkehr und Logistik in ganz Sachsen, mit der NGG Ost im Bereich Ernährungswirtschaft, mit der IG BAU im Bereich Gebäudereinigung und mit der IG Metall in Leipzig.



*Informationsaktion für LKW-Fahrer am 18. Mai 2022
am Dresdner Tor*

Es fanden zahlreiche Informationsaktionen für LKW-Fahrer an den Raststätten in Sachsen statt, darunter am 18. Mai 2022 an der Raststätte Dresdner Tor gemeinsam mit ver.di, der Staatssekretärin des SMWA Ines Fröhlich und dem DGB Sachsen.



*Informationsaktion für LKW-Fahrer am 23. August 2023
am Auerswalder Blick*

Eine weitere Aktion fand am 23. August 2023 an der Raststätte Auerswalder Blick bei Chemnitz gemeinsam mit der DGB-Regionsgeschäftsstelle Südwestsachsen, dem ver.di Kraftfahrerkreis Chemnitz-Erzgebirge und dem Bundestagsabgeordneten Carlos Kaspar statt.

Der DGB Sachsen hat sich im Zuge der Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 dafür eingesetzt, dass die Arbeit fortgesetzt werden kann und die Finanzierung für die Jahre 2026 bis 2028 im Haushalt des Freistaates Sachsen sichergestellt wird.

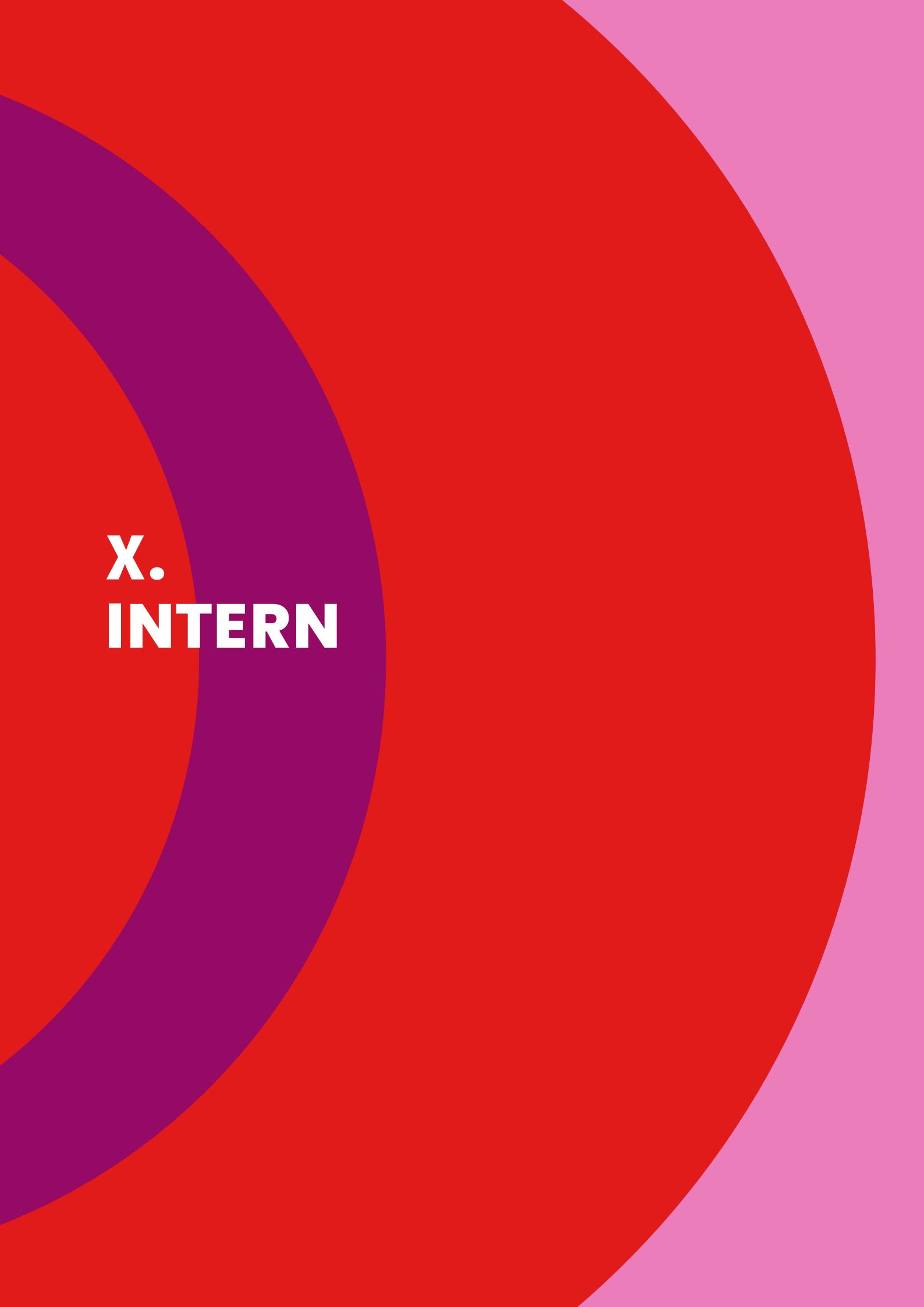
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterentwickeln

Der DGB Sachsen und der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße fordern seit vielen Jahren eine engere Zusammenarbeit im Dreiländereck. Die Corona-Pandemie hat auf dramatische Weise die Defizite der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sächsischen Staatsregierung aber auch weiterer Akteure im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien deutlich gemacht. Leider müssen wir feststellen, dass bei einer erneuten Pandemie von keiner Verbesserung auszugehen ist. Konkrete Probleme, wie der Ausschluss von Grenzgängerinnen und Grenzgängern von Leistungen aus dem Infektionsschutzgesetz bei Quarantäneanordnungen oder Kitaschließungen am Wohnort im Nachbarland, sind bis heute nicht gelöst. Die Leidtragenden sind die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in Deutschland sozialversichert sind und Steuern zahlen, aber bestimmte Leistungen weder am Arbeits- noch am Wohnort erhalten.

Unser Ziel war es, dass die Staatsregierung gemeinsam mit den Nachbarländern eine umfassende Entwicklungsstrategie für den gemeinsamen Grenzraum erarbeitet und umsetzt. Selbstverständlich unter Einbeziehung der Sozialpartner. Leider ist dies nicht umgesetzt worden. Die Zusammenarbeit in Form von Einzelprojekten wurde fortgesetzt, tragfähige Strukturen wurden nicht geschaffen. Während in Sonntagsreden Europa hochgehalten wird, zeigt sich im konkreten Handeln ein anderes Bild. Das wird auch bei der Wiedereinführung von stationären Grenzkontrollen zu Tschechien und Polen deutlich. Diese behindern die Bevölkerung und insbesondere die grenzüberschreitenden Beschäftigten im gemeinsamen Grenzraum. Die Beschäftigten aus den Nachbarländern haben zu Recht den Eindruck, nicht als gleichberechtigte Beschäftigte auf dem sächsischen Arbeitsmarkt wahrgenommen zu werden. Es besteht zu befürchten, dass die aktuellen Rückschritte im Zusammenwachsen der EU und des Grenzraums kaum wieder wett gemacht werden können.

Wir werden uns weiter für ein soziales Europa mit starken Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten in allen Regionen der EU stark machen. Die Gleichbehandlung aller Beschäftigten ist dabei unsere Richtschnur.





X.
INTERN

BEZIRKSVORSTAND DGB SACHSEN

Das höchste Beschlussgremium des DGB Sachsen außerhalb der Bezirkskonferenz ist der DGB-Bezirksvorstand. Er besteht aus den Vorsitzenden der acht Mitgliedsgewerkschaften auf Bezirksebene bzw. deren benannten Vertreter*innen, dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB Sachsen sowie einer Vertreterin des Bezirksfrauenausschusses und einer Vertreter*in des Bezirksjugendausschusses. Die Regionsgeschäftsführer*innen und der/die Vertreter*in des Seniorenkoordinierungskreises nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Darüber hinaus nehmen die Bezirkssekretär*innen für Auskünfte teil. In regelmäßigen Abständen und bei Bedarf nimmt das Mitglied des

Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Stefan Körzell, welcher auch „Pate“ des DGB-Bezirks Sachsen ist, an den Sitzungen teil, um über Aktuelles aus der Bundespolitik zu berichten. Der Bezirksvorstand tagt in der Regel zehnmal jährlich abwechselnd in Präsenz und per Videokonferenz. Der Geschäftsführende Vorstand berichtet aus den Bundesvorstandssitzungen sowie zur aktuellen Lage zwischen den Vorstandssitzungen und gibt einen Überblick über aktuelle Themen, Aktivitäten, Aktionen und Veranstaltungen. Die Vertreter*innen der sächsischen Gewerkschaften berichten über anstehende Tarifrunden, Tarifabschlüsse und aktuelle Themen aus ihren Bereichen.

Mitglieder des Bezirksvorstandes

	Vorsitzender	Stellvertretende Vorsitzende
<i>Stand 10/2025</i> (*beratend ohne Stimmrecht)	Markus Schlimbach	Daniela Kolbe
	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
EVG	Cindy Winter-Thiel	Simone Hennig
GdP	Jan Krumlovsky	Jörg Günther
GEW	Burkhard Naumann	Fabian Wolff
IG BAU	Holger Bartels	Klaus Hartung
IGBCE	Boris Loew	Stephanie Albrecht-Suliak
IG Metall	Jan Otto	Christoph Hahn
NGG	Uwe Ledwig	Thomas Lißner
ver.di	Oliver Greie	Corinna Hersel
Bezirksjugendausschuss	Lilli Neswadba	Paul Steinbrecher
Bezirksfrauenausschuss	Heidi Becherer	Carmen Kliem
Seniorenkoordinierungskreis*	Werner Schuh	Christiane Heerdegen

Im Berichtszeitraum sind nachfolgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder aus dem DGB-Bezirksvorstand Sachsen ausgeschieden: Sascha Wollert (IG BAU), Philipp Zirzow (IGBCE), Matthias Präg (EVG), Uschi Kruse (GEW), Birgit Dietze (IG Metall), Dirk Schulze (IG Metall), Hagen Husgen (GdP), Ulrike Steinert-Dietrich (IG BAU), Oliver Heinrich (IGBCE), Andreas Giersch (GEW), Ines Kuche (ver.di), Alberto Wünsche (Jugend), Günther Ihme (Senioren)

Zu aktuellen politischen Entwicklungen und Austausch von Informationen bzw. Positionen werden externe Referent*innen sowie Gesprächspartner*innen aus Politik, Organisationen und Verbänden zu den Sitzungen eingeladen. Dabei werden die Standpunkte des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften verdeutlicht und diskutiert. Die Ergebnisse werden in die weitere Arbeit aufgenommen.



Bezirksvorstandssitzung mit dem Sächsischen Staatsminister für Kultus Christian Piwarz am 3. November 2022 in Dresden

Nachfolgend eine Auswahl von Gästen:

2022

- Sandro Witt, Projektleiter „Initiative betriebliche Demokratiekompetenz“
- Dr. Matthias Geißler, „Leiter Zentrum für Fachkräfte sicherung und Gute Arbeit“ ZEFAS
- Christian Piwarz, MdL, Sächsischer Staatsminister für Kultus
- Antja Welp, Geschäftsführerin DFC Dialog GmbH



Bezirksvorstandssitzung mit dem Staatsminister und Bundesbeauftragten für Ostdeutschland Carsten Schneider am 4. Mai 2023 in Dresden



Gesprächsrunde des Bezirksvorstandes mit dem Präsidium der CDU Sachsen am 21. Juni 2023 in Dresden

2023

- Michael Kretschmer, MdL, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
- Carsten Schneider, MdB, Staatsminister und Bundesbeauftragter für Ostdeutschland
- Klaus-Peter Hansen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit
- Sophie Bose, Referentin Else-Frenkel-Brunswik-Institut, Universität Leipzig
- Jörg Günther, Bundespolizei Mitteldeutschland



Bezirksvorstandssitzung
am 16. Mai 2024 in Dresden



Bezirksvorstandssitzung mit dem Sächsischen Staatsminister
für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz Dirk Panter
am 6. Februar 2025 in Dresden

2024

- Dr. Michael Schmiedel, Projektleiter MoLeWa
- Conrad Clemens, Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund

2025

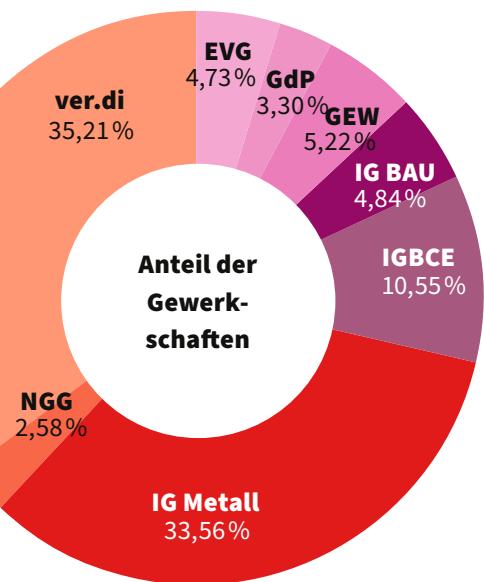
- Dirk Panter, MdL, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Mitgliederentwicklung DGB Sachsen 2022 – 2024

Mitglieder Gesamt

Gewerk-schaften	31. Dezember 2022	31. Dezember 2023	Differenz zu 2022	Änderung in %	31. Dezember 2024	Differenz zu 2023	Änderung in %
EVG	11.897	11.793	-104	-0,87	11.679	-114	-0,97
GdP	8.195	8.098	-97	-1,18	8.152	54	0,67
GEW	12.996	13.203	207	1,59	12.886	-317	-2,40
IG BAU	12.811	12.347	-464	-3,62	11.943	-404	-3,27
IGBCE	26.619	26.690	71	0,27	26.035	-655	-2,45
IG Metall	84.689	84.289	-400	-0,47	82.789	-1.500	-1,78
NGG	6.402	6.374	-28	-0,44	6.371	-3	-0,05
ver.di	84.660	86.964	2.304	2,72	86.863	-101	-0,12
Gesamt	248.269	249.758	1.489	0,60	246.718	-3.040	-1,22

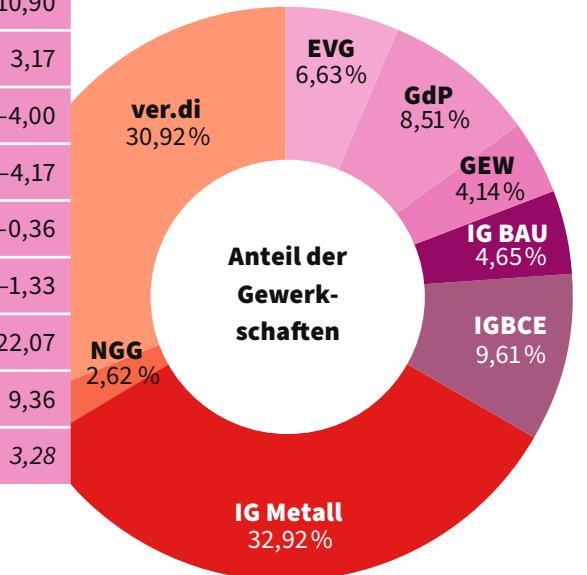
Quelle: DGB-Bundesvorstand



Mitglieder Jugendliche (bis inklusive 27 Jahre)

Gewerkschaften	31. Dezember 2022	31. Dezember 2023	Differenz zu 2022	Änderung in %	31. Dezember 2024	Differenz zu 2023	Änderung in %
EVG	1.076	1.211	135	12,55	1.343	132	10,90
GdP	1.708	1.671	-37	-2,17	1.724	53	3,17
GEW	638	874	236	36,99	839	-35	-4,00
IG BAU	960	984	24	2,50	943	-41	-4,17
IGBCE	1.859	1.953	94	5,06	1.946	-7	-0,36
IG Metall	6.542	6.759	217	3,32	6.669	-90	-1,33
NGG	345	435	90	26,09	531	96	22,07
ver.di	4.655	5.728	1.073	23,05	6.264	536	9,36
Gesamt	17.783	19.615	1.832	10,30	20.259	644	3,28

Quelle: DGB-Bundesvorstand



Organisationswahlen 2025

Die turnusmäßigen Organisationswahlen in den DGB-Kreis- und Stadtverbandsvorständen fanden im Zeitraum Ende Juni bis Oktober 2025 in Sachsen statt. Die Anzahl und Grenzen der DGB-Kreis- und Stadtverbände im Bezirk richtet sich nach den Zuschnitten der Landkreise sowie kreisfreien Städte in Sachsen. In mehreren Kreis- und Stadtverbänden wurden neue Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende gewählt. Dagegen sind langjährige und verdienstvolle Kolleginnen und Kollegen ausgeschieden: Gisa Dreilich (Vorsitzende DGB-Kreisverband Mittelsachsen), Siegmar Freund (stellvertretender Vorsitzender DGB-Kreisverband Görlitz), Ralf Hron (Vorsitzender DGB-Stadtverband Chemnitz), Bernd Rudolph (stellvertretender Vorsitzender DGB-Kreisverband Zwickau), Benjamin Zabel (Vorsitzender DGB-Kreisverband Vogtland) und Sabine Zimmermann (Vorsitzende DGB-Kreisverband Zwickau).



Jahresabschlussklausur des DGB-Bezirk Sachsen am 16. November 2024 in Riesa

Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der DGB-Kreis- und Stadtverbände in Sachsen

DGB-Regionsgeschäftsstelle	DGB-Kreis- und Stadtverbände (KV/SV)	Vorsitzende/r	stellvertretende/r Vorsitzende/r
 Dresden-Oberes Elbtal	SV Dresden	<i>Dirk Ebert (ver.di)</i>	<i>Norbert Winter (IGBCE)</i>
	KV Meißen	<i>Dietmar Damaschke (ver.di)</i>	<i>Beate Eichner (EVG)</i>
	KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	<i>Anja Öhm (ver.di)</i>	<i>Ralf Baldauf (IG Metall)</i>
 Leipzig-Nordsachsen	SV Leipzig	<i>Fabian Wolff (GEW)</i>	<i>Susann Neuber (GdP) und Irena Rudolph-Kokot (ver.di)</i>
	KV Leipzig	<i>Thomas Neumeier (GdP)</i>	<i>Alexandra Büssow (GEW)</i>
	KV Nordsachsen	<i>Detlef Renn (EVG)</i>	<i>Sylvia Kristalla (EVG)</i>
 Ostsachsen	KV Bautzen	<i>Uwe Garbe (IG Metall)</i>	<i>Maik Springer (GdP)</i>
	KV Görlitz	<i>Frank Schuster (IGBCE)</i>	<i>André Kleinfeld (IGBCE)</i>
 Südwestsachsen	SV Chemnitz	<i>Sven Fritzsche (ver.di)</i>	<i>Romy Wagner (GEW)</i>
	KV Mittelsachsen	<i>Sandra Göbel (IG Metall)</i>	<i>n. n.</i>
	KV Erzgebirge	<i>Christin Follak (NGG)</i>	<i>Andreas Bernhardt (IG BAU)</i>
	KV Zwickau	<i>Katja Eberhardt (IG Metall)</i>	<i>n. n.</i>
	KV Vogtland	<i>Jens Brenner (EVG)</i>	<i>n. n.</i>

Unterstützt werden die 13 ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände hauptsächlich durch die DGB-Regionsgeschäftsstellen. Je nach Bedarf werden Weiterbildungen vor Ort organisiert. Der DGB-Bundesvorstand unterstützt ebenfalls das Engagement der ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände mit Angeboten zur

Ehrenamtsakademie und Sommerwerkstatt. Darüber hinaus nehmen die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der DGB-Kreis- und Stadtverbände an der jährlichen zweitägigen Klausurtagung des DGB-Bezirkes teil, um die Vernetzung mit den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkes zu fördern.

PERSONAL

Die Personalstellen sowie der Personalkostenhaushalt werden vom Bundesvorstand den Bezirken vorgegeben. Die Umsetzung und Einhaltung liegt in der Verantwortung des Bezirkes. Dazu gehören u.a. Personalplanung, Stellenbesetzungen, Stellenausschreibungen und die Beteiligung des Betriebsrates. Auf Grund von Elternzeit sowie Langzeiterkrankungen gab es mehrere Personalwechsel bzw. -umstellungen

innerhalb der Bezirksverwaltung und der Region Südwestsachsen.

Der DGB-Bundesvorstand bietet seinen Beschäftigten jährlich ein breitgefächertes Weiterbildungsprogramm an, welches gut angenommen wird. Individuelle Weiterbildungen bei externen Anbietern, Coachings, sowie weitere Qualifizierung bei Übernahme neuer Aufgaben werden zusätzlich gefördert.

Übersicht hauptamtliche personelle Besetzung DGB-Bezirksverwaltung und Regionsgeschäftsstellen

Bezirksvorsitzender <i>Markus Schlimbach</i>	Stellvertretende Bezirksvorsitzende <i>Daniela Kolbe</i>
<i>Silke Bernd</i> Assistentin	
Bezirksverwaltung	
Geschäftsführung, Organisation, Personal, Finanzen <i>Frank Schneider</i>	
Wirtschafts-, Struktur- und Energiepolitik <i>Manja Sellenthin</i>	
Pressesprecherin, Europäische Regionalpolitik, Social Media <i>Anna Bernstorff</i>	
Frauen und Gleichstellung/Kampagnen <i>Nicole Wagner</i>	
Beamtenpolitik/Öffentlicher Dienst, Sozialpolitik <i>Matthias Klemm</i> <i>Daniel Merbitz</i> [Vertretung Beamtenpolitik/Öffentlicher Dienst (Teilzeit)] <i>Sandra Göbel</i> [Vertretung Sozialpolitik (Teilzeit)]	
Arbeitsmarktpolitik/Organisation <i>Marlen Schröder</i> <i>Katja Eberhardt</i> [Vertretung Arbeitsmarktpolitik (Teilzeit)]	
Jugend <i>Vincent Seeberger</i> <i>Magdalena Mayer</i> [Jugendbildungsreferentin] <i>Katharina Dittrich</i> [Jugendbildungsreferentin (Teilzeit)] <i>Felix Fink</i> [Projektsekretär Studierendenarbeit]	
Wohnungspolitik <i>Manuela Grimm</i>	
Berufliche Bildung <i>André Schnabel</i>	
Handwerk <i>Daniel Knorr</i>	
Buchhaltung <i>Ines Köhler</i>	
PCA <i>Johannes David</i>	
Assistenz <i>Ines Wenzel</i> <i>Daniela Hill</i> (Teilzeit)	
Regionsgeschäftsstellen	
Dresden-Oberes Elbtal	
Regionsgeschäftsführer <i>André Schnabel</i>	
Gewerkschaftssekretärin (Teilzeit) <i>Silvana Ernst-Birkigt</i>	
Gewerkschaftssekretärin (Teilzeit) <i>Katharina Dittrich</i>	
Assistentin <i>Gabriele Schwan</i>	
Leipzig-Nordsachsen	
Regionsgeschäftsführerin <i>Manuela Grimm</i>	
Gewerkschaftssekretär <i>Daniel Knorr</i>	
Assistentin <i>Sandy Peters</i>	
Ostsachsen	
Regionsgeschäftsführerin <i>Dana Dubil</i>	
Assistentin <i>Doreen Schimke</i>	
Südwestsachsen	
Regionsgeschäftsführer <i>Ralf Hron</i>	
Gewerkschaftssekretärin (Teilzeit) <i>Katja Eberhardt</i>	
Gewerkschaftssekretär <i>Matthias Eulitz</i>	
Gewerkschaftssekretärin (Teilzeit) <i>Sandra Göbel</i>	
Assistentin <i>Silke Jahn</i>	

BETRIEBSRAT

Am 1. März 2022 wurde im Bezirk Sachsen ein neuer Betriebsrat gewählt:

- Vorsitzende
Ines Köhler
Bezirksverwaltung Sachsen
- Stellvertretende Vorsitzende
Doreen Schimke
Regionsgeschäftsstelle Ostsachsen
- weiteres Mitglied, Schwerbehindertenvertreter sowie Mitglied des Gesamtbetriebsrates
Matthias Klemm
Bezirksverwaltung Sachsen
- Ersatzmitglieder
Matthias Eulitz
Regionsgeschäftsstelle Südwestsachsen,
André Schnabel
Regionsgeschäftsstelle Dresden-Oberes Elbtal

Die Zusammenarbeit verlief im Berichtszeitraum wieder konstruktiv und auf einer vertrauensvollen Basis.

Über personelle Maßnahmen wurde der Betriebsrat frühzeitig informiert und daran beteiligt. In monatlichen Gesprächen wurden die personellen und organisatorischen Planungen des Geschäftsführenden Bezirksvorstandes vorgestellt und mit dem Betriebsrat beraten. An Vorstellungsgesprächen nahm der Betriebsrat immer teil. Jährlich fanden vier Betriebsversammlungen statt, die neben der Berichterstattung des Betriebsrates sowie des Geschäftsführenden Bezirksvorstandes weitere Themen zum Inhalt hatten: u.a. Gefährdungsbeurteilung, Digitalisierung, Entgeltverhandlungen, Gesundheitsticket, gesunde Ernährung sowie Entspannungsübungen und Atemtechniken.

FINANZEN

Die Haushaltmittel für den DGB-Bezirk Sachsen werden durch den DGB-Bundesvorstand nach Beschluss durch den Bundesausschuss zugeteilt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Sachmittel, da die Personalkosten vom Bundesvorstand verwaltet werden. Die DGB-Kreis- und Stadtverbände erhalten weiterhin eigene Budgets vom Bezirk für ihre Arbeit und werden darüber hinaus durch die DGB-Regionsgeschäftsstellen und den DGB-Bezirk unterstützt.

Eine Herausforderung war die Digitalisierung des Rechnungswesens im DGB. Die Buchhaltung der Bezirksverwaltung Sachsen war federführend im Pilotprojekt des Bundesvorstandes. Die Umsetzung der elektronischen Rechnungs- und Belegbearbeitung vom Rechnungseingang bis zur Archivierung erfolgte im gesamten Bezirk Sachsen im Dezember 2022.

Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle den Mitgliedern der ehrenamtlichen Bezirksrevisionskommission:

- Mitglieder
Roland Ehrhardt, ver.di
Irina Kaczmarek, IG BAU
Peter Welzel, IG Metall
- Stellvertretende Mitglieder
Jörg Förster, ver.di
Beate Krause, ver.di
Volkmar Sohre, IG Metall (bis 08/2024)

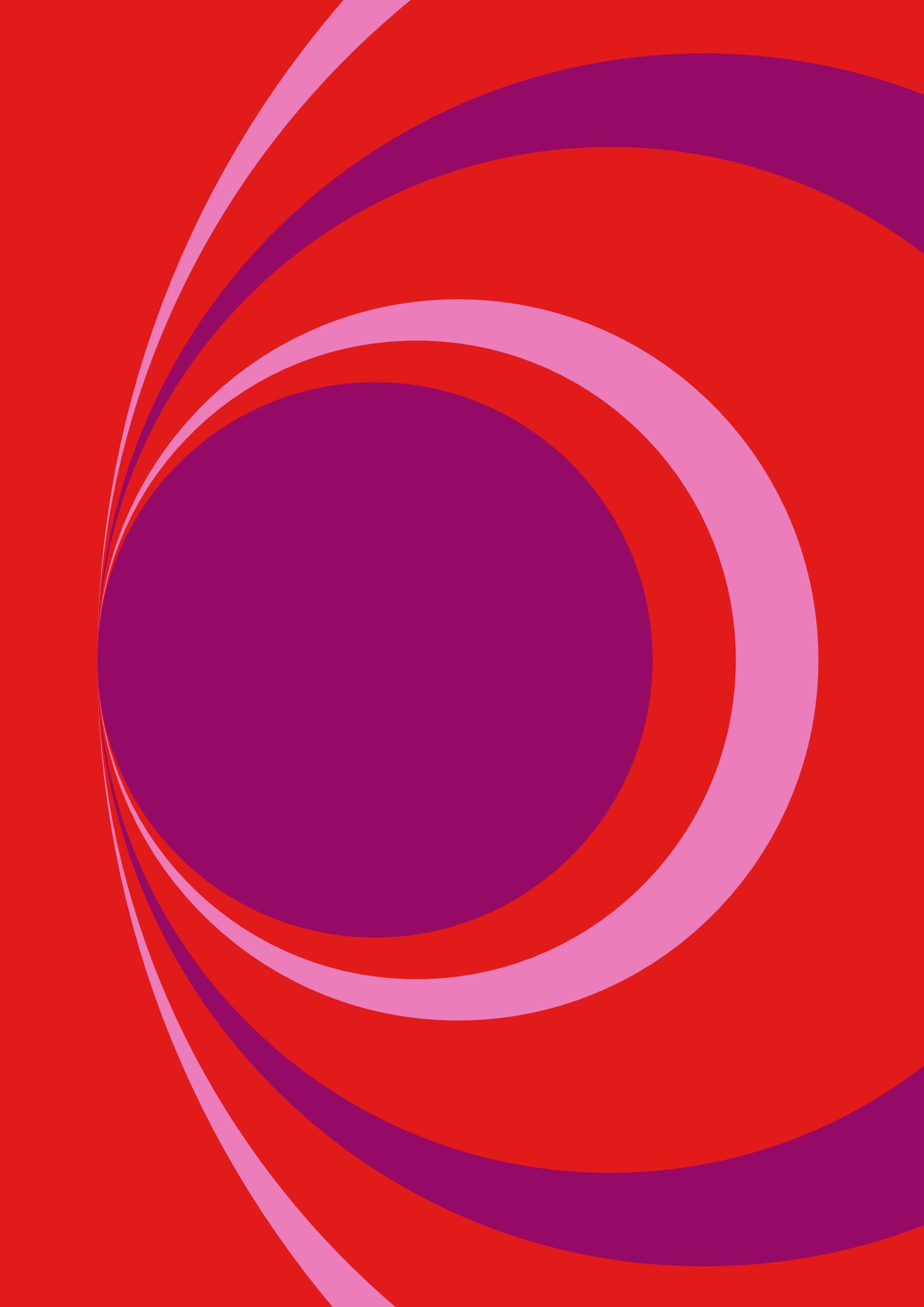
Sie sorgten mit ihrer gewissenhaften und verantwortungsvollen Arbeit für die Wahrung der Solidität der Finanzen des Bezirkes.

Die ehrenamtliche Revisionskommission trifft sich in der Regel vierteljährlich. Bis Redaktionsschluss wurden im Berichtszeitraum 15 Prüfungen vorgenommen. Darüber hinaus gab es im Jahr 2022 und 2023 eine hauptamtliche Revision durch den DGB-Bundesvorstand. Rückfragen konnten bei den Revisionen ausreichend beantwortet sowie Hinweise und Beanstandungen geklärt werden.

Haushalt 2022 – 2025
DGB-Bezirk Sachsen sowie Kreis- und Stadtverbände

	2022	2023	2024	2025
				Stand 09/2025

Einnahmen (Angaben in €)	Bezirk gesamt				
	Etatzuweisung Bundesvorstand	732.840,00	750.840,00	752.840,00	572.550,20
Kreis- und Stadtverbände					
sonstige		46.234,41	37.469,18	41.942,10	21.249,03
gesamt		779.074,41	788.309,18	794.782,10	593.799,23
Ausgaben (Angaben in €)	Bezirk gesamt				
	Verwaltungskosten	404.935,55	460.903,24	426.062,50	304.998,15
Kreis- und Stadtverbände					
politische Arbeit		371.071,06	327.484,54	378.019,22	232.058,42
gesamt		776.006,61	788.387,78	804.081,72	537.056,57
Saldo (Angaben in €)					
	Bezirk gesamt	3.067,80	-78,60	-9.299,62	56.742,66
	Kreis- und Stadtverbände	-2.940,59	7.920,98	-3.067,06	-1.058,57
gesamt		127,21	7.842,38	-12.366,68	55.684,09





XI. CHRONIK 2022 – 2025

CHRONIK 2022 – 2025

**Auszug von Veranstaltungen/Aktivitäten sowie Unterstützung/Beteiligung
DGB-Bezirk Sachsen/Regionsgeschäftsstellen/Kreis- und Stadtverbände**

2022

Januar

- 22.01. 9. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz Sachsen in Chemnitz
27.01. Kranzniederlegungen zum Holocaust-Gedenktag in Pirna, Sebnitz und Zwickau

Februar

- 13.02. Beteiligung an der Kundgebung/Demo „Kein Platz für Nazis“ in Dresden
26./27.02. Beteiligung an Kundgebungen gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

März

- 05.03. Beteiligung am Friedenstag in Chemnitz – Demonstration und Kundgebung



- 07./08.03. Veranstaltungen und Aktionen zum Internationalen Frauentag in Meißen, Bautzen, Chemnitz, Freiberg und Leipzig

April

- 10.04. Fahrt zur Gedenkstätte KZ Buchenwald in Kooperation mit IG Metall und Die Linke
26.04. Veranstaltung „Die Vermessung der Demokratie – Ein Wilhelm-Leuschner-Portrait“ in Leipzig
30.04. Kundgebung und Konzert „Gemeinsam Zukunft gestalten“ in Zwickau

Mai

- 01.05. Tag der Arbeit „GeMAInsam Zukunft gestalten“ – 16 Veranstaltungen mit über 15.000 Besucherinnen und Besuchern in Sachsen
01.05. Eröffnung der Fotoausstellung „Tolerantes Sachsen“ im Volkshaus Dresden
02.05. Arbeitnehmerempfang des SMWA in Dresden
04.05. Unterstützung der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienste in Leipzig



- 10.05. Bezirksabend anlässlich des 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Berlin

- 10.05. Podiumsdiskussion „Wer kann Dresdner Oberbürgermeister*in?“ in Dresden
 11.05. Buchvorstellung und Autorengespräch „Auf Spurensuche. Demokratiegeschichte in Dresden“
 12.05. Beteiligung am ver.di-Warnstreik und an der Kundgebung in Chemnitz
 14.05. Interkulturelles Fest in Zwickau
 16.05. Gedenkveranstaltung zum Tod von Edda Möller in Leipzig
 20.–22.05. Beteiligung am Friedensfest in Ostritz



Juni

- 07.06. Eröffnung „Revierwendebüro“ in Pegau
 12.–28.06. Veranstaltungen/Diskussionsrunden anlässlich der Landratswahlen in Sachsen
 13.06. Netzwerktreffen Betriebsräte*innen in Dresden
 18.06. Beteiligung an der Protestkundgebung gegen den AfD-Bundesparteitag in Riesa
 27.06. Betriebs- und Personalrätekonferenz mit Bundesminister Hubertus Heil im Volkshaus Dresden

Juli

- 06.07. Sommerfest der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal in Zeithain

September

- 01.09. 18.Lausitzkonferenz „Revierwende trotzt den Krisen: Mit Sicherheit im Wandel und vorausschauender Industriepolitik“ in Cottbus
 07.09. Teilnahme an der Menschenkette für den Erhalt des Waggonbau Görlitz

- 08.09. Pendleraktionstag „12 Euro Mindestlohn kommt“ in Chemnitz, Zwickau, Freiberg und Plauen
 10.09. Beteiligung beim Tarifauftakt der IG Metall in Leipzig
 28.09. Pendleraktionstag „12 Euro Mindestlohn kommt“ in Dresden, Riesa, Leipzig, Bautzen, Görlitz, Zittau und Delitzsch



- 30.09. Seniorenpolitische Konferenz in Dresden

Oktöber

- 03.10. „Tag der Deutschen Einheit“ – Drei-Länder-Vernetzungstreffen in Mödlareuth – DGB Unterfranken, Thüringen und Südwestsachsen
 08./09.10. Teilnahme an der Ausbildungs- und Studienmesse „mach was“ in Chemnitz
 15.10. Beteiligung am IG Metall-Aktionstag „Unser Leben gestalten wir“ in Zwickau
 22.10. Kundgebung/Demo „Echt Gerecht“ in Dresden



November

- 01.11. Unterstützung des Warnstreiks bei MAHLE in Mylau
- 03.11. Konferenz „Mobilität 2030 – Wohin steuert der ÖPNV in Dresden?“ in Dresden
- 07.11. Buchvorstellung „Die verhandelte Wende“ von Christian Rau in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Volkshochschule in Chemnitz
- 09.11. Pogromgedenken im Rahmen der „Novembertage“ in Zwickau und Verlegung Stolpersteine in Chemnitz
- 16.11. Energiepolitischer Dialog in Plauen
- 25.11. „Tag gegen Gewalt an Frauen“ – Aktion bei den Dresdner Verkehrsbetrieben



Dezember

- 02.12. Eröffnung „Revierwendebüro“ in Görlitz
- 03.12. Kundgebung „Keine Gewalt gegen Frauen“ in Chemnitz

2023

Januar

- 20.01. Unterstützung des Poststreiks in Bautzen und Chemnitz
- 27.01. Holocaust-Gedenktag – Teilnahme an der Veranstaltung am Gedenkstein ALSTOM-Werk in Bautzen

Februar

- 11.02. „Kein Platz für Nazis“ – Beteiligung an der Demonstration anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens am 13. Februar in Dresden
- 13.02. Beteiligung an der Menschenkette in Dresden
- 27.02. Unterstützung des 24-Stunden-Streiks von GKN in Mosel



März

- 01.03. Beteiligung am Friedenstag in Chemnitz anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt im Jahr 1945
- 07.03. Equal Pay Day, Aktionen in Chemnitz und Bautzen
- 08.03. Veranstaltungen und Aktionen zum Internationalen Frauentag in Freiberg, Zwickau, Aue, Plauen, Pirna und Bautzen



- 08.03. Unterstützung des Warnstreiks Öffentlicher Dienst in Dresden

- 08.03. Gedenktag zur Erstürmung des Gewerkschaftshauses Bautzen in Bautzen
- 11.03. Teilnahme an der Gedenkveranstaltung „Das frühe KZ in Hohenstein“ in Hohenstein
- 22.03. Unterstützung der Kundgebung für den Erhalt des Waggonbau Niesky

April

- 19.04. Beteiligung am Sächsischen Fachkräftegipfel in Dresden

Mai

- 01.05. Tag der Arbeit, „Ungebrochen solidarisch“ – 17 Kundgebungen mit über 18.000 Besucherinnen und Besuchern in Sachsen
- 02.05. Veranstaltung „90 Jahre Vernichtung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten“ in Leipzig
- 03.05. „Nicht mit uns!“ Stadtrundgang und Ausstellungseröffnung in Dresden
- 08.05. Arbeitnehmerempfang des SMWA in Dresden
- 08.–13.05. Besuch einer HISTATRUD-Gewerkschaftsdelegation in Sachsen mit Abschluss einer Partnerschaftsvereinbarung
- 11.05. Revierkonferenz in Leipzig



- 16./17.05. Teilnahme an der Schülermesse „vocatium“ in Chemnitz
- 25.05. Unterstützung des Streiks von Lieferando in Dresden

Juni

- 02.06. Unterstützung des ver.di-Warnstreiks im Großhandel in Chemnitz
- 02./03.06. IGR-Delegiertenkonferenz und Festakt „30 Jahre IGR Elbe-Neiße“ in Wojanów
- 15.06. Aktion zum Internationalen Tag der Gebäudereinigung – Unterstützung IG BAU in Leipzig



- 21.06. Gesprächsrunde zwischen DGB-Bezirksvorstand und CDU-Präsidium in Dresden
- 30.06. Sommerfest der DGB-Region Ost-sachsen am Stausee Bautzen

Juli

- 04.07. Parlamentarischer Abend des DGB Sachsen in Dresden

August

- 23.08. BABS Fernfahreraktion an der Raststätte Auerswalder Blick mit SMWA
- 24.08.–24.09. Frauenausstellung im DGB-Büro Plauen
- 24.08. Unterstützung NGG Warnstreik bei der EDEKA-Tochter Franken-Gut in Striegistal
- 25.08. Auftakt zur Unterschriftensammlung zum Volksantrag „Bildungszeit“
- 25.08. Sommerfest und Verleihung des Sächsischen Mitbestimmungspreises des DGB Sachsen im Alberthafen in Dresden

September

- 01.–03.09. Teilnahme am „Tag der Sachsen“ in Aue-Bad Schlema, Beginn der Unterschriftenaktion zum Volksantrag „Bildungszeit“

- 08.09. DGB-Bezirksarbeitskreis Handwerk mit dem Präsidenten des ZDH, Dr. Jörg Dittrich, in Dresden
- 09.—10.09. Teilnahme an der Messe „mach was“ in Chemnitz
- 12.09. 19. Lausitzkonferenz „Lausitz und Gewerkschaften: Stark im Wandel“ in Niesky
- 13.09. Unterstützung des Warnstreiktages Handel ver.di in Zwickau



- 15.09. Forum Frauenpolitik in Plauen
- 15.09. „Die Vermessung der Demokratie“ — Theaterstück über Wilhelm Leuschner in Kooperation mit FES in Chemnitz
- 15.09. Beteiligung am Friedensfest in Ostritz
- 23.09. Transformationskonferenz in Weißwasser
- 26.09. „Wird der ÖPNV in Dresden ausgebremst?“ — Veranstaltung im Volkshaus Dresden
- 28.09. Betriebs- und Personalrätekonferenz des SMWA mit Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, in Dresden



- 29.09. Seniorenkonferenz in Dresden
- 29.09. Tag des Flüchtlings — Beteiligung an der Aktion Aufstehen gegen Rassismus (AGR) in Chemnitz

Oktöber

- 03.10. Tag der Deutschen Einheit — Drei-Länder-Vernetzungstreffen in Mödlareuth — DGB Unterfranken, Thüringen und Südwestsachsen



November

- 09.11. Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen „Novembertage“ in Zwickau und Chemnitz sowie auf dem Jüdischen Friedhof in Bautzen
- 16.11. Beteiligung am Warnstreik im Öffentlichen Dienst der Länder in Kamenz
- 24.11. Unterstützung des Stahlaktionstages in Gröditz

Dezember

- 19.12. Unterstützung des Streiks im Einzelhandel in Chemnitz

2024

Januar

- 05.01. Unterstützung des Streiks von SRW metalfloat in Espenhain
- 19.–21.01. Teilnahme an der Messe „Karriere Start“ in Dresden



- 21.–28.01. „Nie wieder ist jetzt“ – Unterstützung/Teilnahme an vielfältigen Kundgebungen gegen Rechtsextremismus, für Menschlichkeit und Demokratie in Dresden, Pirna, Leipzig, Görlitz, Chemnitz, Freiberg, Döbeln, Plauen, Bautzen und Zwickau
- 31.01. Unterstützung der Kundgebung gegen die Schließung von Unilever KNORR in Auerbach

Februar

- 03.–26.02. „Nie wieder ist jetzt“ – Unterstützung/Teilnahme an vielfältigen Kundgebungen gegen Rechtsextremismus, für Menschlichkeit und Demokratie in Dresden, Aue, Freiberg, Plauen, Penig, Bautzen und Waldheim
- 13.02. Teilnahme an der Menschenkette in Dresden
- 21.02. Unterstützung des Streiks im Nahverkehr in Zittau
- 28.02. Betriebsrättentreffen mit Staatsminister Martin Dulig zum Nahverkehr in Dresden

März

- 05.03. Friedenstag Chemnitz – Teilnahme an der Kundgebung auf dem Neumarkt
- 08.–30.03. „Nie wieder ist jetzt“ – Unterstützung/Teilnahme an vielfältigen Kundgebungen gegen Rechtsextremismus, für Menschlichkeit und Demokratie in Freiberg, Olbernhau, Chemnitz, Stollberg und Flöha
- 08.03. Veranstaltungen und Aktionen zum Frauentag in Chemnitz, Zwickau, Plauen, Aue, Riesa, Bautzen, Leipzig und Pirna



- 08.03. Teilnahme an einer Stolperstein-verlegung in Dresden
- 11.03. Diskussionsveranstaltung „Soll die AfD verboten werden? Pro & Contra“ in Leipzig
- 19.03. Ausstellung „Frauenarbeit/Frauenalltag/ Frauenrechte“ in Bautzen
- 22.03. Betriebs- und Personalrätekonferenz „Wir verändern Sachsen“ mit Yasmin Fahimi und Prof. Achim Truger in der Gläsernen Manufaktur Dresden
- 24.03. Teilnahme an der Kundgebung „Bautzen nimmt Platz – Poesie für Demokratie“ (Happy Monday)
- 26.03. Ausstellung „Frauenarbeit/Frauenalltag/ Frauenrechte“ in Hoyerswerda

April

- 14./20.04. Beteiligung an der Kundgebung „Nie wieder ist jetzt“ in Annaberg-Buchholz sowie in Zwickau

- 16.04. „Vier-Tage-Woche — Die Zukunft der Arbeitswelt“ — Podiumsgespräch im Volkshaus Dresden
- 18.04. Diskussionsveranstaltung „Erzählsalon: Frauen im Strukturwandel — Transformation weiblich gedacht?!“ in Hoyerswerda
- 21.04. Unterschriftensammlung zum Volksantrag Bildungszeit anlässlich des Leipzig-Marathons
- 25.04. „Gemeinsam mit Deiner Gewerkschaft in den Dresdner Zoo“ — Unterschriften- sammlung zur Bildungszeit
- 26.04. Veranstaltung zur Europawahl — Betriebe-Tour bei den Stadtwerken Leipzig
- 30.04. Aktion vor dem Kraftwerk Boxberg und Unterschriftensammlung Bildungszeit

Mai

- 01.05. Tag der Arbeit — „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.“ — 17 Kundgebungen mit über 20.000 Besucherinnen und Besuchern in Sachsen
- 04.05. Beteiligung am Frauenfestival in Leipzig
- 05.05. Teilnahme an der Solidaritätskundgebung für Matthias Ecke, MdEP, in Dresden
- 07.05. Arbeitnehmerempfang des SMWA in Bannewitz
- 22.05. Beteiligung an der Demo „Gegen Rechts“ in Meißen
- 23.05. Europawahl — Europafest in Kooperation mit dem SMS, der Landeszentrale für Politische Bildung in Plauen sowie Pendleraktion in Pirna
- 25.05. Teilnahme an der Messe für Ausbildung und Studium „Insidertreff“ in Löbau



- 26.05. Kundgebung „Nie wieder ist jetzt“ in Lößnitz
- 27.05. „Die Vermessung der Demokratie“ — Theaterstück über Wilhelm Leuschner in Freiberg
- 31.05. Teilnahme am CSD in Dresden — Unterschriftensammlung Bildungszeit

Juni

- 01.06. Teilnahme am Landesfeuerwehrtag in Leipzig, Unterschriftensammlung Bildungszeit



- 03.06. Europawahl 2024 — Pendleraktion in Dresden
- 03.06. Dialogveranstaltung zur Landtagswahl mit Ministerpräsident Michael Kretschmer in Chemnitz
- 05.06. Parlamentarischer Abend in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin
- 07.06. Beteiligung an der Demo „Rechtsextremismus stoppen“ in Chemnitz
- 08.06. Beteiligung an der Kundgebung/Demo „Rechtsextremismus stoppen — Demokratie verteidigen“ in Dresden
- 10./ 11.06. Sommertour der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack in Ostsachsen
- 11.06. Wahlforum zur Landtagswahl in Leipzig
- 29.06. Rentenkonferenz in Chemnitz

Juli

- 19.07. Betriebsrättetreffen mit dem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in Dresden
- 19.07. Town Hall Meeting mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz zur Landtagswahl in Dresden



- 27.07. Beteiligung an Demokratiekundgebungen in Zwickau und Plauen

August

- 08.–26.08. Wahlforen, Diskussionsrunden, Aktionen zur Landtagswahl in allen DGB-Regionen und DGB-Kreis- und Stadtverbänden in Sachsen
- 10.08. Teilnahme am CSD in Bautzen
- 14.–30.08. Kampagne „#Tarifwende“ – Frittenmobil-Tour vor Betrieben in allen DGB-Regionen in Sachsen



- 16.08. Sommerfest und Wahlforum zur Landtagswahl des DGB Sachsen in Chemnitz

- 21.08. Übergabe von über 55.000 gesammelten Unterschriften für einen Volksantrag zur Bildungszeit in Sachsen an den Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler
- 24.08. Teilnahme am CSD in Plauen
- 30.08. Sommerfest der DGB-Region Ostsachsen am Berzdorfer See
- 31.08. Beteiligung am „Görlitz-bleibt-bunt-Festival – Görlitzer Vielfalt“

September

- 18.09. Pendleraktionstag „#Tarifwende“ in Chemnitz, Zwickau, Dresden, Pirna und Riesa

Oktober

- 03.10. Tag der Deutschen Einheit – Drei-Länder-Vernetzungstreffen in Mödlareuth – DGB Unterfranken, Thüringen und Südwestsachsen
- 22.10. „ÖPNV – Quo vadis“ – Veranstaltung im Volkshaus Dresden

November

- 05.11. Teilnahme am Warnstreik der IG Metall Ostsachsen
- 06.11. Unterstützung der IG Metall-Kundgebung in Chemnitz
- 07./08.11. PeTra – Handwerkstagung in der HWK Chemnitz
- 08./09.11. Pogromgedenken in Dresden und Zwickau
- 21.11. Teilnahme an der Demo gegen Kürzungspläne der Stadt in Dresden
- 25.11. „Tag gegen Gewalt gegen Frauen“ – Teilnahme an der Demo in Chemnitz
- 28.11. Diskussionsrunde „Was bedeutet Demokratie“ mit Ilko-Sascha Kowalczuk in Freiberg

Dezember

- 09.12. Unterstützung landesweiter Warnstreiks der IG Metall

2025

Januar

- 11.01. „Zusammen für Demokratie, Solidarität und Vielfalt!“ — Beteiligung an der Kundgebung/Demonstration gegen den AfD-Bundesparteitag in Riesa
- 14.01. Ausstellungseröffnung zum Poststreik im Volkshaus Dresden
- 14.01.—18.02. Wahlforen, Diskussionsrunden, Aktionen zur Bundestagswahl in allen DGB-Regionen und DGB-Kreis- und Stadtverbänden in Sachsen



- 12.02. Teilnahme an der Demo gegen Haushaltsskürzungen in Dresden
- 12.02. Besuch von Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, im Kraftwerk Boxberg
- 13.02. Neujahrsempfang der DGB-Region Ostsachsen mit Kandidat*innen zur Bundestagswahl in Bautzen
- 13./15.02. „Diese Stadt hat Nazis satt“ — Teilnahme an Aktionen anlässlich 13. Februar in Dresden
- 15.02. Teilnahme Demonstration des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rassismus“ in Leipzig
- 20.02. Begleitung des Warnstreiks von GEW und ver.di in Dresden



März

- 18.01. Eröffnung „Kulturhauptstadt Chemnitz“ — Beteiligung am Bürgerfest in Chemnitz
- 20.01. Teilnahme an der Demo gegen Sozialkürzungen in Chemnitz
- 24.—26.01. Teilnahme an der Messe KarriereStart in Dresden
- 27.01. Holocaust-Gedenktag — Teilnahme an der Gedenkveranstaltung im ALSTOM-Werk in Bautzen

Februar

- 02.02. Teilnahme an der Demonstration „Chemnitz Nazifrei“ in Chemnitz
- 09.02. Beteiligung an der Demonstration „Sachpolitik statt Populismus“ in Freiberg
- 11.02. Neujahrsempfang des DGB Sachsen in Dresden

März

- 05.03. Beteiligung am Friedenstag Chemnitz
- 07./08.03. Frauentagsveranstaltungen und -aktionen in Hoyerswerda, Dresden, Chemnitz, Plauen, Freiberg und Aue
- 15.03. Unterstützung des Aktionstages „Mein Arbeitsplatz. Unser Industrie- und Handwerksland. Unsere Zukunft!“ von IG Metall, IGBCE und NGG in Leipzig
- 28.03. 1. Lesung zum Volksantrag „Bildungszeit“ im Sächsischen Landtag
- 28.03. Veranstaltung „Leipzig liest: Angriff auf Deutschland“ in Leipzig

April

- 12./13.04. DGB-Bezirksjugendkonferenz Sachsen in Leipzig
- 29.04.—15.05. Kampagne „#Tarifwende“ — Frittenmobil-Tour vor Betrieben in allen DGB-Regionen Sachsens

- 30.04. Kulturhauptstadt Chemnitz —
DGB-Kulturforum I mit Yasmin Fahimi
im „Weltecho“ in Chemnitz



Mai

- 01.05. Tag der Arbeit — „Mach dich Stark mit Uns!“ — 18 Kundgebungen mit über 23.000 Besucherinnen und Besuchern in Sachsen, darunter die DGB-Hauptkundgebung mit der Vorsitzenden Yasmin Fahimi in Chemnitz
- 10.05. DGB-Bezirksfrauenkonferenz Sachsen in Leipzig
- 10.05. Teilnahme an der Messe für Ausbildung und Studium „Insidertreff“ in Löbau
- 15.05. Unterstützung der GEW-Bildungsdemo in Dresden

Juni

- 25.06. Hoffest der DGB-Region Südwestsachsen in Chemnitz
- 27.06. Eröffnung des neuen Gewerkschaftshauses Zwickau

Juli

- 01.07. Teilnahme an der Gedenkveranstaltung für Marwa El Sherbini in Dresden
- 31.07.—14.08. Unterstützung der Brauerstreiks in Freiberg, Radeberg und Leipzig

August

- 22.08. Sommerfest des DGB Sachsen mit Verleihung des Sächsischen Mitbestimmungspreises in der „Eventgiesserei“ Leipzig

- 25.08. Ausstellungseröffnung „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ im Landratsamt Zittau

- 29.08. Sommerfest der DGB-Region Ostsachsen in Pulsnitz

September

- 01.09. Wirtschaftsgipfel mit Staatsminister Dirk Panter, Gewerkschafts- und Arbeitgeber-Spitzen in Dresden
- 04.09. Kulturhauptstadt Chemnitz — DGB-Kulturforum II „Ost und West. Ungleich vereint?“ in Chemnitz
- 04.09. Unterstützung des Streiks von Lieferando in Dresden

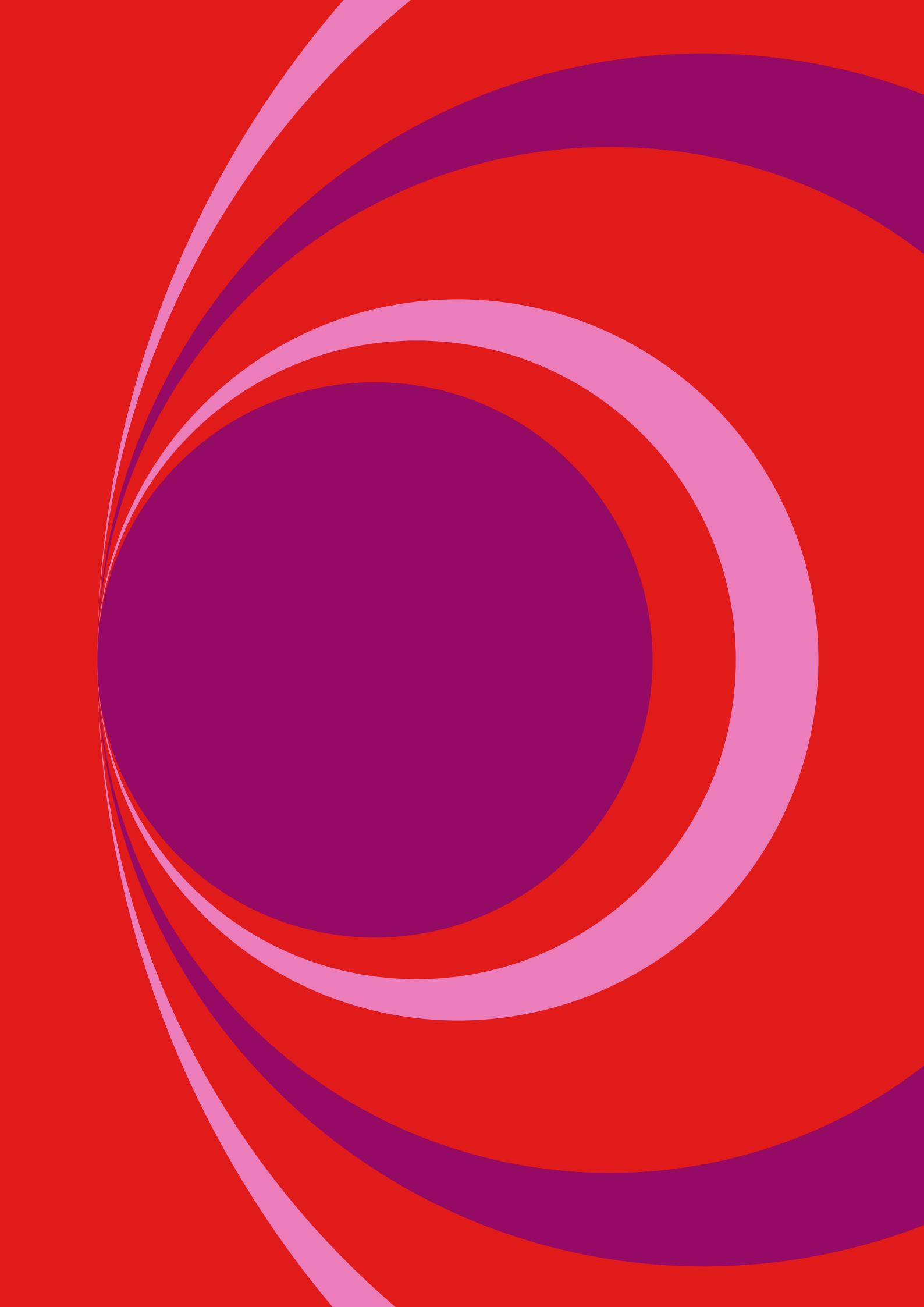


- 23.09. Arbeitnehmerempfang des SMWA in Dresden

Oktober

- 01.10. 17. Sächsischer Seniorentag in Dresden
- 03.10. Tag der Deutschen Einheit — Drei-Länder-Vernetzungstreffen und Demo in Mödlareuth — DGB Unterfranken, Thüringen und Südwestsachsen
- 04./05.10. Kulturhauptstadt Chemnitz — „And Now Hanau“, Gastspiel des Staatstheaters Mainz, präsentiert vom DGB in Kooperation mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen in Chemnitz
- 07.10. Kulturhauptstadt Chemnitz — DGB-Kulturforum III „Angriff auf die Kulturfreiheit“ in Chemnitz

(Redaktionsschluss 15. Oktober 2025)





XII. ANTRAGSERLEDIGUNG AUS 2022

Antragserledigung aus 2022

A

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND DEMOKRATIE

A001 Wir bestimmen mit – für ein Sachsen mit Guter Arbeit und starker Demokratie

Der DGB Sachsen hat sich seit Jahren für die Einrichtung eines Transformationsrates gegenüber der Staatskanzlei und dem SMWA eingesetzt, um die Gestaltung der Transformationsprozesse der sächsischen Wirtschaft sozialpartnerschaftlich abzustimmen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen. Das SMWA hat die Forderungen aufgegriffen und zu einem Treffen des Transformationsrates/ Sozialpartnerdialog am 1. September 2025 eingeladen. Der DGB Sachsen hat eine Kampagne zur Reformierung der Schuldenbremse gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft durchgeführt. Dazu wurden eine eigene Unterseite auf der Homepage eingerichtet, Materialien entwickelt und das Thema intensiv in den Wahlkampf und die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Der DGB hat zusammen mit der FES eine Investitionsstudie veröffentlicht, welche den Investitionsbedarf in vier Themenfeldern bis 2033 und entsprechende Handlungsoptionen aufgezeigt. Die Ergebnisse wurden mit einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt und es gab Gespräche in den Landtagsfraktionen dazu. Der DGB hat sich aktiv in die Ausgestaltung der Landhaushalte im Berichtszeitraum durch Stellungnahmen, Gespräche mit den Fraktionen und zuletzt mit einer gemeinsamen Pressekonferenz mit zivilgesellschaftlichen

Akteuren, die von geplanten Kürzungen betroffen waren, eingebracht. Dadurch konnten einige Kürzungen verhindert werden. Der DGB Sachsen hat eine Zukunftskonferenz durchgeführt, die sich mit dem Themen Investitionen/Schuldenbremse bzw. Tarifbindung und Vergabegesetz befasst hat. Außerdem hat er sich aktiv in den Novellierungsprozess des Vergabegesetzes durch eigene Anforderungen an ein modernes Vergabegesetz, Stellungnahmen mit den Gewerkschaften und zahlreiche Hintergrundgespräche mit dem zuständigen Ministerium, den Fraktionen im Landtag (u. a. bei der Aushandlung des Koalitionsvertrages) und den Kammern eingebracht. Darüber hinaus arbeitet der DGB in der Allianz „Sachsen kauft fair gemeinsam“ mit den Kirchen, Umweltverbänden und dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen an einer Verbesserung der aktuellen Gesetzeslage. Der Gesetzgebungsprozess wurde aufgrund von Verzögerungstaktiken der CDU in der letzten Legislatur nicht zu Ende gebracht und wird deshalb auch in der laufenden Legislatur ein wichtiges Thema bleiben. Der DGB Sachsen und im speziellen die DGB-Regionen haben die bundesweite Kampagne „Tarifwende“ durchgeführt und waren beispielsweise mit dem „Frittenmobil“ in den Betrieben präsent. Zum Thema Bildungszeit wird auf die Antragerledigung unter C001 verwiesen.

A002 Für eine solidarische internationale Alternative – Ausgrenzung, Hass und Hetze haben im DGB keinen Platz

Erledigt, da Material zu Antrag A001.

A003 Gewerkschaftliche Mitarbeit in antifaschistischen Bündnissen

Erledigt, da Material zu Antrag A001.

A004 Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten der Pandemie im Kontext von möglichen Corona-Spätfolgen

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort angenommen in geänderter Fassung.

A005 Digitaler Zugang zum Betrieb und Verwaltung gesetzlich regeln

Das digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften muss auf Bundesebene gesetzlich geregelt werden. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP war das digitale Zugangsrecht verankert und war im Entwurf für ein Tariftreuegesetz des Bundes enthalten, wurde aber von der damaligen Koalition nicht mehr beschlossen. Auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2025 ist ein digitales Zugangsrecht wieder enthalten, bislang aber noch nicht umgesetzt.

A006 Unterstützung des Volksantrags

8. März als Feiertag

Der DGB Bezirk Sachsen hat mit Unterstützung in den Social Media Kanälen aber auch mit eigenen Unterschriftenaktionen seinen Beitrag zur Umsetzung des Volksantrages geleistet.

A007 Der 8. März soll in Sachsen

Feiertag werden

Erledigt, da Material zu Antrag A001.

A008 Rechtsextremismus bekämpfen.

Demokratie verteidigen.

Erledigt, da beide Anträge zusammengefasst an den DGB-Bundeskongress gestellt wurden, dort Annahme in geänderter Fassung.

A009 Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen

Erledigt, da beide Anträge zusammengefasst an den DGB-Bundeskongress gestellt wurden, dort Annahme in geänderter Fassung.

B

GUTE ARBEIT, TRANSFORMATION UND WIRTSCHAFT

B001 Strukturwandel und Transformation sozial-ökologisch gestalten – Gute Arbeit als Maßstab des Wandels

Im Zusammenhang mit I001 in geänderter Fassung an den DGB-Bundeskongress gestellt, dort Annahme. Der DGB Sachsen hat sich zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften aktiv in die Ausgestaltung der Operationellen Programme der EU-Strukturfonds eingebracht (inklusive Begleitausschüsse) und die Erstellungen der Richtlinien des ESF, EFRE, JTF und der GRW intensiv begleitet. Wir haben uns für eine Neu-ausrichtung der Wirtschaftsförderung eingebracht, die sich an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitskriterien orientiert und die Kriterien Guter Arbeit bei der Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt. Die Forderungen des Antrages wurden in den Jour fixes mit den Ministerien SMR/SMIL, SMEKUL und dem SMWA eingebracht und diskutiert. Gleiches gilt für die Arbeit in den regionalen Begleitausschüssen der beiden Kohlereviere, die u. a. mit der Auswahl der Projekte, die durch das InvKG finanziert werden, betreut sind. Nach langem Kampf ist es gelungen, einen Transformationsrat einzurichten. Das erste Treffen findet im September 2025 statt. Im Berichtszeitraum wurde eine interne Arbeitsgruppe, die Transformations-Gang, mit den Mitgliedsgewerkschaften und den uns nahestehenden Projekten eingerichtet, um gemeinsam nach Lösungsansätzen zu den Forderungen des Antrages zu suchen. Aktuell befindet sich der DGB Sachsen zusammen mit Arbeit und Leben Sachsen e. V., MoLeWa/bfw und dem Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft (bsw) in der Antragsstellung für eine Transformationsberatungsstelle im Rahmen der ESF Plus-Sozialpartnerrichtlinie. Der DGB Sachsen hat zusammen mit dem SMWA eine Betriebsrätekonferenz durchgeführt und der Mitbestimmungspreis wurde mehrfach verliehen. Auf Initiative des DGB Sachsen hat das SMWA zur Be-

triebsratswahl aufgerufen und es fanden Arbeitnehmer-Empfänge statt. Der DGB Sachsen hat sich für die Zustimmung des Freistaats zur Bundesratsinitiative zur Stärkung der Mitbestimmungen eingesetzt. Die Novellierung des Vergabegesetzes wurde durch den DGB intensiv begleitet (Vgl. Antragserledigung zu A001). Der Volksantrag zu Bildungszeit, der maßgeblich durch den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften getragen wurde, war erfolgreich (Vgl. Antragserledigung zu C001). Der DGB Sachsen hat die Forderungen des Antrages in die Arbeit des Beirates für digitale Wertschöpfung und die Fachkräfteallianzen auf Landes- und regionaler Ebene eingebracht. Die Themen wurden auch im Zuge der Koalitionsverhandlungen an die Parteien herangetragen und waren Bestandteil der Anforderungen des DGB Sachsen an die Landtagsfraktionen. Zur Bewältigung des Strukturwandels in den Kohleregionen und der Transformation im Automobilbereich arbeitet der DGB Sachsen sehr eng mit den Projekten Revierwende, MoLeWa und ITAS zusammen.

B002 Arbeits- und Gesundheitsschutz

Erledigt, da Material zu Antrag B001.

B003 Tarifbindung durch AVE stärken

Erledigt, da Material zu Antrag B001.

B004 Wirtschaftspolitik/Vergabegesetz

Erledigt, da Material zu Antrag B001.

B005 Sächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz

Erledigt, da Material zu Antrag B001.

B006 Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Sanierung der ostdeutschen Bundesländer fortschreiben.

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort angenommen in geänderter Fassung.

B007 Nach dem Kohleausstieg: Zukunftsperspektiven für industrielle Beschäftigung in den Revieren

Das bundesweite Projekt Revierwende wurde vom DGB initiiert, um den Strukturwandel mit dem Ausstieg aus der Kohle sozial gerecht zu gestalten. Revierwende informiert, berät und vernetzt direkt vor Ort. Das Projekt wird aus STARK-Mittel finanziert und ist in allen Kohleregionen aktiv. In Sachsen ist das Projekt in der Lausitz bundesländerübergreifend zu Brandenburg und im Mitteldeutschen Revier bundesländerübergreifend mit Sachsen-Anhalt tätig. Das Projekt arbeitet mit den betrieblichen Kolleginnen und Kollegen vor Ort an der Gestaltung des Strukturwandels, sei es durch Veranstaltungen, Betriebsrätenetzwerke, Handlungshilfen, Schlaglichter und Coaching oder bei konkreten Projekten in den Betrieben. Die Forderungen des Antrages wurden gegenüber der Staatsregierung, dem Ministerpräsidenten und den Ministerien SMR, SMEKUL und SMWA immer wieder zum Ausdruck gebracht. Auch in den beiden regionalen Begleitausschüssen in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier hat sich der DGB für die Umsetzung der Forderungen stark gemacht. Der DGB Sachsen und Revierwende begleiten die Ansiedlung der Großforschungszentren CTC im Mitteldeutschen Revier und des DZA in der Lausitz und arbeiten eng mit den Akteuren zusammen.

B008 Gut Leben und Arbeiten in der Energiedregion Lausitz

Zur Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz wurde seitens des DGB das Projekt Revierwende ins Leben gerufen (Vgl. Antragserledigung zu B007). Dieses arbeitet an konkreten Maßnahmen vor Ort mit den Betriebsräten zusammen, um den Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Beispielsweise wurden mit dem Betriebsrat der LEAG eine Handlungshilfe für Mitarbeiterzukunftsgespräche entwickelt und entsprechende Gespräche durchgeführt. Dies wäre ohne die Initiative des Betriebsrates und des Projektes nicht durchgeführt worden. Jetzt verfügt das Unternehmen über konkrete Daten zu den Beschäftigten und deren Vorstellungen und diese können in die Personalentwicklungskonzepte einbezogen werden. Es wurden diverse Materialien zu den Themenfeldern des Antrages durch das Projekt in Zusammenarbeit mit dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften erstellt. Es wurden im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, beispielsweise die Lausitzkonferenzen oder auch Themenveranstaltungen wie Net Zero Valley. Die Region ist eine Energiedregion und soll es auch bleiben. Deshalb hat sich der DGB in Abstimmung mit der IGBCE bundeländerübergreifend für die Berücksichtigung der ostdeutschen Kohlestandorte im Rahmen der Kraftwerksstrategie des Bundes eingesetzt. Die Themen des Antrages wurden in der Transformations-Gang aufgegriffen und auch gegenüber den zuständigen Ministerien zum Ausdruck gebracht. Ein wichtiger Beitrag wurde auch durch die Arbeit in den beiden regionalen Revierausschüssen geleistet.

**B009 Strukturwandel und Transformation
konsequent ökologisch und sozial gestalten**

Die Themen des Antrages wurden bei den Jour fixes mit den zuständigen Ministerien eingebracht und diskutiert. Das Projekt Revierwende hat die Themen immer wieder in ihrer Arbeit vor Ort aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit der Metropolregion Mitteldeutschland thematisiert. Es fanden Revierkonferenzen statt und es wurde eine Studie zur „Bestandsaufnahme zum Qualifizierungsbedarf in der mitteldeutschen Wasserstoffwirtschaft“ erstellt. Auf dieser Grundlage wurden acht Handlungsempfehlungen entwickelt, veröffentlicht und mit den Akteuren vor Ort diskutiert.

**B010 Wandel ist weiblich!
Aus der Corona-Krise lernen – kein Zurück
zu alten Gesellschaftsmustern!**

Der DGB Sachsen hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie auseinandergesetzt. Das Thema der Tarifbindung wird stetig bearbeitet und seit dem Jahr 2024 durch eine bundesweite Kampagne „Tarifwende“ begleitet. Die DGB Frauen Sachsen haben sich in den letzten Jahren aktiv mit den Themen Tarifbindung, Entgeltgleichheit, Situation von Alleinerziehenden und Randzeitenbetreuung in KiTas auseinandergesetzt.

**B011 Novellierung des Pflegepersonal-
Stärkungsgesetzes (PpSG)**

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort angenommen.

C

GUTE AUS- UND WEITER-BILDUNG

C001 Bildungszeit

Ein Volksantrag wurde durch den DGB mit 70 weiteren Organisationen initiiert, der erfolgreich abgeschlossen worden ist. Der Volksantrag befindet sich im parlamentarischen Verfahren, die 1. Lesung mit Wortbeitrag von Daniela Kolbe im Sächsischen Landtag war am 27. März 2025. Derzeit wird der Antrag im Wirtschaftsausschuss beraten.

C002 Anspruch auf Bildungsurlaub in Sachsen

Erlledigt, da Material zu Antrag C001.

C003 Bildungsfreistellung

Erlledigt, da Material zu Antrag C001.

C004 Für eine bestmögliche Ausbildung – auch in Krisenzeiten

In Folge des Beschlusses hat sich der DGB Sachsen gemeinsam mit der DGB-Jugend Sachsen für die genannten Themen gegenüber der Staatsregierung und den demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag eingesetzt. Der Umgang mit Auszubildenden während der Corona-Pandemie wurde wahrnehmbar öffentlich kritisiert. Die Forderung nach Nutzung der auf Bundesebene beschlossenen Ausbildungsgarantie wurde insbesondere in den betroffenen Bezirken der Agentur für Arbeit eingebbracht. Die Notwendigkeit einer unabhängigen Beschwerdestelle für Azubis wurde in der Diskussion innerhalb der DGB-Jugend Sachsen verneint. Dies geschah auch im Lichte der deutlich angestiegenen Arbeitsschutzkontrollen durch die Landesdirektion Sachsen. Zur Kampagne Bildungszeit siehe C001. Die Forderung nach einer Öffnung des Bildungstickets wird weiterhin aktiv verfolgt.

C005 Anpassung Bildungsticket in Sachsen

Erlledigt im Zusammenhang mit Antrag C004.

C006 Bildungsgerechtigkeit muss stärker in den Fokus der Bildungspolitik in Sachsen

Der Freistaat Sachsen beteiligt sich seit dem Schuljahr 2024/25 am Startchancen-Programm des Bundes. Über 10 Jahre hinweg erhalten alle Bundesländer circa 1 Milliarde Euro pro Jahr, um in Schulen zu investieren, die sich erhöhten Herausforderungen im Kontext Migration und Armut stellen müssen. Dem Freistaat Sachsen stehen dadurch für Grund- und Oberschulen circa 43 Millionen Euro zur Verfügung. 189 Schulen sollen landesweit davon profitieren. Grundlage für die Beantragung der Mittel ist ein Sozialindex, der einen Kriterienkatalog darstellt. Damit wurde der Einstieg in eine differenzierte Förderung von Schulen in Abhängigkeit ihrer Herausforderungen geschafft. Der Projektansatz des „Runden Tisches“ in Dresden wurde nicht weitergeführt. Die Vernetzung hat in der Praxis zu lokalen Vernetzungen bzw. Einzelprojekten geführt. Außerdem gibt es beim Stadtrat Dresden einen Beirat Bildung, der sich umfassend dem Thema widmet.

C007 Bildung für alle Arbeitnehmenden stärken

In Folge des beschlossenen und angenommenen Antrages C001 wurde ein Volksantrag durch den DGB mit 70 weiteren Organisationen initiiert, der erfolgreich abgeschlossen worden ist. Der Volksantrag hatte die Einführung von 5 Tagen Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmenden zum Ziel. Er befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren und wird im Wirtschaftsausschuss beraten. Darüber hinaus sind im Jahr 2022 die Förderrichtlinie Berufliche Bildung sowie die ESF Plus-Richtlinie Zukunft Berufliche Bildung in Kraft getreten. Die Förderrichtlinie Berufliche Bildung ermöglicht es Arbeitnehmer*innen, sich beruflich weiterzubilden und die eigene Qualifikation zu stärken. Mit der ESF Plus-Richtlinie Zukunft Berufliche Bildung sollen zudem neue Formate der beruflichen Aus- und Weiterbildung geschaffen werden.

C008 Weiterbildung

Erlledigt, da Material zu Antrag C007.

D

SOZIALPOLITIK

D001 Für bezahlbares Wohnen – Für eine sozialere Wohnungspolitik

Der DGB Sachsen hat in diesem Zusammenhang eng mit dem Bundesvorstand zusammengearbeitet. Beispielsweise wurde das Thema Mietpreisbremse durch regionale Aktionen und Pressearbeit begleitet (bundesweite Aktionstage). Der DGB Sachsen hat sich bei der Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung „Junges Wohnen“ aktiv für die Berücksichtigung des Themas Azubiwohnen bei der Zuweisung der Mittel gegenüber den zuständigen Ministerien eingesetzt. Der DGB-Bezirksvorstand hat einen entsprechenden Beschluss zum Thema Azubiwohnen und Azubiwerken beschlossen. Auch in den Fachkräfteallianzen wurde das Thema bezahlbares Wohnen als Faktor zur Bindung von Fachkräften thematisiert.

D002 Reformierung des Pflegezeit-, Pflege- stärkungs- und Familienpflegezeitgesetzes, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege stärken

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort abgelehnt, da der Antrag nicht der Beschlusslage entspricht.

D003 Renten- und Versorgungsleistungen im Bundesrecht

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort angenommen in geänderter Fassung.

D004 Erweiterung der Sächsischen Urlaubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung, § 12 zur Gewährung von einem Tag Sonderurlaub

§ 12 der Sächsischen Urlaubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung wurde ergänzt, sodass ein Arbeitstag Sonderurlaub unter Belassung der Besoldung Urlaub aus folgenden persönlichen Anlässen gewährt wird: bei Niederkunft der Ehefrau, der eingetragenen Lebenspartnerin oder der Lebensgefährtin, die mit der Beamtin oder dem Beamten in ehe- oder lebenspartnerschaftsähnlicher Gemeinschaft lebt.

E

ÖFFENTLICHER DIENST

E001 Ein handlungsfähiger Staat braucht starke Kommunen

Der DGB Sachsen hat sich gegenüber der Staatsregierung immer wieder für einen starken und aufgabenorientierten Öffentlichen Dienst eingesetzt. Insbesondere eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Kommunen stand dabei im Mittelpunkt. Eine Reform der Schuldenbremse war für den DGB Sachsen eine wichtige Aufgabe in der zurückliegenden Legislaturperiode. Mit einer Kampagne und Bündnisarbeit wurde die notwendige Reform thematisiert. Eine fehlende Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag, verursacht durch einige CDU-Abgeordnete, hat die Reform der Schuldenbremse letztlich verhindert. Im neuen Landtag ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine notwendige Verfassungsänderung noch schwieriger zu erreichen.

E002 Für ein echtes Wahlrecht für Beamte zur gesetzlichen Krankenversicherung

Seit 2024 gibt es das Wahlrecht durch die Einführung der „pauschalen Beihilfe“: Beihilfeberechtigten, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder vollständig in der privaten Krankenversicherung versichert sind und ihren Verzicht auf die individuelle Beihilfe nach § 80a Abs. 1 Satz 1 Sächsisches Beamten gesetz (siehe Ausführungen unter 5.2) erklären, wird auf Antrag pauschale Beihilfe gewährt.

F

EUROPAPOLITIK

F001 Für ein Europa der Zukunft – sozial, demokratisch und gerecht!

Erledigt durch Antragstellung an den DGB-Bundeskongress, dort angenommen in geänderter Fassung. Im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien hat sich der DGB Sachsen für den Zusammenhalt im Grenzraum, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards, insbesondere auch bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern, eingesetzt. Dazu gehörte beispielsweise die Erstellung und Veröffentlichung von mehrsprachigen Informationsmaterialien zu Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, zum Mindestlohn und zu den Aufgaben von Betriebsräten. Weiter hat sich der DGB Sachsen für die Gleichbehandlung der Beschäftigten aus den Nachbarländern Tschechien und Polen in Sachsen eingesetzt und dabei eng mit der Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen zusammengearbeitet. Der DGB Sachsen und der Interregionale Gewerkschaftsrat haben sich entschieden gegen die Einschränkung der Freizügigkeitsrechte der grenzüberschreitend Beschäftigten gewandt.

F002 Zusammenhalt im Dreiländereck Sachsen-Nordböhmen-Niederschlesien stärken!

Der DGB Sachsen hat sich gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften für die Gleichbehandlung aller Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen, für die Einhaltung der EU-Freizügigkeitsrechte der Beschäftigten, die Verbesserung der Koordinierung der sozialen Sicherheit bei grenzüberschreitenden Konstellationen und die Absicherung grenzüberschreitender Beschäftigter stark gemacht. Mit mehrsprachigen Informationsmaterialien und durch die Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen wurden Beschäftigte aus den Nachbarländern und insbesondere Grenzgängerinnen und Grenzgänger unterstützt. Der DGB Sachsen hat sich für die Weiterführung der

Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen (BABS) über 2025 hinaus eingesetzt. Die Weiterführung ist im Koalitionsvertrag und im Doppelhaushalt 2025/2026 festgeschrieben.

Gegenüber der Sächsischen Staatsregierung hat sich der DGB Sachsen dafür stark gemacht, handlungsfähige grenzüberschreitende Strukturen unter Einbeziehung der Sozialpartner aufzubauen. Der vom SMJusDEG und dem Auswärtigen Amt geschaffene Deutsch-Tschechische Regionalrat ist ein erster Schritt, der jedoch nicht unseren Erwartungen entspricht und weit hinter den von uns geforderten Wirtschafts- und Sozialausschüssen zurück bleibt. Der DGB Sachsen und der Interregionale Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße haben von der Sächsischen Staatsregierung mehrfach eingefordert, sich klar für offene Grenzen und gegen Grenzschießungen einzusetzen und der Beschränkung der EU-Freizügigkeitsrechte entschieden entgegenzutreten. Leider wurde dem nicht entsprochen, sondern es wurden neuerlich stationäre Grenzkontrollen von Sachsen nach Tschechien und Polen eingeführt.

Die Zusammenarbeit im Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße wurde fortgesetzt. Darüber hinaus haben bilaterale grenzüberschreitende Aktivitäten wie die Vernetzung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Bildungsbereich mit der GEW Sachsen und der OPZZ und aus dem Bereich Post mit dem ver.di Fachbereich und der tschechischen Postgewerkschaft stattgefunden.

Zur Europawahl 2024 wurden gemeinsam mit den DGB-Regionen sowie den DGB-Kreis- und Stadtverbänden Aktivitäten im Rahmen der DGB-Kampagne „Besser mit Europa“ umgesetzt.

F003 Verbesserte Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in Tschechien und Polen

Erledigt, da Material zu Antrag F003.



ORGANISATIONSPOLITIK

G001 Digitalisierung

Der DGB Sachsen hat sich aktiv für die Weiterentwicklung der Digitalisierung im DGB Sachsen eingesetzt. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass wir in die Digital- und IT-Strategie der Gesamtorganisation eingebunden sind. Entsprechende strategische Entscheidungen werden auf der Bundesebene getroffen. Die Federführung liegt bei der Abteilung Organisationsmanagement und IT des Bundesvorstandes, die diese Themen auch in Zusammenarbeit mit den PCA's der DGB-Bezirke bearbeitet. Neben organisatorischen und technischen Prozessen müssen dabei insbesondere auch datenschutz- und mitbestimmungsrelevante Aspekte berücksichtigt werden.

G002 Gewerkschaftsmitglied?

Selbstverständlich!

Der DGB hat in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsgewerkschaften die öffentliche Sichtbarkeit gewerkschaftlichen Wirkens im vergangenen Berichtszeitraum spürbar erhöht. Dies erfolgte in zahlreichen bundes- und landesweiten Kampagnen. Beispielhaft erwähnt seien die Kampagne „#Tarifwende“ für eine Erhöhung bzw. Stärkung der Tarifbindung mit der Frittenmobil-Tour durch Sachsen sowie die Kampagne „5 Tage Bildungsfreistellung“

mit der erfolgreichen Unterschriftensammlung für einen Volksantrag in Sachsen“.

Die Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“, welche auf das Problem der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und privatisierten Sektor aufmerksam machte, wurde im Berichtszeitraum ebenfalls fortgeführt.

Der drohenden Energie-, Wirtschafts- und Sozialkrise 2022 setzten der DGB und seine Gewerkschaften die Kampagne „Politischer Herbst – ECHT GERECHT: Solidarisch durch die Krise“ entgegen.

Die Kampagne „Sicherheit im Wandel! Lösungen wählen.“ begleitete die Landtagswahlen in Sachsen 2024 und unter dem Motto „Mach dich stark mit uns!“ die Bundestagswahl 2025.

Da die Bundesregierung plant, den 8-Stunden-Tag abzuschaffen, wurde im Sommer 2025 die bundesweite Arbeitszeitkampagne „Mit Macht für die 8“ gestartet. Viele Aktionen fanden vor Betrieben und auf öffentlichen Plätzen statt. Dazu gab es Konferenzen, Tagungen und Diskussionsrunden sowie Beteiligung an Messen. Begleitet wurden die Aktivitäten stets mit Informationsmaterialien, Großflächenbanner, give aways etc. sowie digital per Social Media.

Die Kampagnen/Aktivitäten wurden im DGB-Bezirksvorstand vorgestellt und kommuniziert.

J

INITIATIVANTRÄGE

J001 Strategische Fördermittelvergabe im Strukturwandel – Revierwende JETZT!

Siehe B001.

R

RESOLUTIONEN

R001 Resolution zur Finanzierung des Buß- und Bettages

Der DGB Sachsen hat sich in zahlreichen Stellungnahmen, Presseveröffentlichungen, durch einen öffentlich beworbenen Buß- und Bettagsrechner sowie im Dialog mit Mandatsträger*innen und Arbeitgebervertretungen lautstark gegen die ungerechte Finanzierung der SPV ausgesprochen. Dank des vehementen Engagements des Bezirks sowie der Gewerkschaften wurde die paritätische Finanzierung in den sächsischen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD aufgenommen: „Wir werden uns im Bundesrat für eine gleichberechtigte Finanzierung der Pflegeversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Sachsen einsetzen, ohne einen Feiertag im Freistaat

zu verlieren.“ Der DGB Sachsen wird die sächsischen Koalitionäre und das betreffende Ministerium an ihre eigene Vereinbarung stetig und deutlich erinnern. Auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene war unsere Forderung nach einer paritätischen Finanzierung des Buß- und Bettages Thema und wurde in der Facharbeitsgruppe auch ins Verhandlungspapier geschrieben. In einer der letzten Bereinigungsrunden wurde der Passus leider gestrichen. In der betreffenden Arbeitsgruppe saß nur ein Sachse, unser Ministerpräsident. Bereits in einem Anhörungsverfahren zur SPV auf Bundesebene konnten wir unsere Position in die Stellungnahme des DGB einfließen lassen und werden daran weiterarbeiten.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bezirk Sachsen, Schützenplatz 14, 01067 Dresden
Telefon 0351 8633-104, Fax 0351 8633-158, sachsen@dgb.de, sachsen.dgb.de

Redaktion und V.i. S. d. P.: Markus Schlimbach

Bildnachweis: Alle Fotos von DGB Sachsen sowie allen Mitgliedsgewerkschaften in Sachsen (EVG, GdP, GEW, IG BAU, IGBCE, IG Metall, NGG und ver.di) außer Seite 19 – links/unten: Landratsamt Görlitz, Seite 33 – rechts/oben: Steve Conrad, Seite 46 – links/oben: Handwerkskammer zu Leipzig – Anika Dollmeyer, Seite 46 – links/mittig: Handwerkskammer Chemnitz, Seite 46 – links/unten: Handwerkskammer Dresden – André Wirsig, Seite 74 – links/unten: Industrie- und Handelskammer Dresden, Seite 74 – rechts/oben: Handwerkskammer Dresden, Seite 77 und 78: Arbeit und Leben Sachsen e.V., Seite 79: Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V., Seite 105: Friedrich-Ebert-Stiftung Prag, Seite 107: Europäischer Gewerkschaftsbund

Layout: Ö GRAFIK agentur für marketing und design

Druck: SAXOPRINT GmbH

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2025

sachsen.dgb.de

